Die Versorgung Deutschlands mit unedlen Metallen

unter besonderer Berücksichtigung ihrer Bewirtschaftung seit 1934.

Dissertation

zur

Erlangung der Staatswissenschaftlichen Doktorwürde

der

Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät

der

Hansischen Universität, Hamburg.

vorgelegt von

Carl-Heinz Ulrich

aus Lübeck.

1937

Bernhard Sporn Verlag Zeulenroda

Referent: Dozent Dr. Schulz-Kiesow
Korreferent: Prof. Dr. W. Zimmermann

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Tag der mündlichen Prüfung: 21. Dezember 1936.

Inhaltsübersicht

Seite

Einleitung 5

Teil I.

A. Die Metallversorgung Deutschlands vor dem Kriege . . . 7
1. Verbrauch und Produktion in ihrer Entwicklung und Gestaltung 7
2. Die Erzeinfuhr vor dem Kriege 12
3. Die Rohmetalleinfuhr als Ergänzung der deutschen Metallversorgung 15

B. Die Metallbewirtschaftung im Weltkriege 19
1. Die Einfuhrdrosselung und das Auftreten des Mengenproblems 19
2. Die Metallmobilisation 20
3. Die Preisregelung als notwendige Folge der Eingriffe in den freien Mengenausgleich 22
4. Die bergbauliche Erzgewinnung während des Krieges . . . 23
5. Die Ersatzstoffrage (der Aufbau der deutschen Aluminiumindustrie) 25

Teil II.

Die Metallversorgung Deutschlands in den Nachkriegsjahren bis 1933 29
1. Die Bergwerksproduktion der Nachkriegsjahre. (Ihre Verschiebung und ihr Niedergang in der Krise). 29
2. Deutschlands Versorgung mit ausländischen Erzen . . . 36
3. Die Metallhüttenproduktion nach dem Kriege 42
4. Deutschland als Einfuhrüberschußland 57

Teil III.

A. Sinn, Bedeutung und Ziel der nationalen Rohstoffwirtschaft . . 60
B. Die staatliche Bewirtschaftung der Metalle 72
1. Der Anlaß zur Metallbewirtschaftung 72
2. Organisation und Maßnahmen der deutschen Metallbewirtschaftung 74
a) Die Organisation der Überwachungsstelle 76
b) Die Hauptaufgabe der Überwachungsstelle 77

Seite

c) Die Maßnahmen der Überwachungsstelle zur Regelung der deutschen Metallwirtschaft 78
α) Die Regelung des Verkehrs mit unedlen Metallen (Einkauf im Inlande) 79
β) Die Regelung des Einkaufs vom Ausland 82
γ) Vorschriften über die Verarbeitung und Verwendung von Metallen. Die Verarbeitung für den Inlandsbedarf . . 84
Die Verarbeitung für die Ausfuhr 86
Die Verwendungsverbote der Überwachungsstelle . . 87
δ) Die Regelung der Lagerhaltung und Bestandsmeldung . 88
ε) Die Preisregelung 90

C. Die Entwicklung der Metallversorgung seit der Bewirtschaftung 1934 96
1. Der Wiederaufbau des deutschen Metallbergbaus . . . 96
2. Die Wandlung in der Altmetallverwertung 106
3. Der Umstellung der Nichteisenmetallwirtschaft Deutschlands . 110
(Die Aluminiumindustrie im neuen Staat).
4. Die Umlagerung der Metalleinfuhr und die Verlagerung der Außenhandelsbeziehungen 113

Schlußbetrachtung 119

Literaturverzeichnis 122

Einleitung.

Die vorliegende Arbeit soll ein Bild geben von der Metallversorgung Deutschlands. Da sich infolge des Krieges gerade auf dem Gebiet der Metallwirtschaft umfangreiche und einschneidende Verschiebungen ergeben haben, war es nötig, in einem ersten Kapitel auch auf den Versorgungsstand der Vorkriegszeit mit einzugehen, um so den Rückgang in der Bedarfsdeckung aus heimischer Erzeugung, der in den Nachkriegsjahren eintrat, besser zu veranschaulichen. Die Versorgung mit unedlen Metallen in den Nachkriegsjahren und ihre mit dem Jahre 1934 einsetzende Bewirtschaftung nehmen dann zwei weitere große Abschnitte der Arbeit ein.

Die ungeheure Vielzahl der unedlen Metalle machten es dem Verfasser jedoch nicht möglich, im Rahmen einer Arbeit alle Nichteisenmetalle einer Untersuchung zu würdigen. Vielmehr werden im Folgenden nur die Schwermetalle Kupfer, Blei, Zink, Zinn und das Leichtmetall Aluminium behandelt, das letztere allerdings in der Hauptsache nur bei der Darstellung der Kriegsrohstoffwirtschaft und der der heutigen Verhältnisse, da zu diesen beiden Zeiten, im Kriege durch die Abschnürung vom Weltmarkt wie auch heute infolge der Devisenknappheit, die Frage der Ersetzung einiger Schwermetalle, vor allem des Kupfers durch das Aluminium, eine größere Rolle spielt.

Die Zweischichtigkeit des Metallproduktionsprozesses ließ es ferner ratsam erscheinen, die Arbeit besonders bei der Behandlung der Nachkriegsmetallversorgung in mehrere Kapitel zu unterteilen, und zwar einmal in die Untersuchung der Bedarfsdeckung aus inländischen Erzen (Bergwerksproduktion) und andererseits die Darstellung und Würdigung der Gestaltung der Rohmetallversorgung (Hüttenproduktion aus in- und ausländischen Erzen und Rohmetalleinfuhr). Die zu diesem Zweck benutzten Statistiken, wie auch die Einfuhrstatistiken für Rohmetalle, sind zum größten Teil, falls nicht eine andere Quelle vermerkt ist, den statistischen Zusammenstellungen der Metallgesellschaft Frankfurt a. M. entnommen, um das Bild so einheitlich wie möglich zu gestalten, was durch eine Vielzahl verschiedener Statistiken, die z. T. erhebliche Abweichungen voneinander aufweisen, nicht immer möglich gewesen wäre.

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548104_0026

Teil I.

A. Die Metallversorgung Deutschlands vor dem Kriege.

1. Verbrauch und Produktion in ihrer Entwicklung und Gestaltung

Die Metalle haben schon von jeher für den Menschen und dessen Haushalt eine große Bedeutung gehabt, wurden doch sehr viele Hausgeräte, aber auch Waffen und Schmuckgegenstände aus ihnen hergestellt. Kupfer und Blei nahmen unter den Nichteisenmetallen die erste Stelle ein, sie wurden auch zuerst metallisch hergestellt, während das Zink auf dem europäischen Kontinent erst um 1800 zu einem reinen Metall verhüttet werden konnte, als Legierung (Messing) aber schon lange vorher bestand.

Trotz ihrer althergebrachten Verwendung und ihrer Bedeutung für die Kultur der damaligen Zeit hielten sich der Verbrauch und dementsprechend auch die Erzeugung in verhältnismäßig engen Grenzen. Von einer Massenproduktion und einem Massenverbrauch an Metallen war keineswegs die Rede.

In der Mitte des 19. Jahrhunderts trat hier ein gewaltiger Umschwung ein. Nach der Erfindung der Dampfmaschine eröffneten sich für die Metalle neue Verwendungsmöglichkeiten. Während sie bis dahin zum größten Teil zu Konsumgütern verarbeitet worden waren, drangen sie jetzt immer mehr in die Sphäre der Produktionsmittelindustrie ein und eroberten sich dort in den folgenden Jahrzehnten einen bedeutenden Platz.

Mit der in den 90er Jahren entstehenden Elektrizitätsindustrie setzte dann eine weitere Steigerung des Metallverbrauches, vor allem an Kupfer, ein. Schon im Jahre 1901 verbrauchte die deutsche Elektroindustrie 30% des gesamten Rohkupferbedarfs Deutschlands. Dieser Prozentsatz erhöhte sich dann bis 1912 auf 46,5%[1]. Auch im Maschinenbau und zur Herstellung von Kupfervitriol wurden erhebliche Mengen an Kupfer gebraucht. Ebenso weiteten die Zinkblechfabrikation und die Herstellung von verzinkten Konservendosen den Verbrauch an Zink und Zinn um ein beträchtliches Stück aus.

Nur ein Metall, das Aluminium, nahm an der gewaltigen Entwicklung nicht in diesem Umfange teil. Sein allgemeiner Gebrauch war wegen

1) Vgl. Reinhardt: Die Kupferversorgung Deutschlands und die Entwicklung der deutschen Metallbörsen. Bonn 1913 (Kölner Studien), S. 3.

der zu teuren Herstellung ganz minimal. Erst als es im und nach dem Kriege gelang, durch neue technische und vor allem billigere Verfahren seinen Preis ganz bedeutend zu senken, nahm auch hier der Verbrauch stetig zu.

Verbrauchsentwicklung der Metalle[2]; in t.

	1891	1900	1910	1913
Kupfer	52 027	108 927	212 500	259 700
Blei	88 268	172 940	208 900	223 500
Zink	89 469	125 806	184 500	231 000
Zinn	8 958	12 847	18 100	19 900

In dem Zeitraum von 1891 bis 1913 hatte sich der Kupferverbrauch vervierfacht, der Verbrauch an den übrigen Metallen nur etwas mehr als verdoppelt. Damit war Deutschland hinter den U.S.A. zum nächstgrößten Metallverbrauchsland aufgerückt, gefolgt von Groß-Britannien, Belgien und Frankreich, alles Länder, die schon industriell hoch entwickelt waren, ihren Bedarf an Metallen jedoch, genau wie Deutschland, bei weitem nicht im eigenen Lande aus eigener Erzeugung decken konnten. Alle übrigen Länder, hauptsächlich die überseeischen Rohstoffländer, spielten als Verbraucher eine unbedeutende Rolle.

Ein Vergleich zwischen U.S.A. und Südamerika zeigt deutlich, wie wesentlich der Metallverbrauch von dem Bestehen einer Industrie und überhaupt von der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes abhängig ist. Südamerika hatte 1913 nur einen Gesamtkupferverbrauch von ca. 3000 t, während U.S.A. um dieselbe Zeit rund 322 800 t jährlich benötigte.

War im Vorstehenden die Rede von der Verbrauchsentwicklung der Metalle, so ist es nunmehr am Platze, uns der Frage der Deckung dieses Bedarfs zuzuwenden und im Folgenden zu untersuchen, inwieweit die deutsche Metallwirtschaft vor dem Kriege ihren Bedarf aus eigenen Erzlagerstätten decken konnte, und inwieweit sie außerdem noch auf die Zufuhr ausländischer Erze und Rohmetalle angewiesen war.

Die starke Steigerung des Metallverbrauches hatte zur Folge, daß sich auch die Produktion an Erzen wie an Metallen in den Vorkriegsjahren erheblich ausdehnte, wenn auch die Entwicklung langsamer vor sich ging als in Amerika, das in diesen Jahren ein gewaltiges Anwachsen der Erzeugung zu verzeichnen hatte.

Verglichen mit der Weltproduktion, spielte der deutsche Metallbergbau und die Verhüttung eine sehr untergeordnete Rolle mit Ausnahme der Zinkerzgewinnung, die vor dem Kriege in der internationalen Metallwirtschaft mit an führender Stelle stand und zusammen mit Belgien der große Versorger des Weltmarktes war, darum im Folgenden auch zuerst behandelt werden soll.

---

2) Bei den Verbrauchszahlen handelt es sich um den Gesamtkonsum, d. h. den Bedarf an Metallen, den die verarbeitende Industrie im Laufe des Jahres verbraucht.

Deutschland und Belgien erzeugten im Jahre 1913 zusammen 485 300 t Zink, während die Vereinigten Staaten in diesem Jahre 320 300 t herstellten. Die Zinkgewinnung dieser 3 Länder deckte fast den ganzen, ungefähr 1 Million t betragenden Weltzinkbedarf. Die deutsche Zinkerzeugung belief sich in 1913 auf 281 000 t, die den Bedarf vollständig deckten und außerdem noch eine Zinkausfuhr ermöglichten. Allerdings wurden nur rund 65% des in Deutschland hüttenmännisch gewonnenen Zinks aus inländischen Erzen und rund 35% aus ausländischen Rohmaterialien erzeugt. Insofern kann man vielleicht nicht von einer Eigenerzeugung sprechen, doch muß man berücksichtigen, daß nicht der gesamte Zinkinhalt der deutschen Bergwerksproduktion von 250 300 t[3] im Jahre 1913 zu Rohzink verarbeitet wurde, sondern nur ca. 80%, während 10% zur Verarbeitung ins Ausland wanderten und der Rest entweder bei der Verhüttung verloren ging oder auf Zinkstaub und Zinkoxyd entfiel, das nicht weiter zu Rohzink verarbeitet wurde, sondern direkt zum Absatz gelangte.

Die Grundlage für einen großen Teil der deutschen Zinkindustrie bildeten die Zinkbergwerke des oberschlesischen Grubenbezirks[4], die in der Vorkriegszeit weitaus die größten Fördermengen erzielten. 75,6% aller deutschen Zinkerze wurden hier gewonnen, und in eigenen Hüttenwerken verarbeitet. Bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde hier in der Hauptsache Galmei gefördert. Als diese Läger jedoch abgebaut und erschöpft waren, ging man zur Zinkblendegewinnung über, nach dem Beispiel Belgiens, das schon lange vorher zur Verarbeitung dieses Rohmaterials geschritten war.

Die oberschlesischen Zinkerze hatten bei Beginn ihres Abbaus einen Metallgehalt von ca. 40—45%. Infolge der immer stärker einsetzenden Förderung und damit des Abbaus der reichsten und metallhaltigsten Zinkerze fiel der Metallinhalt in den letzten Vorkriegsjahren auf ca. 18—20%.

Außerdem besaß Deutschland noch im Harz, in Sachsen, im Rheinland und in Westfalen Zinkgruben, die aber im Vergleich zu den oberschlesischen Bergwerken von geringerer Bedeutung waren und erst nach dem Kriege infolge der Gebietsabtretungen Oberschlesiens zu einem beachtenswerten Zinkindustriegebiet emporwuchsen. Im Gegensatz zu Oberschlesien verarbeiteten die auf den rheinischen Erzfeldern errichteten Hüttenwerke schon vor dem Kriege neben eigenen aus der Nähe stammenden Erzen auch ausländische Rohmaterialien, da die Rohstoffläger, die ursprünglich diese Hütten allein versorgten, sich mit der Zunahme des Verbrauchs und der Produktion als nicht ausreichend für den deutschen Bedarf erwiesen.

Weitaus schwieriger und ungünstiger gestaltete sich die Versorgung mit Kupfer. Während Deutschland als Kupferverbraucher eine ganz bedeutende

3) Bei einer Roherzförderung von 661 000 t.
4) Gruben der Berggewerkschaft von Giesches' Erben.

Rolle spielte und an zweiter Stelle hinter den Vereinigten Staaten stand, nachdem es im Jahre 1903 Groß-Britannien überflügelt hatte, war sein Anteil an der Weltproduktion nur sehr gering. Deutschland erzeugte im Jahre 1913 an Hüttenkupfer nur 2,93% des Weltverbrauches und war am deutschen Konsum mit nur 15,97% beteiligt. Verständlich wird diese geringe Beteiligung der deutschen Hüttenproduktion am deutschen Verbrauch, wenn man ihre beiderseitige Entwicklung in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege betrachtet und gegenüberstellt. Die Kupferhüttenproduktion stieg von 24 092 t im Jahre 1891 auf 43 500 t im Jahre 1912, also um rund 80,6%. Der Verbrauch an Kupfer dagegen wuchs in demselben Zeitraum von 52 027 t auf 231 700 t um 345,3%. Die Steigerung der Produktion gelang allerdings nur mit Hilfe ausländischer Erze und anderer Rohmaterialien, da die Mansfelder und Stadtberger Hütten sowie die Werke zu Oker und Altenau, die ausschließlich eigene Erze verarbeiteten, in ihrer Produktion keine nennenswerten Fortschritte machten.

	1907	1908	1909	1910	1911	1912
Mansfeld	19 441	17 886	19 016	20 322	20 850	20 503
übrige Hütten	12 535	12 015	12 163	14 614	16 650	22 997

Eine Steigerung ihrer Erzeugnisse erzielten somit nur die Hütten, die fremde Erze verarbeiteten. Zu diesen Werken zählten einige rheinisch-westfälische Hütten, wie die Duisburger Kupferhütte, die in der Hauptsache spanische Schwefelkiese, die einen Kupfergehalt von ca. 2½% aufwiesen, in ihren Anlagen verarbeitete, und vor allem die Seehafenhütten, die als Lohnhütten vollkommen auf ausländische Kupfererze angewiesen waren. Gerade diese Seehafenhütten, und hier ist besonders die Norddeutsche Affinerie in Hamburg zu nennen, erlangten in den letzten Jahren vor dem Kriege eine größere Bedeutung. Die Norddeutsche Affinerie verarbeitete hochprozentige Kupfererze zu Zementkupfer und raffinierte dieses neben anderem Rohkupfer in der im Jahre 1907 erbauten Elektrolyse elektrolytisch. 1913 stellte das Werk bereit 5771 t Elektrolytkupfer her [5]. Damit war die Norddeutsche Affinerie vor dem Kriege die einzige deutsche Hütte, die das elektrolytische Verfahren anwandte, abgesehen von Mansfeld, das in den 80er Jahren auch einen kleinen Teil der Erzförderung elektrolytisch raffinierte, die Elektrolyse aber im Jahre 1909 wegen des zu geringen Gehalts der Erze an Edelmetallen wieder einstellte.

Die nur geringe aus der Tabelle ersichtliche Produktionssteigerung der Mansfelder Kupferhütten hatte ihren Grund darin, daß diese Werke nur Erze ihrer Bergwerke verarbeiteten, infolgedessen von deren Fördermengen abhängig waren. Sie vermochten also die Hüttenproduktion nur bei gleichzeitiger Ausdehnung der Bergwerksproduktion zu steigern. Die Mansfelder Gruben konnten jedoch ihre Produktion, nachdem diese in der

5) Vgl. Schulz-Kiesow: Die Hamburger Metallhütten-Industrie in der Zeitschrift „Der Metallmarkt" vom 6. November 1930.

zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts einen großen Aufschwung genommen und sich von 1500 t im Jahre 1860 bis auf 24 325 t im Jahre 1899 gesteigert hatte, im Vorkriegsjahrzehnt nicht auf dieser Höhe erhalten. Sie fiel zurück und schwankte dann zwischen ca. 18 000 t und 20 500 t. Bei einer Gesamtproduktion von durchschnittlich 25 400 t in den letzten 3 Jahren vor dem Kriege, die 10,68% des deutschen Verbrauches entsprachen, entfielen somit ca. 80—90% der Förderung auf die Mansfelder Gruben. Der Rest verteilte sich auf die Harzer Werke zu Oker und Altenau, auf die niederschlesischen Gruben und auf die Bergwerke des rheinischen Bezirkes einschließlich Stadtberge.

Die deutsch-südwestafrikanischen Kupfergruben fielen für die heimische Versorgung zum größten Teil aus, da deren Erze infolge ihres sehr hohen Arsen- und Bleigehaltes[6] vorwiegend nach Amerika zur Verhüttung gingen. Ein kleiner Teil ging an die Norddeutsche Affinerie in Hamburg. In den Jahren 1911 bis 1914 wurden hier 6715 t Erze aus Deutschsüdwestafrika verhüttet, das sind nur 9% der südwestafrikanischen Gesamtförderung.

Da neben dem Kupfer auch das Blei eine immer wichtigere Rolle in der deutschen Industrie zu spielen begann und dabei in stetig steigenden Umfange von ihr verbraucht wurde, erfuhr auch die Produktion von Hüttenblei in den Jahren 1895 bis 1913 einen großen Aufschwung. Sie vermochte jedoch im Jahre 1913 trotz ebenfalls gestiegener Erzförderung mit 189 100 t nur 81% des 223 500 t betragenden Verbrauches zu decken, und das auch nur mit Hilfe ausländischer Rohmaterialien, die mit ca. 50% an der deutschen Bleiproduktion beteiligt waren.

Das wichtigste Bleiproduktionsgebiet war vor dem Kriege Oberschlesien, das ca. $^1/_3$ der gesamten Bleiproduktion im Werte von rund 12 Millionen Mark erzeugte. Die Hüttenwerke dieses Bezirkes, und hier sind besonders die Friedrichshütte in Tarnowitz und die Walter Cronneckhütte des Giesche-Konzerns als die größten zu nennen, verarbeiteten ausschließlich eigene Erze, deren Förderung in den Jahren 1895 bis 1912 etwas schneller stieg als die Bleierzeugung, ein Zeichen dafür, daß die Hütten schon damals gezwungen waren, metallärmere Erze zu verarbeiten. Außer diesen Werken verarbeiteten nur noch die Hütten der Preußischen Bergwerks- und Hütten-A.G.[7] im Harzer Bergwerksrevier ausschließlich eigene Erze. Die Harzer Bergwerke waren jedoch schon vor dem Kriege infolge des jahrhundertelangen Abbaus derartig erschöpft, daß sie mit Unterbilanz arbeiteten, doch wurde der Betrieb vom Staat aus volkswirtschaftlichen Gründen aufrechterhalten.

Ebenso wie das Harzer Gebiet arbeitete auch die schlesische und die Freiberger Bleiindustrie in Sachsen bereits vor dem Kriege mit Verlust. Nur die beiden großen Hütten „Muldenhütten" und „Halsbrücke" konnten eine gewisse Rentabilität erzielen. Der Grund war aber der, daß sie schon

6) Vgl. Schmidt: Die Hamburger Kupferhüttenindustrie. Diss. S. 86.

7) Die Harzer Bergwerke und Hütten wurden bereits 1867 verstaatlicht.

längere Zeit neben eigenen Rohmaterialien ausländische, vor allem schwedische Erze, in ihren Anlagen verarbeiteten. Alle übrigen Hüttenwerke, so die rheinisch-westfälischen und die Seehafenhütten waren mehr oder weniger auf die Zufuhr australischer Erze angewiesen, da sich ihre Rohstoffläger mit der Zunahme des Verbrauchs und der Produktion als nicht ausreichend für den deutschen Bedarf erwiesen. Die Folge der zusätzlichen Einfuhren war die, daß die Bleierzläger des rheinischen Schiefergebirges in der Provinz Hessen-Nassau nicht mehr konkurrenzfähig gegenüber den ausländischen Erzen waren und ihre Betriebe stillegen mußten, was eine weitere Verkürzung der deutschen Rohstoffdecke bedeutete, da auch spätere Versuche einer Wiederaufnahme der Förderung erfolglos blieben.

Die Versorgung mit Zinn gestaltete sich schon vor dem Kriege äußerst schwierig, da Deutschland ein zinnarmes Land ist und nur über kleinere Zinnerzlagerstätten im sächsischen Bergbaugebiet und im Erzgebirge bei Altenberg[8]) verfügt. Diese Gebiete lieferten vor dem Kriege mit einer Förderung von 5000 t Zinninhalt rund ¼ des deutschen Verbrauchs. Dank der guten Geschäftsbeziehungen, die die deutsche Metallwirtschaft mit Bolivien, dem vor dem Kriege größten Zinnerzproduzenten unterhielt, vermochten die deutschen Zinnhütten die Produktion an metallischem Zinn auf 12 000 t in 1913 zu steigern und somit 60% des deutschen Bedarfs an Rohzinn zu decken..

Über die deutsche Aluminiumproduktion in der Vorkriegszeit ist nicht viel zu sagen. Sie steckte noch ganz in den Anfängen. Deutschland besaß nur ein Werk bei Rheinfelden in Baden, einer Tochterfabrik der Aluminiumindustrie A.G. „Neuhausen" in der Schweiz. Die Produktion betrug jährlich ca. 800 bis 1000 t Aluminium[9]). Der Rohstoff mußte ausschließlich eingeführt werden, da Deutschland außer kleineren Vorkommen am Vogelsberg, die sich jedoch nicht zur Aluminiumherstellung eigneten, über keinerlei Bauxitläger verfügte.

2. Die Erzeinfuhr vor dem Kriege.

In den bisherigen Ausführungen ist dargelegt worden, wie sich die Versorgung Deutschlands mit Metallen und Erzen durch die heimische Produktion selbst gestaltete.

Noch zu Beginn der 1880er Jahre wurde in Europa der Metallbergbau an zahlreichen Stellen und in einem Umfange betrieben, der bei dem

---

8) Zwitterstock A.G., Altenberg.

9) Diese Zahl ist nur geschätzt, da die Produktionszahlen für Deutschland nur zusammen mit denen der Schweiz und Österreich-Ungarn veröffentlicht wurden. Die Produktion und der Verbrauch dieser 3 Länder betrug in t:

	1909	1910	1911	1912	1913
Produktion:	5 000	8 000	8 000	12 000	12 000
Verbrauch:	22 000	13 500	17 000	22 100	21 000

damaligen Stand des Verbrauches immerhin erheblich ins Gewicht fiel. Doch einzelne der älteren Vorkommen, so vor allem die Lagerstätten der englischen Kupfer- und Zinkerze (Cornwall) erschöpften sich bereits in dieser Zeit. An anderen Stellen, so in Deutschland, ermöglichten die Einführung neuer technischer Verfahren, die zunehmende Verbesserung der Verkehrswege und nicht zuletzt bei der Zinkgewinnung der Übergang vom Galmei zum Zinkblendeabbau, zwar eine beträchtliche Steigerung der Fördermengen, doch waren wir bei weitem nicht in der Lage, mit der steigenden Weltproduktion Schritt zu halten, abgesehen von der Zinkerzförderung. Das entscheidende Ereignis dieser Jahre war der Aufschwung des amerikanischen Kontinents in der Metallerzeugung. Europa wurde vor allem in der Kupfererzeugung allmählich aus seiner bisherigen Vormachtstellung verdrängt und die Blei- und Zinkgewinnung nahm die gleiche Richtung. Dagegen betrug der Verbrauch in Blei und Zink mehr als die Hälfte der Weltproduktion und in Kupfer nur wenig darunter. Deutschland war mithin als der größte europäische Metallverbraucher auf die Zufuhr ausländischer Erze angewiesen.

Der Hauptlieferant für Kupfererze war vor dem Kriege und auch in den Nachkriegsjahren der europäische Kontinent. Fast 75% der mit 24 600 t im Jahresdurchschnitt 1909/13 angegebenen Kupfererzeinfuhr kam aus europäischen Ländern, vor allem aus Schweden, Norwegen und Spanien. Nach einer Schätzung von Hirsch & Sohn führte im Jahre 1912 Dänemark 5880 t mit einem Kupfergehalt von 294 t, Spanien nur 1381 t, mit 128 t Inhalt[10] und Schweden 6367 t Erz, die einen Kupfergehalt von 1591 t aufwiesen, nach Deutschland ein. Die restlichen 25% der deutschen Einfuhr verteilten sich auf Asien (15%), Afrika (8,2%) und den amerikanischen Kontinent (2,2%). Die geringe Beteiligung Amerikas an der Erz-Einfuhr hatte seinen Grund in der großzügigen Neuanlage von Hütten und Raffinerien an der Ostküste der U.S.A., die sich nun die besten Erze sicherten und nur noch geringe Mengen an ausländische Hüttenwerke abgaben[11].

Genau umgekehrt lagen die Verhältnisse bei der deutschen Bleierzeinfuhr. Hier bezog Deutschland seinen fehlenden Erzbedarf nicht aus Europa, sondern aus Übersee, in der Hauptsache von Australien. Die australischen Erze — komplexe Blei-Zinkerze – stammten zum größten Teil aus den bekannten Broken Hill-Gruben und wiesen einen Metallgehalt von 10% Pb und ca. 14% Zn auf. Aus diesen Erzen wurden Kon-

10) Die spanischen Kupfererze gingen vornehmlich in englische Hüttenwerke, nachdem die englischen Läger erschöpft waren. Nach Deutschland führte es in der Hauptsache kupferhaltige Schwefelkiese zur Schwefelsäureherstellung ein (1912 — 949 730 t mit 2½% Kupfer = 23 743 t Kupfer).

11) Die sogenannten „Customs Smelters" waren entweder Lohnhütten oder sie kauften die Rohstoffe von fremden Gruben und verarbeiteten sie auf eigene Rechnung.

zentrate hergestellt mit einem Bleigehalt von 60—65% und von 5—6% Zn auf die Tonne Konzentrat, die dann zum größten Teil zur Ausfuhr gelangten, da eine Weiterverarbeitung auf Blei im Lande selbst nicht möglich war, denn Australien besaß vor dem Kriege nur einige wenige Hüttenwerke, die außerdem unter dem damals noch nicht behebbaren Wassermangel sehr zu leiden hatten. Rund 50% der gesamten australischen Bergwerksproduktion gingen nach Deutschland und wurden in deutschen Hütten verarbeitet.

Neben australischen Erzen und Konzentraten wurden unsere Bleihütten noch mit europäischen und südamerikanischen Erzen alimentiert, doch waren diese Mengen im Verhältnis zur australischen Einfuhr bedeutungslos. Die wichtigsten Rohstoffgebiete waren hier Österreich-Ungarn, dessen Einfuhr 1913 jedoch stark zurückging, ferner Rußland, Frankreich und Peru.

Metr. t:	1909	1910	1911	1912	1913
Österreich-Ungarn	7 517	6 771	6 163	9 337	2 045
Rußland	—	—	—	2 639	2 702
Frankreich	2 832	3 100	3 008	—	—
Australien	86 520	93 481	124 819	98 252	127 021
Peru	—	—	—	2 563	2 118

Obwohl Deutschland vor dem Kriege den Bedarf an Zink und die Alimentation der Zinkhütten aus eigenen Erzen bestreiten konnte, führte es trotzdem noch bedeutende Mengen an Zinkerzen ein. Auch hier bestritt Australien den weitaus größten Teil der Einfuhr, gefolgt von Europa und Amerika.

Im Durchschnitt der Jahre 1909/13 führte Deutschland an Zinkerzen ein:

Europa	76 700 t = 30%	Afrika	7 700 t = 3%
Australien	151 400 t = 57%	Asien	5 900 t = 2%
Amerika	15 000 t = 6%	übrige	5 600 t = 3%

Wenn auch der Anteil der europäischen Länder an der Zinkerzeinfuhr erheblich größer war als derjenige der Bleierzeinfuhr, so war in Wirklichkeit die Beteiligung Europas an der deutschen Zinkversorgung doch geringer als die Tabelle angibt, da nach einigen europäischen Ländern (Belgien, Österreich-Ungarn) die Ausfuhr an Zinkerzen größer war als deren Einfuhr nach Deutschland.

Auf die nahezu völlige Abhängigkeit der deutschen Zinn- und Aluminiumhütten von ausländischen Rohmaterialien ist schon mehrfach hingewiesen worden. Nahezu die ganze Zinnerzeinfuhr wurde vor dem Kriege von Bolivien bestritten und betrug in 1913 16 430 lt. Australien folgte mit einer Einfuhr von ca. 1 000 lt erst in weitem Abstand. Alle übrigen Länder, vor allem die europäischen, spielten fast keine Rolle. Anders hingegen bei der Bauxiteinfuhr. Hier waren es in der Hauptsache europäische Länder, vor allem Frankreich und Italien, die das einzige Aluminiumwerk Rheinfelden fast restlos mit dem „Aluminiumerz" versorgten, da die deutschen

Bauxitgruben jährlich nur 400 t lieferten, die sich überdies wegen ihres zu hohen Kieselsäuregehaltes nicht besonders gut zur Aluminiumherstellung eigneten. Die Einfuhr betrug im Jahre 1913 38 490 t Bauxit, die zum größten Teil zu Aluminium verarbeitet wurden.

3. Die Rohmetalleinfuhr.

Neben der Einfuhr von unbearbeiteten Erzen oder von nur durch einmalige Anreicherung hergestellten Konzentraten spielte auch schon vor dem Kriege die Einfuhr von Rohmetallen nach Deutschland eine große Rolle, da bei dem stetig anwachsenden Bedarf einerseits die Bergwerke keine entsprechende Steigerung ihrer Fördermenge erreichen konnten und andererseits die Kapazität der deutschen Hütten nicht immer ausreichte, um derartige Mengen an Metallen, sei es aus inländischem oder ausländischem Rohmaterial, herzustellen, die dem deutschen Verbrauch hätten gerecht werden können.

Andere Länder hingegen, in der Regel die überseeischen, hatten einen Überschuß an Rohmetallen, da der Konsum immer abhängiger wurde von einer hochentwickelten Industrie und diese Länder zum größten Teil Agrarländer waren, mit Ausnahme vielleicht der U.S.A., die ihren Metallverbrauch im letzten Vorkriegsjahrzehnt dank ihrer industriellen Entwicklung gewaltig steigern konnten, aber immer noch in der Lage waren, erhebliche Metallmengen, vor allem Rohkupfer, zu exportieren.

Nachdem England noch im Jahre 1892 Deutschlands Hauptversorger mit Kupfer war, wurde es schon 4 Jahre später von Nordamerika überflügelt. Im Jahre 1892 führte England 23 188 t Kupfer nach Deutschland ein, während U.S.A. nur mit 2141 t an der Einfuhr beteiligt war. 1896 hatte sich das Bild grundlegend gewandelt. Englands Einfuhr war bis auf 7478 t zurückgefallen, während Nordamerikas Kupferimport nach Deutschland auf 42 512 t emporgeschnellt war[12]). Diese ungeheure Entwicklung wurde vor allem begünstigt durch den Ausbau der Elektrizitätsindustrie, die große Mengen Elektrolytkupfer verbrauchte, das in U.S.A. hergestellt wurde, während England nur Kupfer raffinierte, das überdies nicht die Reinheit des amerikanischen aufwies. In den folgenden Jahren vermochte England mit seiner Produktion nicht mehr den Amerikanern zu folgen, die mächtige Hütten an der Ostküste errichtet hatten und hinsichtlich ihrer Kapazität mit keinem europäischen Werk verglichen werden konnten. Bis 1913 steigerte sich die amerikanische Rohkupfereinfuhr nach Deutschland auf 197 353 t, das sind ca. 88% der gesamten deutschen Rohkupfereinfuhr. Der Rest wurde von Australien, Spanien und Schweden bestritten, doch waren diese Mengen im Vergleich zur amerikanischen Einfuhr gering.

12) Vgl. Irrgang: Die Kupferversorgung Deutschlands seit 1914, S. 5.

Im Verhältnis zur Eigenerzeugung aus in- und ausländischem Rohmaterial nicht ganz so ungünstig lagen die Einfuhrbedingungen beim Rohblei, obwohl auch hier die Einfuhr fast die Hälfte der eigenen Bleierzeugung ausmachte. Einer Eigenerzeugung aus in- und ausländischem Material von 181 100 t im Jahre 1913 stand eine Bleieinfuhr von 83 701 t im selben Jahre gegenüber[13]. Das Übergewicht Amerikas trat hier jedoch nicht so in Erscheinung, da die amerikanische Bleihüttenproduktion trotz erheblicher Fortschritte in den letzten Vorkriegsjahren die europäische Produktion noch nicht zu überflügeln vermochte. Für die deutsche Versorgung mit Rohblei kam in den letzten Jahren vor dem Kriege in der Hauptsache Spanien in Betracht, das seine Einfuhr nach Deutschland von 1910—1913 verdreifachen konnte und damit weitaus an der Spitze der Einfuhrländer stand, während Belgiens Einfuhr im letzten Vorkriegsjahr um über die Hälfte zurückging und dadurch nicht nur vom ersten, sondern auch vom zweiten Platz durch die Vereinigten Staaten verdrängt wurde. Belgien brauchte als industriell hochentwickeltes Land große Mengen an Blei für seine eigene Industrie und hatte neben einer großen Ausfuhr auch eine erhebliche Einfuhr, hatte also keineswegs einen Überfluß an Blei, sondern orientierte seine Ausfuhr immer an der Einfuhr und dem eigenen Bedarf, dessen Ansteigen die rückläufige Bewegung in der Bleieinfuhr nach Deutschland im letzten Vorkriegsjahr auslöste.

in t	1911	1912	1913
Belgien	33 798	33 165	13 973
U.S.A.	35 843	22 928	16 273
Spanien	11 788	24 270	42 792
Großbritannien	6 110	3 720	3 923
Australien	6 698	4 103	2 839
übrige	6 278	5 299	3 980

Spanien und Australien hingegen führten fast ihre ganze Produktion an Blei, die bei Australien an sich gering war, aus, da diese beiden Länder infolge ihres agrarischen Charakters selbst nur kleine Metallmengen verbrauchten. Aus der Tabelle ist — betrachtet man die Einfuhrziffern von U.S.A. und Australien — klar zu ersehen, daß die Bleiverhüttung auf den großen überseeischen Erzlagerstätten bei weitem nicht die Fortschritte gemacht hatte wie gerade beim Kupfer, bei dem Amerika schon vor dem Krieg unzweifelhaft die erste Stelle einnahm. Die Verlegung der Bleihütten auf die überseeischen Erzfelder ging erst ganz allmählich in den Kriegs- und Nachkriegsjahren vor sich.

Auch die europäische Zinkproduktion behauptete in der Vorkriegszeit gegenüber den überseeischen Ländern ihre Vormachtstellung. Im Jahre 1910 wurden ¾ der Welthüttenproduktion an Zink auf dem europäischen Kontinent erzeugt. Deutschland als der größte Zinkproduzent Europas, war

13) Statistisches Jahrbuch für das deutsche Reich von 1914.

bei einer Zinkerzeugung von rund 280 000 t, der ein Verbrauch von rund 230 000 t in 1913 gegenüberstand, in der Lage, erhebliche Mengen Rohzink auszuführen, so nach Groß-Britannien, Österreich-Ungarn, Norwegen und den Vereinigten Staaten. Trotz dieser Ausfuhr führte Deutschland noch ungefähr die Hälfte der ausgeführten Rohzinkmengen von anderen europäischen Ländern, vor allem Belgien, dem zweitgrößten Zinkproduzenten der alten Welt, wieder ein. In der Nachkriegszeit änderte sich mit der Abtretung sämtlicher oberschlesischer Hütten und einiger Bergwerke an Polen dieses günstige Verhältnis grundlegend und Deutschland wurde vom Exportland zu einem Zuschußland.

Ein- und Ausfuhr Deutschlands an Rohzink.

	Einfuhr			Ausfuhr		
in t:	1909	1910	1913	1909	1910	1913
Belgien	30 400	26 727	28 645	3 878	3 648	387
Niederlande	5 709	4 149	4 147	2 122	1 742	605
Frankreich	—	—	2 579	2 619	936	64
Groß-Britannien	2 238	1 953	2 887	29 221	38 303	39 619
Österr.-Ungarn	6 249	5 121	8 894	20 948	20 283	5 598
Gesamt	46 990	41 224	35 371	82 226	88 701	84 512

Ganz bedeutend war auch die Zinneinfuhr nach Deutschland. Während die Zinnerze in der Hauptsache aus Bolivien kamen, waren Niederländisch- und Britisch-Indien sowie Australien die Hauptversorger Deutschlands mit Rohzinn. Aus diesen und noch einigen kleineren Bezugsquellen wurden im Durchschnitt der Jahre 1911/13 14 754 t Rohzinn eingeführt. Diese Mengen, zusammen mit denjenigen der einheimischen Erzeugung, wurden jedoch nicht allein in Deutschland verbraucht, sondern zu einem Teil wieder an europäische Länder ausgeführt. Deutschland war vor dem Kriege zu einem gewissen Prozentsatz sozusagen der Umschlagsplatz für das in Europa verbrauchte Zinn.

Einfuhr von Rohzinn.

in t:	1911	1912	1913
Niederl. Indien	8 210	7 254	6 384
Groß-Britannien	1 524	1 644	1 697
Britisch-Indien	1 266	1 387	942
Australien	1 111	1 519	1 662
Gesamteinfuhr	14 500	15 500	14 261
Ausfuhr	7 582	6 368	6 437

In die internationale Aluminiumwirtschaft war Deutschland vor dem Kriege lediglich als Verbraucher eingespannt, als Erzeuger spielte es keine Rolle. Der damalige Verbrauch betrug ungefähr 15 000 t, von denen 800—1000 t durch eigene Erzeugung, allerdings zum größten Teil aus ausländischem Bauxit, gedeckt waren. Der fehlende Bedarf wurde aus der Schweiz und Frankreich bezogen.

Zusammenfassend läßt sich über das bisher Geschilderte sagen, daß in der Vorkriegszeit es vor allem die fortgeschrittenen Industriestaaten der Welt waren, die einen Massenbedarf an Metallen entwickelten. Zu den größten Metallverbrauchern zählte auch Deutschland, dessen aufwärtsstrebende Industrie jährlich große Mengen an Metallen, vor allem Kupfer und Blei, verbrauchte. Im Gegensatz zu Amerika, das über große und junge Lagerstätten verfügte, war Deutschland jedoch infolge seines schon jahrhundertelangen Metallbergbaues nicht in der Lage, seinen Metallbedarf weder durch eigenen Erzbergbau, noch durch eigene Hüttenproduktion voll und ganz zu decken. Es war gezwungen, den Rest, der bei Blei, Kupfer, Zinn und Aluminium sehr erheblich war, durch eine zusätzliche Einfuhr, sei es von Erzen und Konzentraten oder von fertigen Metallen aus dem Ausland zu beziehen. Erleichternd für die deutsche Rohstoffversorgung fiel ins Gewicht, daß Deutschland vor dem Kriege über große Kapitalien im Ausland verfügte, die es uns ermöglichten, jährlich, trotz passiver Handelsbilanz, für 1 bis 1½ Milliarden Rohstoff- und Fertigwaren einzuführen, ohne diese direkt durch eine Ausfuhr eigener Erzeugnisse bezahlen zu müssen. Die Rohstoffversorgung war somit vor dem Kriege kein Problem des Ausgleichs der Zahlungs- bzw. Handelsbilanz, sondern wurde es erst durch die 1933/34 eintretende Verschlechterung unseres Devisenbestandes.

Überdies verfügte die deutsche Metallindustrie über eine ausgezeichnete Auslandsorganisation, die es ihr ermöglichte, sich die für die Versorgung der deutschen Hütten notwendigen Erze durch langfristige Lieferungsverträge mit den ausländischen Erzproduzenten zu sichern.

Alle diese Vorteile wurden durch den Krieg mit einem Schlage vernichtet. Die ausländischen Erz- und Metallieferungen hörten durch die Verhängung von Einfuhrsperren bei Kriegsausbruch fast vollständig auf. Die deutsche Metallindustrie, die durch den Krieg außer für den Zivilbedarf noch große Metallmengen für Heereslieferungen benötigte, war damit auf die im eigenen Lande vorhandenen Metallvorräte und auf seine eigenen Erzlagerstätten angewiesen. Hier war es die Aufgabe der Kriegsrohstoffwirtschaft, die im Folgenden kurz behandelt werden soll, diese Mengen für die Versorgung des Heeres zu sammeln und bereitzustellen.

B. Die Metallbewirtschaftung im Weltkriege.

1. Die Einfuhrdrosselung und das Auftreten des Mengenproblems.

Der Weltkrieg brachte für die deutsche wie für die gesamte Weltmetallwirtschaft in bezug auf ihre Rohstoffversorgung sehr viele neue und umwälzende Verschiebungen mit sich.

Wie in der ganzen Welt, so war auch der Bedarf an Metallen für Munition und Kriegsgerät in Deutschland sehr groß und wuchs ständig, besonders in der zweiten Hälfte des Krieges durch die ungeheuren Materialschlachten. Aber nicht nur zur Herstellung von Munition wurden Metalle gebraucht, sondern auch die heimische Industrie, besonders die Elektrizitätsindustrie, benötigte große Mengen.

Angesichts der Tatsache, daß schon im Frieden die Eigenerzeugung an Metallen teilweise sehr gering war und wir zu den größten Rohstoffabnehmern auf dem Weltmarkt zählten, war es klar, daß der Feind mit allen erdenklichen Mitteln versuchte, Deutschlands Schicksal durch Absperrung vom ausländischen Rohstoffmarkt zu besiegeln. Mit der Absperrung begannen jedoch auch für die ausländischen, vor allem für die überseeischen Erzgruben, die noch nicht zur eigenen Hüttenproduktion übergegangen waren, die ersten Absatzschwierigkeiten. Für die australische Grubenindustrie von Broken Hill bedeutete der Krieg den Fortfall des gesamten Blei- und Zinkerzabsatzes, da der Handel mit Erzen zum größten Teil in den Händen deutscher Firmen, besonders der Metallgesellschaft, Beer, Sontheimer & Co. und Aaron Hirsch lag und die Verarbeitung vornehmlich in deutschen und belgischen Hüttenwerken betrieben wurde. Deshalb wurden bald nach Ausbruch des Krieges viele Betriebe stillgelegt, da es aus technischen Gründen erst einige Jahre später gelang, eigene Hütten aufzubauen. Im Gegensatz hierzu bauten sich die Vereinigten Staaten eigene Verarbeitungsindustrien für Kupfer und Zink auf oder erweiterten schon bestehende Anlagen.

Diese Verlagerung der Hüttenindustrie auf die natürlichen Erzvorkommen war vielfach rentabler, aber nicht ihr einziger Grund. Vielmehr war es der ungeheure Bedarf an Metallen in den Kriegsjahren, der diese reichen überseeischen Erzgruben veranlaßte, eigene Verarbeitungsstätten aufzubauen, um an den fertigen Metallen mehr zu verdienen als an den weniger wertvollen Erzen.

Auch Deutschlands Metallwirtschaft wurde durch den Krieg in ganz neue Bahnen gelenkt. Der freie Handel war ausgeschaltet und an seine Stelle traten nationale und staatliche Verwaltungsorgane. Die Metallwirtschaft wie überhaupt die gesamte deutsche Wirtschaft richtete und gestaltete sich nicht mehr wie in den vielen Jahren vordem nach dem

Gesetz von Angebot und Nachfrage, sondern sie wurde zum großen Teil durch politische und militärische Notwendigkeiten und Maßnahmen beeinflußt und in einen neuen Rahmen gepreßt.

Durch eine von Frankreich und England angelegte Blockade und die Erklärung aller Metalle als Konterbande, trat als erstes infolge der bis auf ein Minimum herabgedrückten Einfuhr das Mengenproblem fühlbar in die Erscheinung. Selbst die Lieferung aus den neutralen Ländern, die teilweise direkt von England abhängig waren oder unter seinem Drucke standen, blieben schließlich ganz aus. Infolgedessen mußten deutsche Metallhütten, die nur auf ausländische Erze angewiesen waren, entweder ihre Betriebe stillegen, oder, was viel häufiger geschah, zur Verhüttung von eigenen Erzen oder Altmaterialien und Abfällen übergehen. Viele westdeutsche Hütten und vor allem die vor dem Kriege aufgeblühten Seehafenhütten wurden zu dieser Umstellung gezwungen. In der Norddeutschen Affinerie hörte die Blei- und Kupferproduktion aus ausländischen Erzen ganz auf. Hingegen wuchs die Elektrolytkupfererzeugung durch die Verarbeitung von Altmaterial ständig und erreichte im Jahre 1916 mit 23 215 t ihren Höhepunkt[14]. Ebenso stellten sich die Zinnwerke Wilhelmsburg bei Ausbleiben der bolivianischen Erze auf die Kupfererzeugung aus Messing und Bronze erfolgreich um[15].

2. Die Metallmobilisation.

Um diese Lücke, die durch die fehlende Einfuhr entstand, zu schließen, dienten alle gleich nach Kriegsbeginn ergriffenen metallwirtschaftlichen Maßnahmen der Erfassung der im Lande vorhandenen Metallmengen, um sie sodann in diejenigen Hüttenwerke zu leiten, die Kriegsmaterial und Gerät zur Landesverteidigung herstellten.

Alle Metalle ohne Ausnahme, Metallprodukte und Metallegierungen wurden in die staatliche Kriegsbewirtschaftung hineingezogen. Schon im August 1914 wurden Beschlagnahmen in kleinem Umfange durchgeführt, die dann Anfang 1915 durch umfangreichere abgelöst wurden. Der Beschlagnahme unterlagen vor allem als das wichtigste Metall das Kupfer und seine Legierungen, aber auch andere Metalle, wie Nickel, Blei, Zinn und Aluminium wurden davon betroffen.

Zur Durchführung der Metallbewirtschaftung war ein besonders großer Behördenapparat notwendig, dessen Anordnungen sich in der ersten Zeit nur mit großen Schwierigkeiten durchführen ließen. Die Zentralorganisation lag bei der von Walter Rathenau gegründeten Kriegsrohstoffabteilung (KRA), wo für die Metalle eine besondere Sektion M mit 3 Unterabteilungen gebildet wurde. Die Unterabteilung Ma hatte die Auslandsangelegenheiten, die Einfuhr und Ausfuhr zu erledigen, die zweite sich

14) vgl. Erich Schmidt: a.a.O. S. 19.
15) Vgl. Schulz-Kiesow: a.a.O.

mit der Frage der Steigerung der deutschen Bergwerksproduktion zu beschäftigen, während die letzte Abteilung Bestandserhebungen und Beschlagnahmen von Metallen vorzunehmen hatte, Sparmaßnahmen treffen mußte und außerdem mit der Regelung der Metallpreise beauftragt war.

Die erste Tätigkeit der Sektion M begann damit, daß sie sich durch Umfrage bei den Metallfirmen einen Einblick über die vorhandenen Vorräte zu verschaffen suchte. Es ergab sich, daß die vorhandenen Vorräte, vor allem an Kupfer, höchstens für einige Monate ausreichten und daß selbst in den Hafenstädten Hamburg und Bremen nur noch wenige tausend Tonnen an Metallen bereit lagen. Um eine Verschiebung dieser ermittelten Vorräte zu vermeiden, wurde gleichzeitig mit der Bestandserhebung die Beschlagnahme verknüpft [16].

Da die Anforderungen an Metallen sich oft und um ein Vielfaches änderten, war es überaus schwierig, den wirklichen Bedarf, sei es für Kriegslieferungen oder für Friedenszwecke, zu ermitteln und nur eine strenge Bedarfskontrolle durch Überwachung der Industrie, des zivilen und Heeresbedarfs konnte dieser Schwierigkeiten einigermaßen Herr werden.

Die durch die Beschlagnahme gewonnenen Mengen reichten jedoch bei weitem nicht aus für die vollständige Versorgung des deutschen Heeres und der deutschen Wirtschaft, zumal noch durch das sogenannte Hindenburg-Programm 1916 die deutsche Heeresleitung eine gesteigerte Metallversorgung verlangte. Diese fehlenden Metallmengen bereitzustellen war die Aufgabe der Metallmobilmachungsstelle, einer Behörde, die der KRA unmittelbar unterstand.

Vor dem Kriege waren großen Metallmengen, vor allem Kupfer, in der Produktionsmittelindustrie und in Verkehrsmittel eingebaut oder zu Haushaltungs- und sonstigen Geräten verarbeitet worden, so daß trotz einer großen Ausfuhr an Metallfertigwaren noch Millionen Tonnen im Inland bereitlagen und verhältnismäßig leicht zurückgewonnen werden konnten.

Die Mobilmachung erfolgte durch freiwillige Überlassung, durch Aufkauf, aber auch durch Beschlagnahme und erstreckte sich vorerst nur auf solche Metallgegenstände, die entbehrt werden konnten. Später jedoch wurden so gut wie alle Gegenstände aus Metall und seinen Legierungen Messing und Bronze mobilisiert und wieder zu Metallen verarbeitet.

Es ist nun nicht etwa so, daß die Verwertung von Altmetallen erst eine Kriegserscheinung ist, vielmehr bestand schon vor dem Kriege 10—15% des Kupferverbrauches aus Altmetallen und Abfällen. Aber auch bei anderen Metallen (z. B. Zinn aus Zinnasche und Weißblech) war die Regenerierung schon erheblich vorgeschritten, spielte doch gerade die Verarbeitung von Altmetallen und Abfällen für die Preisregulierung eine große Rolle. Infolge der Kriegsrequisitionen und Mobilisationen nahm dann die Altmetallverarbeitung in den Kriegsjahren einen größeren Umfang an,

16) Die Vorräte gingen an die Kriegsmetall-A.G., die der KRA unmittelbar unterstellt war.

was uns die Möglichkeit gab, den Kriegsbedarf weitgehend zu decken, ja man hatte sogar noch bei Kriegsschluß größere Metallmengen zugriffsbereit.

Neben der Beschaffung der Metallmengen wurde jedoch auch gleichzeitig die richtige Verteilung notwendig. Die Metalle mußten zur Verarbeitung für Kriegszwecke und für den Zivilbedarf in solche Werke gehen, die sich als technisch einwandfrei erwiesen, d. h. also in solche Verarbeitungsstätten, die über genügend Maschinen und Arbeitskräfte verfügten.

3. Die Preisregelung als notwendige Folge der Eingriffe in den freien Mengenausgleich.

Infolge der Beschlagnahme, der Eingriffe in den freien Mengenausgleich tauchte auch bald eine Preisfrage auf und es wurde klar, daß man eines von beiden nicht ohne das andere regeln kann. Die Fabrikanten, die nicht oder nicht nur für Kriegszwecke arbeiteten, versuchten die noch irgendwie freigebliebenen Metallmengen zu erlangen, was zur Folge hatte, daß die Preise stark in die Höhe gingen. Daraufhin wurden an die Stelle der bisher freien Marktpreise amtliche Höchstpreise gesetzt [17]).

	Elektrolytkupfer	Blei	Zink	Zinn	Hüttenaluminium
pro t Mk.	2000.—	620.—	1070.—	4750.—	3250.—

Diese oben angeführten behördlichen Taxpreise der KMA blieben bis zum Kriegsende bestehen und wurden dann vom November 1918 bis ins Jahr 1920 hinein noch mehrfach geändert und erheblich heraufgesetzt. So war der Richtpreis für Kupfer am 15. 9. 1919 auf M. 10 500.— für 1 t gestiegen, nachdem er bis zum 12. 11. 18 noch M. 2000.— betrug. Eine Tonne Aluminium kostete im Dezember 1919 nach dem Monatsdurchschnitt der Berliner Metallbörse schon M. 30 130.—

Da anfänglich die Metallmengen, welche vom neutralen Ausland noch eingeführt wurden, nicht an Höchstpreise gebunden waren, stiegen diese Preise ins Ungeheure. Infolge der Beschlagnahme der im Inland umlaufenden Metallmengen stürzten sich die Metallverarbeiter auf die Einfuhr und bezahlten jeden Preis. So kam es, daß Deutschland nicht Weltmarktpreise oder Inlandspreise der neutralen Länder für Metalle und deren Vorprodukte bezahlte, sondern erheblich höhere. Es wurden z. B. für 1 t Aluminium im Jahre 1915 Preise bezahlt, die zwischen M. 5000.— und 6000.— lagen, während der Richtpreis zu der Zeit auf M. 3250.— stand. Infolgedessen schritt auch hier das Reich ein und beschlagnahmte die Einfuhr. Jedoch nicht die gesamten Einfuhrmengen wurden dem Reich auf diese Weise gesichert, sondern nur Teilmengen verfielen der Beschlagnahme, um den Importeuren nicht den Anreiz zur Einfuhr zu nehmen. Außerdem

17) Einführung der Höchstpreise am 14. 12. 14.

richtete sich die KMAG in den Einfuhrländern eigene Ankaufszentralen ein, um auf diese Weise die überhöhten Preise wieder auf einen erträglichen Stand zurückzuführen, was ihr auch tatsächlich gelang. Seit 1915 gelangten dann erhebliche Metallmengen auf Grund von Kompensationsverträgen nach Deutschland.

4. Die bergbauliche Erzgewinnung während des Krieges.

Im Gegensatz zur Metallmobilmachung, bei der man mit ungefährer Genauigkeit die vorhandenen Mengen schätzen konnte und sie vorhanden wußte, lag bei der Versorgung Deutschlands mit eigenen Erzen die Schwierigkeit darin, daß es nicht über genügend reiche Erzvorkommen verfügte und zum andern, daß man nie den Erfolg der bergbaulichen Erzgewinnung absehen konnte. In den ersten Kriegsjahren wurden die deutschen Metallbergwerke nicht mit in die Rohstoffwirtschaft einbezogen. Man sagte sich, daß eine Organisation hier allein nicht helfen könne, da sich dadurch die Erzvorkommen nicht erweitern würden. Erst im Jahre 1916 wurde vom preußischen Kriegsministerium eine Abteilung für Bergbau geschaffen, die die Möglichkeit für einen gesteigerten Erzabbau zu untersuchen hatte, um die Metallbestände zu ergänzen und damit die deutsche Metallversorgung auf eine breitere Basis zu stellen. Durch dieses erst so späte Eingreifen verzögerte sich die Auffüllung und Erweiterung der Vorräte beträchtlich, zumal sich schon ein erheblicher Mangel an geeigneten Arbeitskräften bemerkbar machte.

Alle bereits vor dem Kriege in Betrieb gewesenen Produktionsstätten wurden auf Höchstleistung gebracht, um wenigstens die Fördermengen der Vorkriegsjahre zu halten. Wirtschaftlichkeits- und Rentabilitätserwägungen spielten dabei nur eine untergeordnete Rolle.

Einzig und allein die Kupferproduktion und die Zinnerzgewinnung (besonders seit 1916) konnten den Vorkriegsstand wieder erreichen und auch überschreiten, trotz teilweiser Betriebseinstellungen, die wegen des eintretenden Arbeitermangels nicht zu vermeiden waren. Besonders für den Mansfelder Bergbau und seine Hüttenwerke mußten die schon teilweise zur Front eingezogenen Arbeitskräfte wieder freigegeben werden, um die Kupferproduktion nicht abfallen zu lassen.

Nach anfänglichem Rückgang der Erzgewinnung steigerte sich die Produktion in den nächsten Kriegsjahren nicht unbeträchtlich, vor allem durch das nochmalige Umkläuben der Halden. Im Jahre 1913 wurden z. B. durch Haldenverarbeitung 14 833 t Kupferschiefer gewonnen, während im Jahr 1916 diese Menge auf 303 115 t gesteigert werden konnte. Auch die Kupferraffinadeproduktion übertraf im Jahre 1916 mit 20 999 t die Vorkriegserzeugung um rund 700 t. Allerdings muß man hinzufügen, daß das Jahr

1916 den Höhepunkt der Kriegsproduktion darstellt und daß im weiteren Verlauf des Krieges die Produktion [18] wieder zurückging.

Die Kupfererzvorkommen am Rammelsberg konnten ihre Erzförderung durch Ausbau ihrer Anlagen um 50 000 t auf 120 000 t Erz steigern. Dagegen blieb die Erzgewinnung der Stadtberger Gruben hinter den geförderten Mengen der Vorkriegszeit zurück.

	1912/13	1913/14	1914/15	1915/16
Erzförderung	53 300	47 287	45 155	45 981 t
Kupferinhalt	800	690	620	700 t

Außer den Gruben, die schon vor dem Kriege arbeiteten, wurden nun auch einige alte Gruben, die bisher entweder stillagen oder nur unregelmäßig förderten, wieder in Betrieb genommen. Es handelte sich um die Gewerkschaft Danielszug im Bergischen, einige Gewerkschaften im Siegerland und die alte Mahlscheidgrube bei Siegen. Diese Gruben verpflichteten sich in Erzlieferungsverträgen mit der KMA zu einer Förderung eines bestimmten Erzquantums mit einem bestimmten Kupfergehalt.

Man versuchte noch weitere Kupfervorkommen zu erschließen, so in der Rheinpfalz, in Mitteldeutschland und im Erzgebirge, doch scheiterten alle diese Versuche an dem allzu geringen Kupfergehalt der Erze (1—1,5%).

Während die Bleierzförderung ähnlich wie die des Kupfers verlief und im Jahre 1916 mit 75 500 t einen Stand erreichte, der in den folgenden Jahren dann nicht wieder erreicht wurde, stieg dagegen die deutsche Zinkerz- und Zinnerzproduktion nach anfänglichen Rückschlägen bis zum Kriegsende dauernd, trotzdem auch diese Bergwerke sehr unter dem Mangel an geeigneten Arbeitskräften zu leiden hatten. Die Zinnerzgruben im erzgebirgischen Zinnbergbaudistrikt erzielten ihre Produktionssteigerung in der Hauptsache durch eine Zusammenlegung der kleineren Betriebe. Doch hätten diese Mengen allein zur Bedarfsdeckung nicht genügt, wenn nicht noch in den ersten Kriegsjahren erhebliche Mengen an Zinn durch holländische Einfuhr nach Deutschland hereingekommen wäre. 1914 wurden noch 10 000 t und 1915 noch ca. 6000 t Zinn importiert. Erst Englands Drohung, weitere Zufuhr von Zinn nach Holland abzusperren, zwang die Niederlande am 16. Oktober 1915 zum Ausfuhrverbot von Zinn.

Ebenso wie beim Kupferbergbau wurde auch energisch versucht, alte Blei-, Zinn- und Zinkgruben wieder in Betrieb zu setzen. Auch nach neuen Lagerstätten wurde das Reichsgebiet durchforscht und großzügige Einrichtungen zu ihrer Ausbeute errichtet, besonders im Lahn-Dillgebiet, in Thüringen, im Weser- und auch im Erzgebirge.

Eine wesentliche Erweiterung der deutschen Erzförderung besonders an Kupfererzen erfuhr die deutsche Metallwirtschaft durch die Niederringung Serbiens im Jahre 1915. Die im Jahre 1905 gegründete serbische Grube Bor war sehr ergiebig und erreichte schon vor dem Kriege eine Förderung von 7600 t jährlich, die einen Gehalt von ca. 7% aufwiesen. Die in der

18) Bergwerks- und Hüttenproduktion.

Grube Bor gewonnenen Erze wurden nun nicht etwa zur Verhüttung nach Deutschland transportiert, sondern an Ort und Stelle zu Kupfer verarbeitet, allerdings mußte zu diesem Zweck Koks, der dort nicht vorhanden war, von Deutschland hinbefördert werden. Bei einer Erzförderung von 12 786 t im Monatsdurchschnitt betrug die daraus erzeugte Kupfermenge 1518 t [19]. Außer den Kupfererzen von Bor wurde noch die Grube Plakalnitza zur Versorgung mit herangezogen. Hier wurden neben Kupfererzen auch noch Bleierze gefördert. Die Kupfererze wurden zu Kupferstein verarbeitet bezw. es wurde der Metallgehalt auf 30% angereichert und dann nach Belgien zur Verhüttung transportiert.

Wurden in diesen beiden Gruben noch erhebliche Erzmengen gefördert und der deutschen Metallversorgung nutzbar gemacht, so fielen die türkischen Erzvorkommen für die deutsche Versorgung fast restlos aus, da im Kriege an eine Verbesserung dieser ganz veralteten Anlagen nicht zu denken war.

5. Die Ersatzstoff-Frage (der Ausbau der deutschen Aluminium-Industrie.)

Neben den Maßnahmen zur Förderung und Erweiterung des deutschen Erzbergbaues, die trotz ihres späten Einsetzens doch von Erfolg gekrönt waren und die immerhin ein gut Teil an der Versorgung beitrugen, und den Metallmobilisierungen, spielte die Ersetzung von Metallen, besonders des Kupfers, Zinns und Nickels durch andere leichter und auch billiger zu erlangende eine wenn auch vielfach überschätzte Rolle.

In den ersten Kriegsjahren wurden bei der bald eintretenden Metallknappheit als Ersatz für das Kupfer das Zink verwendet, ja sogar Eisen wurde statt Kupfer in verschiedene Maschinen eingebaut. Ebenso wurden verzinnte Gegenstände durch solche abgelöst, die entweder verzinkt oder verbleit waren.

Doch schon bald stellte sich das Zink und auch das Eisen als Kupferersatz besonders für die Elektroindustrie als unbrauchbar und unvorteilhaft heraus [20]. Die Stelle des Zinks und Eisens als Kupferersatz nahm jetzt das Aluminium ein und besonders gegen Ende des Krieges wurden viele Maschinen mit Aluminiumwicklungen versehen, die dazu beitrugen, daß das sonst dafür gebrauchte Kupfer für militärische Zwecke frei wurde. Die Alu-

19) Vgl. Irrgang: a.a.O., S. 38.

20) Der elektrische Leitungswiderstand des Zink beträgt das 3½fache des Kupfers, auch ist die Festigkeit nicht annähernd die des Kupfers. Das Eisen ist insofern unvorteilhaft, weil es große Aufwendungen zur Instandsetzung und Haltung erfordert, obwohl die Anschaffungskosten im Gegensatz zum Kupfer gering sind (nach einer Mitteilung Geyers in der Zeitschrift „Elektrotechnischer Anzeiger" von 1921, zit. bei Buschlinger, S. 14.)

miniumindustrie erlebte während des Krieges ihren großen Aufschwung und es soll in diesem Zusammenhang kurz auf ihre Entstehung eingegangen werden.

Hatte man bereits vor dem Kriege den großen Wert des Aluminiums für die Kriegsmittel erzeugende Industrie und damit den Wert einer eigenen Aluminiumindustrie erkannt, so war es doch sehr schwer, schon damals die kaufmännische Initiative und das Privatkapital für den Aufbau einer eigenen Aluminiumindustrie zu interessieren. Erst als der Krieg die Aluminiumpreise in die Höhe trieb, zeigte sich auch die deutsche Privatindustrie geneigt, Aluminiumhütten zu erreichten, da bei dem hohen Preisstand sich die Gewinnung trotz des Fehlens genügender Wasserkraftanlagen noch rentabel gestaltete. Überhaupt spielten bei den in den Kriegsjahren erfolgten Gründungen wirtschaftliche Gesichtspunkte eine untergeordnete Rolle, da es hier darauf ankam, für fehlende oder unzureichend vorhandene Metallmengen so schnell wie möglich eine Ersatzmöglichkeit zu schaffen. In erster Linie waren hieran das Reich selbst interessiert. Die Initiative zur Errichtung von Aluminiumhütten ging infolgedessen von der KRA des Reiches aus und wurde noch gefördert durch französische Maßnahmen, die darin bestanden, daß Frankreich, um die Belieferung Deutschlands mit Aluminium aus der Schweiz, die ca. 80% ihrer Produktion nach Deutschland ausführte[21], zu verhindern, die schweizerischen Bauxitgruben in Südfrankreich sequestierte und so zu einem Ausfall der schweizerischen Lieferung führte.

Die Aluminiumwerke Rummelsburg (Berlin) und Horrem bei Köln stellten sich als erste auf die Aluminiumproduktion um[22]. Das Reich stellte 14 Millionen Mark für die Baukosten zur Verfügung. Schon Ende 1915 und Anfang 1916 wurde die Aluminiumerzeugung in beiden Werken aufgenommen. Das Rummelsburger Werk besaß eine Jahreskapazität von 3 600 t und Horrem eine solche von 3 000 t. Im Jahre 1916 wurde auch noch das Werk Bitterfeld der Griesheim Elektron auf Aluminiumerzeugung umgestellt[23]. Diese 3 Werke mit einer Gesamtkapazität von 11—12 000 t lieferten bis Mitte 1917 ca. 7000 t an die Kriegsrohstoffabteilung ab, eine Menge, die zur Deckung des Kriegsbedarfs jedoch bei weitem nicht ausreichte.

Diese 3 Werke, vor allem Rummelsburg und Horrem, waren von vornherein nur als Provisorium gedacht und ein weiterer Ausbau der Anlagen wurde darum nicht vollzogen. Vielmehr ging man jetzt infolge des starken Bedarfs dazu über, neue Sonderbetriebe mit größerer Kapazität,

---

21) Vgl. Konrad Harro Schmidt: Die deutsche Aluminiumindustrie, Entstehung und Organisation. Teildruck S. 17.

22) Vertrag vom 15. September 1915 zwischen KRA und Metallbank und Metallurgische Gesellschaft sowie Chemische Fabrik Griesheim Elektron (beide Frankfurt/M.).

23) Vertrag vom 16. 3. 1916 zwischen den gleichen Partnern.

die nur Aluminium herstellen sollten, zu errichten. Beeinflußt wurde diese Entwicklung durch die Lösung der Bauxitbeschaffung. Die österreich-ungarischen Bauxitläger erwiesen sich als ausreichend für eine Aluminiumproduktion in größerem Umfange. Auch bestand für Deutschland die Möglichkeit, seinen Bauxitbedarf in Istrien und Dalmatien zu decken. Der Standort dieser neuen Werke war nicht sonderlich günstig gewählt, da nicht genügend Wasserkraft zur Energieerzeugung vorhanden war. Die Anlage von Wasserkraftwerken wäre damals zu umständlich und zu teuer gewesen und so wurde die Energieerzeugung mittels Kohle bewerkstelligt, die in der Nähe der neuen Aluminiumwerke genügend vorhanden war. So wurde dann an der Erft bei Grevenbroich eine Aluminiumhütte errichtet, die eine Kapazität von 12 000 t erhielt[24]. Die Inbetriebnahme erfolgte schon im Herbst 1917.

Durch einen weiteren Vertrag zwischen dem Reich, der Metallbank und Metallurgischen Gesellschaft und der Chemischen Fabrik Griesheim Elektron wurde der Bau einer zweiten eigenen Aluminiumhütte in der Lausitz beschlossen[25]. Außer dieser Aluminiumhütte von 12 000 t Kapazität mußten die Metallbank und Griesheim Elektron laut Vertrag eine Tonerdefabrik, eine Tongrube und ein Kraftwerk in Lauta errichten. Die mit allen neuzeitlichen Mitteln ausgerüsteten Anlagen waren schon durch die außerordentliche Baubeschleunigung im Herbst 1918 soweit, daß sie ihre Produktion aufnehmen konnten. Die Produktion dieser 5 im Kriege errichteten Aluminiumhütten betrug:[26]

Produkt. in t	1915	1916	1917	1918	1919	1920	1923
Rummelsburg	29	1710	3737	3214	—	—	—
Horrem	—	1824	2940	2484	1592	90	—
Bitterfeld	—	1501	3588	3754	3308	2666	2500
Erftwerk	—	—	10	3450	2078	2010	3500
Lautawerk	—	—	—	201	3160	4585	9000
Gesamt	29	5035	10275	13103	10138	9351	15000

Des Zusammenhanges wegen sei hier noch kurz auf die Gründung der letzten Aluminiumhütte die „Innwerk", Bayrische Aluminiumwerke A.G. in München-Töging, hingewiesen[27]. Dies ist die erste Gründung, bei der der Rentabilitätsfaktor in erster Linie den Standort bestimmte und nicht, wie bei den ersten Gründungen, das Wirtschaftlichkeitsmoment ganz außer Acht gelassen wurde. Das Werk erhielt eine Leistungsfähigkeit von

---

24) Auf Grund eines im Sommer 1916 geschlossenen Vertrages zwischen dem Reich einerseits und der Gebr. Giulini G. m. b. H. Ludwigshafen und der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerke A.G. (RWE) andererseits. Näheres bei Harro Schmidt, a. a. O., S. 20/21.

25) Vereinigte Aluminiumwerke A.G., Lautawerk (Lausitz).

26) Aus Harro Schmidt: a. a. O., S. 22.

27) Gemischtwirtschaftliches Unternehmen zwischen Reich, Bayern, der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft Berlin über die Siemens-Schuckert-Werke und der Gebr. Giulini G.m.b.H.

12 000 t jährlich, wurde aber erst im Jahre 1925 fertiggestellt und in Betrieb genommen und kam somit für die Kriegsversorgung nicht mehr in Betracht.

Zusammenfassend läßt sich über die deutsche Kriegsrohstoffwirtschaft sagen, daß es ihr nach Überwindung der Anlaufschwierigkeiten durchaus gelungen ist, die nötigen Metallmengen für militärische Zwecke und gleichzeitig für den Zivilbedarf sicherzustellen, was um so schwieriger war, da wir vor dem Kriege als rohstoffarmes Land gewohnt waren, in sehr großem Umfange das, was uns fehlte, aus dem Auslande zu beziehen. Zudem befand sich Deutschland nicht nur über seine eigenen Versorgungsmöglichkeiten im Unklaren, sondern auch statistisch über den Grad seiner Abhängigkeit vom Ausland. Zuverlässige Zahlen zur Beurteilung der Frage, welche die Abschnürung Deutschlands auf das ganze Wirtschaftsleben haben würde, fehlten so gut wie ganz.

Wir waren also wirtschaftlich gänzlich unvorbereitet und alle Maßnahmen mußten so gut wie aus dem Stegreif getroffen werden. Dabei blieb es selbstverständlich nicht aus, daß einige Maßnahmen gewissermaßen als unfertig erschienen. So hatten die unter dem höchsten Druck geschaffenen Ersatzstoffe gerade keinen besonders guten Ruf, da sie nicht allzu weit aus der Sphäre der Behelfsmäßigkeit herausragten. Nur der Ersatz des Kupfers durch das Leichtmetall Aluminium machte besonders seit 1917 große Fortschritte und trug viel dazu bei, daß erhebliche Mengen an Kupfer für den dringendsten Heeresbedarf frei wurden.

Die Außerachtlassung der Wirtschaftlichkeit bei dem schnellen Aufbau dieser ganz neuen Industrie sollte sich allerdings nach Kriegsende bitter rächen. Der Aluminiumindustrie fehlte der Absatz für ihre große Produktion. Dieser Tatbestand traf jedoch nicht allein für die Aluminiumindustrie zu, sondern auch die übrigen Metalle Kupfer, Zink und Blei wurden in den Strudel der Nachkriegskrise mit hineingerissen und erst langsam von ihm wieder freigegeben.

Teil II.

Die Metallversorgung Deutschlands in den Nachkriegsjahren bis 1933.

1. Die Bergwerksproduktion der Nachkriegsjahre (Ihre Verschiebung und ihr Niedergang in der Krise).

Schon vor dem Kriege hatte die immer weiter fortschreitende Entwicklung der Weltwirtschaft und die Entstehung und der Aufbau neuer Industrien einen ständig steigenden Verbrauch an Metallen zur Folge gehabt. Besonders die elektrotechnische Industrie und die Automobilfabriken benötigten große Mengen. Dieser Verbrauchsanstieg konnte auch durch den Krieg nicht gehemmt, sondern nur unterbrochen werden und setzte sich in den Nachkriegsjahren fort und trieb dadurch die Produktion zu dauernder Erweiterung, wenn auch noch im Jahre 1921 eine Krise zu überwinden war. Die Produktion war nämlich durch den Krieg derartig ausgedehnt worden, daß bei Einstellung der Feindseligkeiten trotz der tatsächlichen Vernichtung großer Metall-, besonders Kupfermengen, noch große Vorräte an Erzen und Metallen nach Kriegsende für den Verbrauch, der seinerseits anfänglich nicht den erhofften Auftrieb erhielt, bereitlagen.

Aber schon im Jahre 1921 hatte der deutsche Kupferbergbau, nachdem seine Produktion bereits 1919 stark zurückgegangen war, im Gegensatz zu der noch ansteigenden Weltproduktion, die Nachkriegskrise überwunden und erzielte wieder eine Steigerung in der Erzförderung. Im Jahre 1926 konnte dann die deutsche Kupfererzproduktion zum ersten Mal wieder den Friedensstand erreichen, ja ihn sogar trotz der verringerten Anzahl von Betrieben überschreiten. Auch in der Krise ab 1930 brachte es der deutsche Kupferbergbau fertig, allerdings mit Hilfe von Subventionen, seine Fördermengen noch zu erhöhen.

Kupferbergwerksproduktion[1]
Kupferinhalt in 1000 t:

1913 = 26,6	1925 = 23,8	1929 = 29,1
1917 = 22,9	1926 = 27,2	1930 = 27,2
1923 = 18,2	1927 = 27,7	1931 = 30,1
1924 = 22,8	1928 = 26,8	1932 = 30,9
		1933 = 31,5

1) Nach statistischen Zusammenstellungen der Metallgesellschaft, Frankfurt a. M.

Der Metallgehalt der deutschen Kupfererze war vor dem Kriege mit 2,73% nicht sehr groß, konnte sich nach dem Kriege jedoch etwas steigern und zwar betrug er seit 1925 ungefähr 2,90%. Die Steigerung des Gehaltes ist keine große, doch läßt sie erkennen, daß mit einem Ärmerwerden der deutschen Kupfererze vorläufig nicht zu rechnen ist.

Die Hauptproduktionsgebiete waren auch nach dem Kriege die Mansfelder Erzlagerstätten, die Kupfererzgruben des Rammelsberges bei Goslar, die Stadtberger Bergwerke und noch einige kleine Gruben im rheinischen Bergbaubezirk. Die Mansfelder Gruben waren, wie in der Vorkriegszeit, wieder mit ca. 90% am Kupferinhalt der gesamten deutschen Kupfererzförderung beteiligt. Der Anteil vergrößerte sich ab 1931 noch auf ungefähr 93%, während die Förderung des rheinischen Bezirks langsam an Bedeutung verlor.

Der deutsche Zink- und Bleierzbergbau konnte sich nur langsam wieder erholen und erfuhr erst im Jahre 1924 wieder eine Zunahme seiner Erzförderung, vermochte aber im Laufe der Nachkriegsjahre die Fördermengen von 1913 bei weitem, wenigstens beim Zink, nicht zu erreichen.

Znerz- und Pberzförderung in 1000 t:

Zn	Pb	Zn	Pb	Zn	Pb
1913 = 250,0	80,0	1926 = 99,4	46,1	1930 = 159,1	61,0
1923 = 41,8	23,0	1927 = 132,5	49,6	1931 = 114,7	50,3
1924 = 52,8	30,9	1928 = 142,3	48,7	1932 = 87,7	47,8
1925 = 63,8	35,9	1929 = 152,5	52,7	1933 = 107,0	52,0

Das außerordentlich starke Absinken der Zink- und auch der Bleierzförderung in 1923 hatte seinen Grund in der Abtretung bedeutender Blei- und Zinkerzlagerstätten Oberschlesiens an Polen im Jahre 1922[2]. Hinzu kam, daß die übrigen deutschen Zinkabsatzgebiete in Rheinland-Westfalen, im Harz, Sachsen, Bayern und im Erzgebirge ebenfalls in ihrer Produktion zurückgegangen waren, so daß im Vergleich zu 1909/13 die Bergwerksproduktion im Durchschnitt der Jahre 1923/27 um rund 65% für Blei- und Zinkerze zurückgefallen war[3].

Die erzgebirgischen Zinnbergwerke konnten im Jahre 1920 noch mit Hilfe der bereits im Kriege mit Staatsunterstützung künstlich erhaltenen und großgezogenen Notbetriebe ca. 150 t Zinninhalt fördern, die Produktion jedoch auf dieser Höhe nicht halten, so daß sie in den darauffolgenden Jahren wieder auf 100 t zurückfiel.

Im Gegensatz zu der allgemeinen Produktionssteigerung der Nachkriegsjahre fielen die Gesamtwerte. Infolge der Verbesserung der Pro-

2) In der Hauptsache fielen jedoch nicht Bergwerke, sondern Hüttenbetriebe an Polen, und zwar sämtliche oberschlesischen Zinkhütten und verschiedene Bleihütten.

3) Aus: Versorgung Deutschlands mit Nichteisenmetallen (Enquete-Bericht 1925).

duktion und ihrer Verbilligung durch Senkung der Unkosten gingen die Preise für Cu, Pb und Zn ab 1925 sehr stark zurück[4]). Allein die Zinnpreise wiesen zu dieser Zeit noch eine steigende Tendenz auf. Der Anfang dieser Preissenkung auf dem Weltmetallmarkt ging von Amerika aus und zeigt damit deutlich, wie sich das Schwergewicht der internationalen Metallwirtschaft während der Kriegszeit immer mehr von Europa nach Übersee verlagert hatte. Europa wurde in der internationalen Metallwirtschaft vom Subjekt zum Objekt, d. h. der gesamte Kupfermarkt stand unter der Kontrolle der Amerikaner, die in den Nachkriegsjahren erfolgreiche Anstrengungen machten, auch den Zinkmarkt in ihre Hände zu bekommen. So wie zuerst Amerika Kupfer elektrolytisch herstellte, begann es auch als erstes Land mit dem Elektrolyseverfahren beim Zink und sicherte sich somit auch hier eine beherrschende Stellung. Eine Ausnahme bildete der Bleimarkt, dessen Preise weit weniger von Amerka diktiert wurden, wie gerade die Kupfer- und später die Zinkpreise. Für Blei war der Londoner Markt ausschlaggebend, da die Hauptproduktionsländer, wie Australien, Kanada und auch Indien Mitgliedsstaaten des Britischen Empire sind und sie darum ihre Verkaufsagenturen in London haben. Die Überschüsse der amerikanischen und mexikanischen Produktion gehen ebenfalls an den Londoner Markt.

Somit war Deutschland in den Nachkriegsjahren in sehr starkem Maße in der Preisgestaltung abhängig vom New Yorker und Londoner Markt, obwohl wir für einige Metalle eigene Notierungen hatten. Diese trafen aber kaum selbständige Preisfestsetzungen, sondern richteten sich stets nach den Notierungen der Londoner oder New Yorker Börse. Dies bedeutete aber, daß die deutsche Metallwirtschaft in der Preisgestaltung der Willkür des Auslandes ausgesetzt war. Deutschland als Metallzuschußland war auf Einfuhren angewiesen und durfte und konnte deshalb keine Zölle auf ausländische Rohmetalle erheben. Amerika hingegen hatte seinen Inlandsmarkt durch Einfuhrzölle vollständig in der Hand und konnte seinen Überschuß trotz der niedrigen Preise noch mit Gewinn exportieren,

---

4) Jahresdurchschnitte in £ per long t:

	Blei	Kupfer	Zink
1925	35.17. 4.	61.19. 8.	36. 3. 4.
1926	31. 2. 2½.	58.—. 9.	34. 2. 8.
1927	24. 8. 0.	55.13.11.	28. 9.11.
1928	21. 3. 3½.	63.14. 9½.	25. 5. 5.
1929	23. 4.11.	75. 9. 7.	24.17. 8.
1930	18. 1. 5.	54.13. 7.	16.16. 9.
1931	12. 1. 2.	35.19. 0.	11.10. 3.
1932	8.13. 2½.	22.16. 8½.	9.16. 8.

Die Jahre 1931 und 1932, Durchschnitt auch in Gold-£, ab September 1931 auf Grund der Londoner Goldnotiz umgerechnet (Stat. Zusammenstellung der Metallgesellschaft).

da es im Gegensatz zu Europa über ganz junge und bedeutend reichere Erzlagerstätten verfügte.

Die europäischen, insbesondere die spanischen und deutschen Bergwerke, arbeiteten jedoch wegen ihrer schon sehr alten und teilweise schon erschöpften Läger mit weit höheren Kosten und waren auf die Dauer nicht in der Lage, ihre Erze zu derart niedrigen Preisen zu fördern. Auch die zeitweiligen Preiserhöhungen der internationalen Kartelle änderten an dieser Tatsache nichts. So versuchte das 1926 gegründete Kupferkartell im Jahre 1929[5], den dauernden Preisverfall aufzuhalten, indem es die Kupferpreise künstlich heraufsetzte. Die Folge war eine erhebliche Produktionssteigerung und zugleich große Vorratsbildungen, da wegen der zu hohen Preise eine Schrumpfung der Nachfrage eintrat. Das Endergebnis war dann ein noch weit schneller und schärfer einsetzender Preisdruck.

Die Mansfelder Gruben und Hütten erzielten selbst in diesen Jahren keinerlei Konjunkturgewinn, da zur Aufrechterhaltung ihres Betriebes sehr viele Arbeiter und Angestellte[6] benötigt wurden, und der Lohnanteil ungefähr 75% der Selbstkosten des Bergbaues ausmachte. Die Selbstkosten waren ungefähr 25% höher als der durchschnittlich für Kupfer erzielte Preis, so daß kein Gewinn, auch nicht aus der Nebenproduktion, möglich war. Außerdem wurden noch im Jahre 1929 die Löhne heraufgesetzt. Erst das Jahr 1930 brachte eine kleine Erleichterung. Durch die Lex Brüning wurden die sozialen Lasten für den Bergbau gesenkt, jedoch nur um ein Geringes, so daß sie trotzdem immer noch 26,5% der Lohnsumme ausmachten. So arbeitete der Mansfelder Bergbau dauernd mit einem jährlichen Verlust von ca. 8—9 Millionen, der sich bei dem scharfen Preissturz infolge des Scheiterns der Kartellpreispolitik auf 13,30 Millionen RM. erhöhte.

Nachdem das Notprogramm, dessen Hauptpunkt eine 15%ige Lohnkürzung vorsah, von den Gewerkschaften nicht angenommen worden war, sah sich die Leitung der Mansfelder Betriebe gezwungen, sämtliche Kupferbergbaubetriebe stillzulegen. Durch einen zinslosen Kredit von monatlich RM. 500 000.— ermöglichte das Reich jedoch einige Zeit später die Wiederaufnahme der Förderung.

Auch die übrigen Kupfergruben waren, durch eine zu geringe Kapitalbasis beeinträchtigt, nicht alle mehr in der Lage, Verluste auf die Dauer zu ertragen. Sie näherten sich immer mehr der Lage eines Grenzproduzenten und mußten schließlich ihre Betriebe stillegen, so die Stadtberger Grube, der bald darauf, als die Halden verarbeitet waren, auch die dazugehörige Kupferhütte folgte (1930).

Am stärksten wurden jedoch die Blei- und Zinkerzgruben von der Metallbaisse getroffen und in ihrer Existenz bedroht. Bereits 1929 war der Wert der Roherzförderung um rund 1,2 Millionen gesunken. Auch hier

5) Vgl. die Preistabelle für Kupfer auf S. 31.

6) Mansfeld beschäftigt ca. 8000 Arbeiter und Angestellte.

entfiel, wie beim Kupferbergbau, die Hälfte des Erzwertes auf Löhne und Gehälter. Von 1930 auf 1931 wurde der Wertschwund der Roherzförderung noch beträchtlich größer.

Wert der Roherzförderung in Mill. RM.

	1930	1931	1932	1933
für Zn- und Pb-Erze	22,7	9,0	5,7	—
für Cu-Erze	22,1	16,7	12,9	—

Für 1933 sind keine Zahlen veröffentlicht.

Viele Zink- und Bleigruben stellten schon 1930 ihren Abbau ganz oder zum Teil ein. Diese Stillegungen waren insofern bedauerlich, als kurz nach der Inflation große Kapitalien in neugegründete oder schon bestehende Anlagen hineingesteckt worden waren, die nun verloren gingen. Ein erheblicher Rückgang in der Zink- und Bleierzförderung war die unausbleibliche Folge. Den stärksten Rückschlag erlitt der rechtsrheinische Bezirk, in dem fast sämtliche Gruben der A.G. für Bergbau und Blei- und Zinkfabrikation Stollberg stillgelegt wurden, darunter die Grube Holzapfel im Lahntal bei Dörnberg (Juni 1931), die Bergwerke Weiß[7]) und Glücksthal und die Flotationsanlage Bliesenbach in der zweiten Hälfte des Jahres 1930. Alle diese Betriebseinstellungen erfolgten keineswegs wegen Erschöpfung der dortigen Erzläger, sondern geschahen lediglich aus Unrentabilität.

Während der oberschlesische Erzbergbau noch 1930 seine Erzförderung weiter ausdehnen konnte, was jedoch hinsichtlich der Wirtschaftslage keine einschneidende Besserung brachte, erhielten die Gruben des Ober- und Unterharzes, die bis 1929 noch steigende Förderziffern aufweisen konnten, infolge zahlreicher Einstellungen ebenfalls einen erheblichen Rückschlag. Die Grube Lautenthal, die in der Hauptsache Znblende förderte (1929 = 6000 t Znblende und 650 t Bleiglanz), mußte 1931 die Förderung wegen Erschöpfung der Vorräte einstellen, nachdem sie bereits seit 1929 nicht mehr ertragreich war. Ein Jahr vorher war schon das Urteil über die Clausthaler Grube gesprochen worden, da man auch hier an der untersten Grenze der Erzvorkommen angekommen war.

Vorübergehend schloß die Preußag die Rammelsberger Grube im Unterharz und auch die Oberharzer Bergwerkswohlfahrtgrube mit einer Belegschaft von 500 Mann mußte stillgelegt werden, was sich jedoch bis auf die Arbeiterentlassungen nicht allzu schlimm auswirkte, da für die Versorgung der Oberharzer Hütten noch bei Grund ein Bergwerk im Betrieb blieb, das blei- und zinkhaltiges Erz förderte, während Bergwerkwohlfahrt nur Bleiglanzlagerstätten aufwies.

Auch im übrigen Deutschland wurden zahlreiche Metallbergwerke geschlossen, darunter das Schwarzwälder Erzbergwerk der Bergbau-A.G. Lothringen, ferner der gesamte deutsche Zinnbergbau, der im Frühjahr 1930 stillgelegt wurde.

---

7) Die Aufbereitungsanlage arbeitete weiter.

Der Zinngehalt unserer Bergwerke betrug in der Nachkriegszeit nur ca. 0,3—1%, doch hätte ein Gehalt von 0,4% bei Friedenspreisen und genügenden Erzmengen zur Unkostendeckung des Betriebes genügt. Allein der Preis für Zinn war, bedingt durch den stark gesunkenen Verbrauch und die sich dadurch ansammelnden Vorräte, seit 1926, wo er noch erheblich über dem Vorkriegsstand lag, derartig gefallen und 1931 nur noch halb so hoch wie 1913[8], daß eine Fortsetzung der Zinnerzförderung keinen Sinn hatte, wenn nicht gerade lokale Absatzmöglichkeiten bestanden.

Deutschland mußte als eines der größten Metallverbrauchsländer durch die zahlreichen Stillegungen seiner Bergwerke zwangsläufig immer abhängiger vom ausländischen Rohstoffbezug werden. So entschloß man sich, wenn auch fast zu spät, von Staats wegen einzugreifen, um die deutschen Metallbergwerke mit Reichsmitteln zu stützen, einmal aus staats- und sozialpolitischen Gründen, die die Erhaltung eigener Bergwerke notwendig erscheinen ließen und zum anderen sagte man sich, daß die stillgelegten Betriebe, sollten sie nicht ganz verfallen, ebenfalls hohe Zinsen und Unterhaltungskosten verschlucken würden. Die Regierung erteilte Subventionen an die Bergwerke, ein Mittel, mit dem in Italien (sardinischer Bleizinkbergbau) und auch in Spanien schon einige Jahre vorher gearbeitet worden war. Spanien hatte zu Subventionen gegriffen, um, wie Deutschland, bei den niedrigen Metallpreisen mit den überseeischen Erzeugern noch konkurrieren zu können, Italien dagegen subventionierte seine Bergwerke vornehmlich aus Gründen der Selbstversorgung[9].

In Deutschland wurde zuerst das Bleierzbergwerk „Gewerkschaft Mechernicher Werke" in der Eifel vom Reich und Preußen subventioniert (Ende 1930). Es wurde ihm ein laufender Betriebszuschuß von jährlich 1 Mill. RM. gewährt, den das Reich und Preußen je zur Hälfte trug. Die monatliche Beihilfe basierte auf einem Bleipreis von 14 Gold-£ und richtete sich nach der jeweiligen Höhe des Bleipreises. Außerdem wurde dem Werk für notwendige Betriebsverbesserung ein einmaliger Zuschuß von 150 000 RM. zur Verfügung gestellt.

Eine weitere Stützungsaktion wurde durch ein Abkommen der Mansfeld A.G. mit Preußen vom 16. Januar 1931 in die Wege geleitet, wonach dem Mansfelder Bergbau ein jährlicher Staatszuschuß von 5,64 Millionen gewährt wurde, der sich ebenfalls den jeweiligen Preisänderungen auf dem Kupfermarkt anpaßte. Unterschritt der Kupferpreis die angenommene Basis von 10 cts. je lb, so mußte die Mansfeld A.G. das volle Risiko tragen. Eine später getroffene Vereinbarung[10] schuf hier eine

8) Der Preis für Zinn betrug 1913 rund 4100 RM. je t.
1926 rund 5900 RM. je t.
1931 rund 2000 RM. je t.

9) In Südsardinien wurden große neue Hütten (Pertusolo und Monteponi) errichtet, die den bisherigen Ausfuhrüberschuß an Bleierzen verarbeiteten.

10) Vereinbarung vom 1. Oktober 1931.

wesentliche Erleichterung. Über den Zuschuß des Reiches und Preußens[11] hinaus trug die Mansfeld A.G. den weiteren Verlust jetzt nicht mehr ganz, sondern nur mit 50 000 RM. monatlich. Konnte der entstandene Unterschuß auch mit diesen Mitteln nicht gedeckt werden, so sprang wieder das Reich und Preußen mit einem verlorenen Zuschuß ein. Die Investitionszuschüsse von 1,4 Mill., die bereits in der ersten Vereinbarung geregelt waren, wurden auch im zweiten Abkommen voll aufrecht erhalten.

Ebenso wurden später die Stollberger Erzgruben mit Beihilfen von 10 bis 15 Mill. unterstützt und auch die Harzer Betriebe, die im Besitz Preußens und Braunschweigs sind[12], mußten Staatshilfe in Anspruch nehmen. Braunschweig, das großes Interesse an der Aufrechterhaltung seiner Gruben hatte, hatte zeitweilig sogar die Absicht, einen Verbrauchszwang für aus inländischen Erzen hergestellte Metalle einzuführen. Die Schlesische A.G. für Zinkhüttenbetrieb in Lipine (Schlesag) verzichtete auf eine Inanspruchnahme der ihr angebotenen Subvention.

Mit wenigen Ausnahmen wurden somit in diesen Jahren die deutschen Metallbergwerke vom Reich oder dem betreffenden Staat mit öffentlichen Mitteln unterstützt, um den Anteil der inländischen Erze an der Hüttenproduktion zu erhöhen oder wenigstens zu halten. Amerika und auch England versuchten das Gleiche, nur nicht auf dem Wege der öffentlichen Zuschüsse an die Bergwerke, sondern durch die Einführung hoher Einfuhrzölle auf Metalle.

In Deutschland hatte man mit den Subventionen nur einen teilweisen Erfolg. Die Kupfererzförderung steigerte sich zwar von 845 600 t Roherz mit einem Inhalt von 27 200 t im Jahre 1930 auf 964 800 t mit einem Kupferinhalt von 30 100 t in 1932, doch der Blei- und Zinkerzbergbau erlitt trotz der Subventionen weitere Rückschläge[13]. Trotzdem blieb der Anteil der deutschen Erze an der Gesamtinlandsversorgung gleich oder erhöhte sich sogar[14]. Das hatten jedoch nicht die Subventionen bewirkt, sondern beruhte auf ganz anderen Gründen. Einmal wurde infolge der geringen Erzförderung die Ausfuhr an Erzen, besonders an Zinkerzen, nach Polen gebremst[15]) und zum anderen war der Verbrauch hauptsächlich an Blei und Zink in den Krisenjahren sehr erheblich zurückgegangen, so daß trotz verringerter Förderung eine Steigerung des Anteils deutscher Erze an der Deckung des Inlandsbedarfs erzielt werden konnte.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß der deutsche Erzbergbau der Nachkriegsjahre im Vergleich zur Vorkriegszeit erhebliche Verschiebungen

11) Monatlicher Zuschuß von 0,47 Mill., Reich und Preußen je zur Hälfte.

12) Die Unterharzer Betriebe gehören zu $^4/_7$ zu Preußen und zu $^3/_7$ zu Braunschweig.

13) Vgl. die Tabelle auf S. 30.

14) Bei Kupferz blieb der Anteil mit 27% gleich, beim Blei hingegen stieg er von 24 auf 30%.

15) Vgl. S. 39, Tabelle.

erfahren hat, einerseits durch Gebietsabtretungen, die unsere ohnehin nicht allzu große Erzbasis weiter schmälerten, zum anderen durch umfassende Strukturänderungen der gesamten internationalen Metallwirtschaft und nicht zuletzt durch eine verfehlte Kartellpolitik für bestimmte Metalle, namentlich für Kupfer. Die großen überseeischen Erzgebiete machten immer mehr ihr Recht auf dem Markt geltend, zum Teil dabei durch die Marktentwicklung begünstigt. Die deutschen wie überhaupt die europäischen Bergbaubetriebe arbeiteten wegen ihrer schon sehr alten und teilweise erschöpften Lagerstätten im Gegensatz zu den jungen amerikanischen Gruben mit bedeutend höheren Förderkosten[16] und verloren somit immer mehr ihre einstige Weltgeltung.

Die dann einsetzende Weltwirtschaftskrise, die mit jedem Jahre eine weitere Verschärfung erfuhr, verringerte die Aufnahmefähigkeit des Marktes. Durch den dadurch geschaffenen Preisfall, der beim Metall wesentlich stärker war als bei den anderen Rohstoffen und Waren, weil Metalle vornehmlich für Produktionsgüter Verwendung finden und infolgedessen in ihrer Preisbildung auf die konjunkturellen Bedarfsschwankungen rasch reagieren, wurden die älteren Erzgebiete, vor allem die deutschen und spanischen Gruben, in die Gefahr des Erliegens gebracht, was gerade für Deutschland, da es zu einem der größten Metallverbraucher zählte, eine sich von Jahr zu Jahr steigende Abhängigkeit vom ausländischen Rohstoff bedeutete. Subventionen waren Abwehrmaßnahmen gegen diese Entwicklung und es gelang, den Bergbau vor weiteren größeren Stillegungen zu bewahren. Das wiederum bedeutete, zumal der Verbrauch an Nichteisenmetallen in der Krise stark zurückging, eine Steigerung des Anteils der inländischen Bodenschätze an der Deckung des deutschen Bedarfs.

2. Deutschlands Versorgung mit ausländischen Erzen.

Auch auf dem Gebiete der Erzeinfuhr haben sich in den Nachkriegsjahren im Vergleich zu der Zeit vor dem Kriege erhebliche Verschiebungen ergeben.

Schon während der Kriegszeit und dann besonders nach Beendigung des Krieges begannen die überseeischen Länder auf ihren reichen Erzlagerstätten eigene Hüttenwerke aufzubauen, so daß auf dem freien Markt immer weniger Erze, besonders Bleizinkerze und deren Konzentrate, zum Verkauf angeboten wurden.

16) In den letzten Jahren erwächst dem Erzbergbau der U.S.A. in den noch jüngeren Abbaubezirken Rhodesiens und Kanadas, die teilweise erst 1934 die Erzförderung aufgenommen haben, ein immer größerer Konkurrent, da diese Gebiete in der Lage sind, noch wieder billiger als die U.S.A. zu produzieren. Aus dieser Tatsache heraus sind die jüngsten Bestrebungen Amerikas zur Neugründung eines Kupferkartells zu verstehen.

Zum größten Teil war diese zunehmende Eigenverhüttung erst nach Überwindung technischer Schwierigkeiten[17] möglich geworden und in der Zinkwirtschaft durch die Einführung des Elektrolyseverfahrens, das nicht mehr an das Vorhandensein von Kohle zur Destillation gebunden war[18].

Vor dem Kriege kamen die eingeführten Erze nur aus wenigen Ländern. Die deutschen Hütten bezogen durch die großen Erzhandelsfirmen ihre Erze somit in immer derselben Qualität. Australien lieferte vor dem Kriege 84% der gesamten Bleierzeinfuhr und 57% der eingeführten Zinkerzmengen. Den Hauptanteil der Kupfererze deckte Europa mit 74%. Das Herkunftsland der Zinnerze war ausschließlich Bolivien und in der Bauxiteinfuhr stand wieder Europa und hier Frankreich an der Spitze.

Nach dem Kriege änderte sich dieses Bild vollständig. Aus den wenigen Bezugsgebieten wurde eine Vielzahl von Erzlieferanten, so daß sich die Einfuhr stark in kleinere Teilmengen zersplitterte und auch die Zahl der Erzsorten und Qualitäten zunahm. Dadurch wurden die deutschen Hütten gezwungen, sich diesen anderen Verhältnissen anzupassen.

Die zahlreichen Bezugsgebiete waren infolge ihrer vielen verschiedenen Qualitäten für die deutsche Metallwirtschaft gewiß ein Nachteil, andererseits jedoch auch vorteilhaft. Deutschland gewann damit eine größere Unabhängigkeit von etwaigen Diktaten oder Forderungen der großen, mit Monopolcharakter versehenen Erzlieferanten und erhielt Verbindung mit vielen gleichwertigen Bezugsländern.

Die bemerkenswerteste Tatsache in der Gestaltung der Erzeinfuhren der Nachkriegsjahre war die gewaltige Zunahme der Kupfererzeinfuhr[19].

	in t	in Mill. RM.		in t	in Mill. RM.
1913	27 595	4,48	1928	364 249	22,50
1923	49 058	8,81	1929	438 089	31,90
1924	89 409	13,78	1930	441 796	20,87
1925	142 374	15,83	1931	426 316	14,90
1926	89 050	30 00	1932	237 878	6,47
1927	258 894	28,88	1933	240 902	6,02

Die größte Zunahme erfuhr die Kupfererzeinfuhr in den Jahren 1928/1930, was in der Hauptsache auf die damalige Kupferhausse zurückzuführen ist. Durch die hohen Preise, die sich in dem Wert der Roherzförderung niederschlugen, war es möglich geworden, Roherze über weite Strecken zu transportieren.

Wie vor dem Kriege war auch Europa in den Nachkriegsjahren der größte Kupfererzlieferant für Deutschland. 1930 lieferte Frankreich allein 96 298 t Roherz, Belgien-Luxemburg 64,971 t, Dänemark 48432t, Groß-Britannien 20 121 t, Finnland 16051 t und Spanien nur 16 987 t, nach-

17) In Australien stellte sich anfänglich bei der Flotationsaufbereitung der Bleierze der Wassermangel hindernd entgegen.

18) Elektrolytzink wurde zuerst in Amerika hergestellt. Vgl. S. 48.

19) Nach: Stat. Jahrbuch für das deutsche Reich (nur Angabe der Roherze, kein Metallinhalt).

dem es zur Zeit der Kupferhausse 1928 noch 72 708 t eingeführt hatte. Von den außereuropäischen Ländern war nur noch der Erzbezug aus Britisch-Indien mit 15 649 t in 1931 nennenswert, während die Einfuhr aus Britisch-Südafrika fast ganz aufhörte.

Im Gegensatz zu der erhöhten Kupfererzeinfuhr blieben die eingeführten Zinkerzmengen bedeutend hinter denen der Vorkriegszeit zurück. Hier und auch bei der Bleierzeinfuhr zeigte sich eine starke Zersplitterung. Der Anteil Australiens, der 1913 noch 57% (165 618 t) betrug, ging bis 1929 auf ca. 10% (9146 t) zurück. Die Nutznießer dieses Rückganges waren der amerikanische Kontinent und auch Europa, die beide ihre Einfuhr nach Deutschland zu steigern vermochten. Amerika lieferte z. B. vor dem Kriege nur 6% der gesamten Zinkerzeinfuhr, 1930 war jedoch der Anteil auf ca. 33% angewachsen. Allerdings kamen diese Mengen zum größten Teil nicht aus den Vereinigten Staaten, sondern bemerkenswerterweise aus Mexiko, das 1929 allein 53 716 t nach Deutschland einführte [20]. Europäische Zinkerze kamen vornehmlich aus Italien, Rußland, Schweden und Spanien [21], wobei zu beachten ist, daß die meisten Länder in der Hauptsache Zinkblende lieferten, während die Galmeieinfuhr nur eine geringe Rolle spielte. Bei Italien dagegen war das Einfuhrverhältnis von Zinkblende zum Galmei umgekehrt. Allein 76% der gesamten Galmei-Einfuhr Deutschlands wurde von diesem Land bestritten [22]. Die Galmeierze wanderten nach ihrer Einfuhr ausschließlich ins Rheinland, dem einzigen Industriegebiet, wo noch in der Nachkriegszeit Galmeierze zur Verhüttung gelangten.

Mit dem Einsetzen der Weltwirtschaftskrise ging die Zinkerzeinfuhr sehr stark zurück und betrug im Jahre 1932 nur noch 59 492 t, die noch nicht einmal restlos in Deutschland verhüttet, sondern hier nur abgeröstet wurden und dann wieder zur Ausfuhr gelangten, vornehmlich in die Tschechoslowakei und nach Danzig.

Überhaupt spielte die Ausfuhr von Zinkerzen in der Nachkriegszeit eine erheblich größere Rolle als deren Einfuhr. Deutschland war nämlich infolge der Abtretung sämtlicher deutscher Zinkhütten Oberschlesiens an Polen im Jahre 1922 zwangsweise zu einem Überschußland an Zinkerzen geworden, während es vor dem Kriege daran noch eines Zuschusses bedurfte.

Die oberschlesischen Zinkbergwerke waren ihrer Verarbeitungsstätten beraubt und somit gezwungen, ihre Erze zur Verhüttung nach Polen zu

---

20) 1925 führte Mexiko nur 4000 t ein.

21) 1929: Italien 15 271 t, Rußland 15 543 t, Schweden 10 743 t, Griechenland 10 093 t, Spanien 7094 t. Belgien führte zwar auch Zinkerze ein, jedoch war die Ausfuhr von Deutschland nach Belgien bedeutend größer, sodaß Belgien auch in den Nachkriegsjahren für die deutsche Versorgung nicht in Betracht kam.

22) 1930 wurden 13 250 t Galmei aus dem Ausland eingeführt, wovon Italien allein rund 10 000 t bestritt.

versenden, da eine Verarbeitung in den übrigen deutschen Hüttenwerken wegen der zu hohen Frachtkosten nicht möglich war. Die anderen deutschen Hütten, teils Seehafenhütten, teils rheinisch-westfälische Werke verarbeiteten statt deutscher Erze lieber die billigeren Auslandserze, die aus Belgien, Frankreich und Groß-Britannien eingeführt wurden.

Nach Polen wurden allein an Zinkerzen ausgeführt [23]:

1923 = 28 235 t	1927 = 168 002 t	1931 = 105 037 t
1924 = 29 222 t	1928 = 153 297 t	1932 = 67 360 t
1925 = 47 020 t	1929 = 140 171 t	1933 = 62 944 t
1926 = 80 134 t	1930 = 147 901 t	

Stellt man z. B. der Ausfuhr Deutschlands nach Polen von 153 297 t im Jahre 1928 die eigene Erzgewinnung Polens im selben Jahre mit rund 162 000 t und einem Zinkgehalt von ca. 130 000 t gegenüber, so ergibt sich die Tatsache, daß die deutsche Ausfuhr fast so groß ist wie die polnische Erzförderung, denn es ist anzunehmen, wenn auch in der Ausfuhrstatistik der Zinkgehalt der ausgeführten Erze nicht angegeben ist, daß die deutschen Zinkerze nicht viel weniger Zink im Erz enthielten als die polnischen Roherze. Von einer Bodenständigkeit der polnischen Zinkwirtschaft kann man also in den Nachkriegsjahren keineswegs reden. Neben Polen war Belgien noch ein bedeutender Abnehmer deutscher Zinkerze (1928 = 25 617 t).

Die Folge dieser starken Ausfuhr nach Polen und Belgien in den Nachkriegsjahren war die, daß ab 1927 die Gesamtausfuhr an Zinkerzen die Einfuhr übertraf, obwohl diese auch noch bis 1930 anstieg und erst dann stark abfiel.

	1925	1926	1927	1928	1929
Einfuhr in t:	92 388	160 011	174 224	162 590	178 867
Wert d. Einfuhr: (in Mill. RM.)	15,83	30,00	28,88	27,73	23,48
Ausfuhr in t:	73 626	110 675	212 846	202 371	180 477
Wert d. Ausf.: (in Mill. RM.)	7,29	14,00	26,36	22,37	20,49

	1930	1931	1932	1933
Einfuhr in t:	134 170	84 411	59 492	79 068
Wert d. Einf.: (in Mill. RM.)	10,09	5,67	3,09	4,05
Ausf. in t:	190 595	126 901	95 150	101 439
Wert d. Ausf.: (in Mill. RM.)	13,96	3,96	3,60	3,84

Dem Werte nach überwog jedoch trotz der niedrigeren Mengen die Einfuhr, ein Zeichen dafür, daß die eingeführten ausländischen Zinkerze einen höheren Metallgehalt besaßen als die deutschen Rohzinkerze, die ins Ausland, vornehmlich nach Polen, zur Verhütung gingen. Eine Aus-

23) Zusammenstellung aus dem Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jahrgang 1923/34.

nahme bildeten lediglich die Jahre 1930 und 1932, in denen der Bezug von Erzen besonders aus Ländern mit hochwertigem Rohmaterial wie Mexiko zurückgegangen war.

Auch bei der Bleierzeinfuhr war durch den Krieg und seine Folgeerscheinungen eine Verschiebung eingetreten, nicht unähnlich der Verlagerung der Zinkerzeinfuhr. Im Vergleich zu 1913, wo die Gesamteinfuhr an Bleierzen noch 142 977 t betrug, war die Nachkriegseinfuhr bedeutend geringer und erreichte erst im Jahre 1930 etwas mehr als die Hälfte der Vorkriegszahlen.

in t:	1913	1923	1924	1925	1926	1927
Einfuhr:	142 977	12 551	20 856	35 272	49 869	45 525
dav. aus Australien:	127 020	846	7 366	9 744	15 455	12 638
in t:	1928	1929	1930	1931	1932	1933
Einfuhr:	48 795	79 538	82 900	49 291	67 186	105 167
dav. aus Australien:	11 900	10 200	8 700	9 027	1 717	718

Australien, das immer mehr zur Eigenverhüttung seiner Erze übergegangen war, lieferte 1930 nur noch 8700 t = 10,5% der Gesamteinfuhr nach Deutschland, während die europäischen und amerikanischen Lieferanten ihre Importe bedeutend steigern konnten, so daß diese beiden Erdteile in 1930 rund 82% der gesamten Bleierzeinfuhr deckten, ein Anteil, der vor dem Krieg allein von Australien bestritten wurde. Zu den europäischen Bezugsländern (Rußland, Schweden, Spanien, Italien, Groß-Britannien, Jugoslavien) trat nach dem Kriege noch Polnisch-Oberschlesien.

Die Versorgung der deutschen Zinnhütten mit Auslandserzen hatte sich während des Krieges sehr erschwert, ja sie war sogar unmöglich geworden und die Nachkriegsjahre brachten auch keine entscheidende Besserung. Der größte bolivianische Erzproduzent Patino war nach dem Kriege stark an die englischen und amerikanischen Großhütten gebunden [24]). Die Engländer sicherten sich damit für ihre Hütten die ausreichende Erzversorgung und ließen die bolivianischen Erze nicht mehr an den Markt gelangen.

Deutschland, das nicht über genügend enge Verbindungen mit Bolivien verfügte, mußte diese hochwertigen Erze als verloren betrachten und stellte sich daraufhin auf die Einfuhr von Zinnerzen mit geringem Zinngehalt um. Bei der sich von Jahr zu Jahr verringernden Einfuhr reichten diese Mengen zur Bedarfsdeckung jedoch bei weitem nicht aus und man ging daran, in größerem Umfange Weißblech zu entzinnen und aus sonstigem Altmaterial metallisches Zinn herzustellen.

Eine sehr große Rolle spielte die Bauxiteinfuhr in den Nachkriegsjahren. Die junge deutsche Aluminiumwirtschaft hatte eine wesentlich andere Struktur als die Kupfer-, Blei- oder Zinkwirtschaft. Der Schwerpunkt der deutschen Aluminiumfabrikation lag auf dem Gebiet der Rohaluminium-

24) William Harvey & Co. und American National Lead Co.

erzeugung und nicht auf dem den ungereinigten Rohstoffes[25]. Die Bauxitproduktion der Vogelsberger Läger war nur sehr gering und kam überdies für die Aluminiumelektrolyse kaum in Frage. So mußte der Bedarf der deutschen Aluminiumwerke an Bauxit fast restlos aus dem Ausland gedeckt werden. Außerdem war auch infolge der hohen deutschen Eisenbahnfrachten die Verschiffung ausländischen Bauxits nach Hamburg und die Elbe hinauf billiger als die Verfrachtung des Vogelsberger Bauxits auf der Eisenbahn zum Lautawerk.

Bauxit-Einfuhr in 1000 t:[26]

1913	1920	1921	1922	1923	1924	1925	1926
38,49	13,74	40,20	166,66	179,09	118,43	288,78	236,55

1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933
540,00	432,26	386,97	300,38	211,00	201,00	239,07

Die Zahlen geben jedoch kein deutliches Bild von der Aluminiumerzeugung, da nicht die gesamte Bauxiteinfuhr hierfür Verwendung fand, sondern nur ungefähr ein Drittel, während die restlichen zwei Drittel in andere Industrien zur Verarbeitung gingen[27].

Während vor dem Kriege fast die ganze Bauxiteinfuhr nach Deutschland von Frankreich bestritten worden war, rückten schon während des Krieges, wenn auch langsam, die süd- und südosteuropäischen Bauxitgruben mehr und mehr in den Vordergrund. Erst als dann in den Nachkriegsjahren Schwierigkeiten im Rohstoffbezug mit Frankreich, das 1925 und 1926 noch etwas mehr als die Hälfte des deutschen Einfuhrbedarfs an Bauxit deckte, eintraten, ging diese Verlagerung der Einfuhrländer schneller vor sich. Es wurden in den folgenden Jahren von deutschen Firmen in Istrien Bauxitgruben eingerichtet und ausgebeutet, für die jedoch durch den italienischen Umschwung bald darauf eine starke Behinderung in ihrer Einfuhr nach Deutschland eintrat, was für Deutschland praktisch wieder ihren Verlust bedeutete. Daraufhin sicherte sich Deutschland in Südosteuropa, vor allem Ungarn und Jugoslavien, Bauxitgruben, die sich seit 1927 prozentual in steigendem Maße an der Bedarfsdeckung der deutschen Aluminiumwerke beteiligten, wenn auch die eingeführten Mengen an ungarischem Bauxit sich seit 1928 bis 1932 wieder verringerten. Jedoch infolge des bedeutend stärkeren Rückgangs der französischen Bauxiteinfuhr reichte im Jahre 1932 die ungarische Einfuhr mit 68 228 t beinahe an die Frankreichs mit 69 564 t heran. Diese beiden Länder versorgten Deutschland 1932 zu 69% mit dem „Aluminiumerz", während die restlichen 31% von Jugoslavien, Italien und Dänemark eingeführt wurden.

25) Vgl. Buschlinger: Entwicklung und Aufbau der Aluminiumwirtschaft. Diss. 1926, S. 21.

26) Aus den monatlichen Nachweisen für den auswärtigen Handel Deutschlands.

27) Bauxit wird noch verwandt zur Herstellung von feuerfesten Gefäßen und einigen Aluminiumsalzen.

3. Die deutsche Metall-Hüttenproduktion der Nachkriegsjahre.

Ebenso wie der Krieg und dessen Folgeerscheinungen die Produktionsbedingungen des deutschen Erzbergbaues stark, ja teilweise, wie wir gesehen haben, grundlegend veränderte, wurde in demselben Maße auch die deutsche Metallhüttenproduktion in den Nachkriegsjahren in andere, meist ungünstigere Verhältnisse gedrängt.

Mit der Einstellung der Feindseligkeiten hörte mit einem Schlage der Bedarf an Kupfer für Heereslieferungen auf. Der Gesamtverbrauch an diesem Metall ging aus diesem Grunde gewaltig zurück und erreichte 1919 seinen tiefsten Stand mit ca. 25 000 t[28]. Da in gewissem Maße die Verbrauchsbewegung der Metalle nicht ohne Einfluß auf die Hüttenerzeugung bleibt, hatte auch diese im Jahre 1919 mit ca. 17 000 t ihren größten Tiefstand. Nur langsam erholten sich beide, Erzeugung wie auch Verbrauch, und erst in den Jahren 1926/1927 konnten sie wieder die Vorkriegshöhe erreichen. Von 1927 jedoch bewegte sich der Verbrauch und die Hüttenerzeugung in entgegengesetzten Richtungen. Die Erzeugung von Kupfer stieg infolge der 1928 künstlich vom Kupferkartell herbeigeführten Kupferhausse weiter und betrug 1930 59 200 t, während andererseits der Verbrauch an Kupfer zuerst infolge der hohen Kupferpreise und später durch die einsetzende Weltwirtschaftskrise stark zurückging, da das Kupfer in der Hauptsache in der Produktionsmittelindustrie verwandt wurde, und diese von der Krise am stärksten getroffen wurde.

in 1000 t	Weltproduktion	Weltverbrauch	deutsche Produkt.	deutscher Verbrauch
1913	1018,5	1045,9	41,5	259,7
1919	981,5	803,8	17,0	24,0
1920	948,8	933,4	20,5	73,7
1921	556,9	603,4	25,0	126,5
1922	871,0	961,1	32,0	148,1
1923	1226,1	1166,7	26,2	97,3
1924	1352,9	1327,9	34,6	131,3
1925	1400,2	1475,0	39,1	232,2
1926	1461,0	1493,5	46,2	167,4
1927	1517,8	1516,1	50,6	263,0
1928	1693,5	1731,6	48,5	253,7
1929	1894,7	1760,9	53,6	216,4
1930	1577,3	1439,2	59,2	185,8
1931	1367,9	1241,9	55,5	160,1
1932	922,2	903,6	50,9	137,2
1933	1036,2	1068,3	49,8	169,9

28) Allerdings muß man hier berücksichtigen, daß die durch den Kriegsschluß freigewordenen Kupfermengen in die Friedenswirtschaft übergingen, aber nicht statistisch erfaßt wurden.

Trotz einer Produktion von über 50 000 t seit 1929 spielte Deutschland im Rahmen der Weltproduktion nur eine passive Rolle. Den größten Anteil hatten wie vor dem Kriege die Vereinigten Staaten, die über die Hälfte der Weltkupfererzeugung in ihren Hütten herstellten. Ihre eigene Produktion war, nachdem der Tiefstand 1922 überwunden war, im Vergleich zu 1913 um 50% größer. Aber nicht nur als Produzent, sondern auch als Verbraucher standen die Vereinigten Staaten weitaus an der Spitze aller Kupfererzeuger[29]. Die Kontrolle des Kupfermarktes lag darum ausschließlich in den Händen der Vereinigten Staaten und die deutschen Kupferhütten mit ihrer unbedeutenden Kapazität hatten unter dieser Monopolstellung Amerikas schwer zu leiden, da ihre Selbstkosten im Vergleich zu den modernen hochentwickelten überseeischen Werken viel zu hoch waren. Trotz der raffinierten Ausnutzung aller Chancen (bei Mansfeld), konnte keine weitere Verbilligung der Kupfererzeugung erreicht werden. Besonders die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten bildeten einen wichtigen Faktor der Kostenrechnung der deutschen Hütten. Folgende Zahlen mögen dies veranschaulichen.

Die Anzahl der Kupferhüttenbetriebe hatte sich, nachdem 1917 noch 36 Hüttenwerke arbeiteten, bis zum Jahre 1927 auf 8 Betriebe vermindert. Diese Konzentration der deutschen Kupferproduktion auf einige wenige Hütten führte zwar zur Verminderung der Arbeitskräfte durch zahlreiche Entlassungen, jedoch fiel der Lohnanteil nicht entsprechend, sondern stieg von 1924 bis 1927 trotz abnehmender Arbeiter- und Angestelltenzahl noch erheblich.

	Kupferhütten-betriebe	beschäftigte Personen	Löhne und Gehälter
1913	14	13 292	17 052 000
1917	36	15 122	31 863 000
1923	25	12 752	—
1924	22	13 132	13 742 000
1925	17	10 385	15 326 000
1926	12	10 382	16 967 000
1927	8	9 504	16 723 000

Die deutsche Hüttenproduktion verteilte sich in den Nachkriegsjahren infolge der Konzentration auf nur wenige Werke, wie die Mansfeld A.G., die Norddeutsche Affinerie, Hamburg, die Kupferhütte Ertel, Bieber & Co., die Hüttenwerke C. W. Kayser & Co., Oranienburg, die Hirsch Kupfer- und Messingwerke A.G., Ilsenburg, die Duisburger Kupferhütte und das Hochofenwerk Lübeck A.G., Herrenwyk[30].

29) Ab 1930 fiel die amerikanische Cu-Erzeugung und auch der Verbrauch allerdings sehr stark infolge des Restriktionsabkommens der im Kartell zusammengeschlossenen Erzeuger.

30) In den U.S.A. befinden sich die Hütten auch nur im Besitze weniger Gesellschaften, 1. der American Smelting and Refining Co., 2. die Anaconda Copper Mining Co., 3. der Phelps Dodge, und 4. der Cennecott Gruppe (Guggenheim).

Den Hauptanteil der deutschen Kupferhüttenproduktion lieferte, wie schon vor dem Kriege, der Harzer Bezirk mit den Hütten der Mansfeld A.G., der Stadtberger und der Hütte zur Oker, sowie der Frau-Sophienhütte der Unterharzer Berg- und Hüttenwerke. Obwohl der prozentuale Anteil der Mansfeld A.G. seit dem Kriege zurückgegangen war, stellte sie doch noch über die Hälfte der Gesamtproduktion in ihren Hütten her, und hier zum weitaus größten Teil (96%) aus eigenen Erzen[31]. Alle anderen deutschen Hütten waren fast oder vollständig auf die Zufuhr ausländischer Erze angewiesen, da sie z. T. Grubenhütten waren, deren Erzbasis durch den jahrhundertelangen Abbau zu klein geworden war, z. T. aber auch als reine Lohnhütten arbeiteten, die über keine eigenen Erzbergwerke verfügten.

Zu den ersteren gehörten in den Nachkriegsjahren die Hüttenbetriebe des Rheinlands und Westfalens. Auch sie konnten im Jahresdurchschnitt 1923/27 nurmehr 15% der gesamten deutschen Kupferproduktion liefern, während sie vor dem Kriege noch mit 23% daran beteiligt waren.

Die C. W. Kayser & Co. sowie die Duisburger Kupferhütte gewannen das Kupfer vornehmlich durch Laugen armer Kiesabbrände und verarbeiteten die anfallenden Rückstände auf Qualitätseisen. Infolge dauernden Rohstoffmangels war jedoch die Duisburger Kupferhütte in den Nachkriegsjahren nur zu ca. 80% beschäftigt und litt, wie auch die C. W. Kayser & Co. in ihrer Rentabilität sehr unter dem Kupfermonopolpreis der amerikanischen Erzeuger.

Einzig und allein die Lohnhütten in den deutschen Küstengebieten, die sogenannten Seehafenhütten, konnten seit dem Kriege ihre Produktion stetig steigern. Ihr Anteil an der Gesamtversorgung belief sich in den Nachkriegsjahren auf etwa 24%. Die bedeutendste Hütte, die Norddeutsche Affinerie, wurde in dieser Zeit zur größten Herstellerin von Elektrolytkupfer. Schon 1907 raffinierte sie einen Teil des Rohkupfers elektrolytisch, zu einer Zeit, wo nur die amerikanischen Hütten sich dieses Verfahrens bedienten[32]. Nach dem Aufbau einer Großanlage auf der Peute, die 1923 eine Kapazität von 30 000 t besaß und 1927 auf 60 000 t erweitert wurde, entfiel schon 1928 in einer Produktion von annähernd 60 000 t über die Hälfte der Elektrolytkupferproduktion auf die Norddeutsche Affinerie, die damit zur größten europäischen Kupferhütte wurde. Neben geringeren Erzmengen aus dem Siegerland verarbeiteten die Hamburger Werke auf Grund langfristiger Lieferungsverträge ausschließlich ausländische Erze und zwar unreine komplexe Erze aus den verschiedensten Ländern, so daß auch die Nebenproduktegewinnung einen entscheidenden Einfluß auf die Rentabilität ausübte. Die Verarbeitung von Grubenerzen wurde in den Nachkriegsjahren allerdings, wie auch bei anderen deutschen Kupferhütten, immer geringer und die Hütte ging mehr und mehr zur Herstellung von

31) 58% gegenüber 64% der Vorkriegszeit (Enquete-Ausschuß 1925).
32) Vgl. Erster Teil S. 10.

Kupfer aus Zwischenprodukten oder zur Verfeinerung des amerikanischen Rohkupfers zu Elektrolyt-Cu über[33].

Außer der Norddeutschen Affinerie errichteten auch die Wilhelmsburger Zinnwerke eine Kupferelektrolyse (1929), in der ebenfalls ausländisches, in der Hauptsache amerikanisches Rohkupfer, zu Elektrolytkupfer verarbeitet wurde. Der Grund zur Errichtung dieser Anlagen lag in der bei Beginn der Produktion bestehenden Preisspanne zwischen Roh- und Elektrolytkupfer[34].

Die deutschen Kupferlohnhütten blieben durch bestehende langfristige Rohstoffkontrakte mit dem Ausland zunächst von der 1930 absinkenden Konjunktur verschont, wenn auch ihre Gewinne durch die Bilanzabschreibungen zurückgingen. Erst als die Metallpreise noch stärker fielen, verlangten die Gruben trotz dieser langjährigen Verträge zur Aufrechterhaltung ihrer Betriebe eine Ermäßigung der Schmelzlöhne[35], die von den Hütten durch Lohnsenkung und Materialverbilligung nicht ausgeglichen werden konnte und so zu Verlusten führte.

Weit schlimmer erging es jedoch den Hütten, die Erze aus eigenen Bergwerken verarbeiteten. Die Kupferbergwerke waren 1930 infolge des schon 1925 einsetzenden Preisverfalls, der noch wesentlich durch die verfehlte Kartellpolitik der im Oktober 1926 gegründeten Copper Exporters Association verschärft wurde, nicht mehr in der Lage, ihre Betriebe aufrechtzuerhalten. Die Stillegungen hatten dann Betriebseinstellungen einiger ihr angegliederter Hüttenwerke zur unausbleiblichen Folge. So wurde die Stadtberger Hütte, nachdem das Bergwerk die Förderung eingestellt hatte und die noch vorhandenen Halden aufgearbeitet waren, im Sommer 1930 stillgelegt. Die Erzförderung auf dem Rammelsberg wurde ebenfalls eingestellt und die dazugehörige Unterharzer Hütte zur Oker mußte darum nach Aufarbeitung der Bestände den Betrieb schließen. Kurz darauf wollte sie auf Betreiben der Federal Metall Corporation wieder mit der Produktion beginnen, mußte aber auf Wiedereröffnung gegen 110 000 Mark Entschädigung verzichten, da die Verhandlungen mit der Hirsch-Gruppe scheiterten. Hirsch fürchtete die Konkurrenz für die Wilhelm Kayser & Co. A. G.

Die Mansfelder Kupferhütten waren etwas besser daran. Für sie war für die Erhaltung der Rentabilität die außer der Kupfererzeugung noch

---

33) Diese Tatsache hängt mit der schon beschriebenen Entwicklung der Überseeländer zusammen, die in der Nachkriegszeit eigene Hütten aufbauten und nun bei den herrschenden niedrigen Kupferpreisen schon verarbeitete Erze verschifften.

34) Schulz-Kiesow: in: Die Hamburger Metallhüttenwerke, in „Der Metallmarkt" vom 6. 11. 1930.

35) Der Schmelzlohn betrug früher je t Blisterkupfer etwa 5 £ oder 25 $ = ca. 100 RM. Er sank langsam auf ca. 20 $ oder 80 RM. und bei der £- und $-Abwertung ging er noch weiter herunter.

bestehende Silberproduktion, die dem Werte nach ungefähr ein Drittel der Kupferproduktion ausmachte, von entscheidender Bedeutung.

Außer der Neukupferproduktion[36], die nur zu ca. 37% den Kupferbedarf decken konnte, spielte nach dem Kriege die Erzeugung von Kupfer aus Altmaterialien und Abfällen eine bedeutende Rolle. Es mag vorausgeschickt werden, daß es sich bei Metallabfällen nicht etwa um minderwertige Abfälle handelt, sondern um wertvolle Produkte, da die Möglichkeit besteht, fast alle Altmaterialien, abgesehen von einigen Verbrauchsgebieten, in denen das Kupfer chemisch verarbeitet worden ist, ohne große Schwierigkeiten wieder zu regenerieren.

Vor dem Kriege war man bei dem gewaltigen Aufschwung noch nicht in nennenswertem Maße zur Verarbeitung von Altmaterialien und Abfällen übergegangen. Erst als der Kupferbedarf immer dringender wurde, ging man daran, größere Mengen an Altmetallen zu regenerieren.

1913 verbrauchten die Kupferhütten rund 37 000 t Abfälle mit einem Kupferinhalt von ca. 8 000 t und bei einer Gesamtkupfererzeugung von 41 500 t. Die kurze Nachkriegskrise brachte dem Altmetallgewerbe einen erheblichen Rückschlag, nach dessen Überwindung die Metallregenerierung dann bis in die Weltwirtschaftskrise hinein ständig anstieg.

	Brutto t	Kupferinhalt t		Brutto t	Kupferinhalt t
1913	36 995	8 000	1929	94 423	20 800
1924	43 624	— [37]	1930	78 039	26 200
1925	65 783	—	1931	78 748	37 000
1926	55 302	—	1932	97 959	49 800
1927	64 658	—	1933	123 760	53 500
1928	75 915	—			

Die 1929 einsetzende Weltwirtschaftskrise stoppte die Entwicklung der Metallregenerierung wieder. Während die Hütten und Raffinierbetriebe 1928 noch ausreichend mit Altkupfer versorgt werden konnten, setzte seit 1929 ein Rückgang des deutschen Altmetallentfalls ein, bedingt in der Hauptsache durch die ständig zurückgehenden Preise, und infolge des schlechten Beschäftigungsgrades der verarbeitenden Industrie. Außerdem konnten die Altmaterialien nicht über weite Strecken befördert werden, da die hohen Frachtkosten in keinem Verhältnis zu den niedrigen Altmetallpreisen standen[38]. Viele Sortierbetriebe mußten wegen zu hoher Spesen ihre kostspieligen Läger aufheben, so daß die Anzahl derartiger Betriebe immer geringer wurde und damit natürlich auch die Sammeltätigkeit nachließ.

---

36) Neukupferproduktion = Produktion aus inländischen und ausländischen Erzen.

37) Für die Jahre 1924–28 liegen Zahlen über die aus Altmetall gewonnenen Kupfermengen nicht vor.

38) Es muß jedoch hervorgehoben werden, daß die Altmetallpreise im Vergleich zu den Preisen für Neumetalle sehr oft nicht die Schwankungen aufzuweisen hatten und im ganzen fester waren. Das hatte seinen Grund in

Der größte Abgeber von Altkupfer und Metallabfällen war schon immer und ist auch heute noch die Reichsbahn. Sie lieferte ca. 6000 t jährlich, die zum überwiegenden Teil an die Raffinierhütten gingen. Der Rest wanderte entweder in die Metallindustrie oder gelangte zum Export. Die Lieferung des Altmetalls erfolgte auf Grund von mit den einzelnen Firmen abgeschlossenen Verarbeitungsverträgen, nach denen diese Betriebe verpflichtet waren, bestimmte Mengen abzunehmen[39]. 1931 jedoch liefen diese Abmachungen fast alle ab und das Altmaterial wurde zum größten Teil freihändig verkauft.

Außer der Reichsbahn gab noch die Reichspost jährlich ca. 4 000 t[40] an Altmetallen an die Raffinierhütten zur Verarbeitung. Die übrigen anfallenden Mengen waren geringer und verteilten sich auf viele kleinere Behörden und Betriebe.

Der Rückgang des deutschen Altkupferanfalls in der Krise wurde durch eine vermehrte Einfuhr ausgeglichen. Der größte Lieferant an Altkupfer war in den Nachkriegsjahren die Vereinigten Staaten, die 1931 17 630 t nach Deutschland importierten, allerdings im darauf folgenden Jahr nur noch fast die Hälfte (9482 t). An zweiter Stelle standen Groß-Britannien und die Niederlande[41], von denen das erstere Land (durch die £-Abwertung begünstigt) ab 1931 seine Einfuhr zu steigern vermochte. Auch der Import aus den nordischen Ländern wies in den letzten Jahren eine steigende Tendenz auf.

Neben der Einfuhr wurden jedoch auch erhebliche Mengen an Altkupfer ausgeführt. Der Export stieg bis 1931 ständig, um dann infolge der Errichtung von Einfuhrzöllen in den verschiedensten Ländern bis zum Jahre 1933 um fast 50% zurückzugehen und ab 1934 fast ganz aufzuhören. Die Ausfuhr an Altkupfer betrug:

1927	1928	1929	1930	1931	1932	1933
1215	3277	3357	4125	4184	2451	2495 t.

Es gingen schon 1929 Bestrebungen der verarbeitenden Betriebe dahin, die Altmetallausfuhr zu verbieten oder wenigstens durch Ausfuhrzölle zu erschweren, um diese Mengen für die Versorgung der deutschen Hütten und Raffinierbetriebe noch mit heranzuziehen[42].

---

dem verringerten Angebot und in der besseren Bewertung der Altmetalle durch die Raffinierbetriebe, die durch die niedrigen Preise ihre Verarbeitungskosten verbilligen konnten.

39) Der größte Teil des Altkupfers der Reichsbahn wurde von der Metallgesellschaft A.G., Frankfurt, abgenommen. Da die Abnahme prompt in bar erfolgte, war es nur kapitalkräftigen großen Firmen möglich, derartige Mengen zu kaufen.

40) Infolge des Sparprogramms betrug 1932 der Entfall nur noch ca. 2000 t.

41) Groß-Britannien 1931 = 1106 t, Niederlande 1931 = 9780 t.

42) 1929 Antrag der Vereinigung Berliner Metallgießereien beim Reichswirtschaftsminister zu einer vorübergehenden Ausfuhrsperre. Der Antrag

Es wäre jedoch damals wohl kaum gelungen, durch derartige Maßnahmen die ausländische Einfuhr zu verringern, da sich der Preis durch eine Ausfuhrsperre nicht gebessert hätte und außerdem die Sammeltätigkeit noch geringer geworden wäre, was bewirkt hätte, daß die Einfuhr an Altkupfer nicht in dem Maße zurückgegangen wäre wie dessen Ausfuhr.

Immerhin hat die Regeneration von inländischem und ausländischem Altkupfer in den Nachkriegsjahren ein gut Teil dazu beigetragen, daß es den deutschen Kupferhütten im Jahre 1931 möglich wurde, den Gesamtkupferbedarf zu ungefähr 70%[43] zu decken, nachdem uns im Durchschnitt der Jahre 1925/28 die Kupferversorgung nur zu 47% gelang.

Der Kupfermarkt wurde vor dem Krieg, wie wir gesehen haben, schon von Amerika beherrscht, während auf dem Gebiet der Zinkerzeugung Europa noch mit einem erheblichen Vorsprung dominierte. Nach dem Kriege sollte sich jedoch auch hier das Bild ändern. Schon im Jahre 1926 hatte Amerika diesen Vorsprung fast eingeholt und baute seine Erzeugung immer weiter aus, so daß auch der Zinkmarkt sehr stark unter amerikanische Kontrolle geriet und die europäischen Erzeuger sich gezwungen sahen, zumal die Anaconda Harriman Gruppe mit 50% am oberschlesischen Giesche-Konzern beteiligt war, eine Verständigung mit den Amerikanern herbeizuführen[44].

Nicht nur die erzeugten Mengen waren für die stark aufgekommenen amerikanischen Produzenten das Ausschlaggebende für die Vormachtstellung, sondern der Vorsprung lag vor allen Dingen in der anderen Art der Zinkerzeugung. Amerika stellte in den Nachkriegsjahren eine große Menge Zink auf elektrolytischem Wege her, während Europa erst im Jahre 1930 die Mengen an Elektrolytzink erzeugte, die schon 1923 von Amerika produziert wurden.

Elektrolytzinkproduktion in 1000 t:

	Amerika	Europa		Amerika	Europa
1920	63,6	0,0	1927	168,9	10,6
1921	34,5	0,3	1928	219,5	19,2
1922	75,8	0,9	1929	219,8	44,5
1923	91,8	2,4	1930	229,2	89,9
1924	95,2	5,0	1931	181,9	83,7
1925	106,6	5,5	1932	99,2	80,3
1926	162,5	8,2	1933	163,5	100,6

blieb ohne Erfolg. Ebenso erfolglos war die Forderung der deutschen Hüttenindustrie 1932, ein Ausfuhrverbot oder einen Ausfuhrzoll auf Cu, Pb und Zn zu legen.

43) Allerdings unter Hinzurechnung der Raffination von ausländischem Rohkupfer.

44) Da Amerika den verschiedenen Nachkriegszinkkartellen nicht angehörte, wurden lediglich Vereinbarungen über die Zinkeinfuhr von Amerika nach Europa getroffen.

Vor dem Kriege nahm Deutschland zusammen mit Belgien die erste Stelle der Zinkerzeugung des europäischen Kontinents ein und konnte seinen Bedarf an Zinkerzen und Hüttenzink voll und ganz im eigenen Lande decken und sogar noch erhebliche Mengen an Rohzink ausführen.

Nach dem Kriege hatte sich die Versorgungslage derart verschlechtert, daß große Mengen an Zinkerzen und an Rohzink eingeführt werden mußten, was uns sehr stark in ausländische Abhängigkeit brachte.

in 1000 t:	1913	1924	1925	1926	1927	1928
Deutschland:						
Produktion	281	41,5	58,6	68,3	84,1	98,1
Verbrauch	232	78,9	142,0	144,0	199,9	204,3
Polen:						
Produktion	8	93,0	114,0	124,0	150,0	162,0
Verbrauch	33	—	40,0	20,0	25,0	36,9
Belgien:						
Produktion	204	163,0	172,0	190,0	202,0	206,3
Verbrauch	83	91,0	98,0	101,0	116,0	114,9
U.S.A.:						
Produktion	315	469	519	561	537	546,7
Verbrauch	280	418	460	511	479	518,7
Welt:						
Produktion	1001	1004,3	1135,3	1234,6	1317,8	1408,1
Verbrauch	1001	1030,6	1178,5	1228,4	1308,2	1418,6

in 1000 t:	1929	1930	1931	1932	1933
Deutschland:					
Produktion	102,0	97,3	45,3	42,0	50,9
Verbrauch	198,0	171,0	145,0	127,0	148,0
Polen:					
Produktion	169,0	175,0	130,0	84,5	83,6
Verbrauch	36,9	34,0	25,5	17,5	21,4
Belgien:					
Produktion	197,9	176,2	134,7	96,3	137,3
Verbrauch	123,5	158,0	99,0	83,0	91,0
U.S.A.:					
Produktion	567,4	451,8	264,9	187,9	278,7
Verbrauch	528,1	386,0	277,0	186,8	297,0
Welt:					
Produktion	1457,4	1401,0	1000,5	783,0	987,7
Verbrauch	1440,3	1220,7	1020,8	836,2	1024,4

Die Tabelle zeigt deutlich das starke Abfallen der deutschen Zinkproduktion nach dem Kriege und im Gegensatz hierzu die gewaltige Steigerung der polnischen Zinkgewinnung. Die Gründe für diesen Entwicklungsgang lagen in der Hauptsache in den auf Grund des Versailler Vertrages erfolgten Gebietsabtretungen, wodurch die gesamte Zinkhüttenindustrie und ein Teil der Bergwerksproduktion Oberschlesiens an Polen fielen, so daß die oberschlesischen Zinkerze (ihrer Hütten beraubt) aus frachtlichen Gründen ebenfalls nach Polen in die ehemals deutschen Hütten gingen und somit für die deutsche Versorgung verloren waren. Nur ein verschwindend kleiner

Teil der oberschlesischen Zinkerze ging nach Westdeutschland, aber auch nach Belgien.

Um die deutsch-oberschlesischen Zinkerze wieder für die deutsche Versorgung nutzbar machen zu können, plante die Giesche-Gesellschaft schon im Jahre 1926, um die Zinkerze seiner Bleischarley-Grube in Deutschland verhütten zu können, die Anlage einer Zinkelektrolyse in Magdeburg. Magdeburg sollte deshalb Standort der Elektrolyse werden, weil in Mitteldeutschland sich dem Zink ein besseres Absatzgebiet bot als in Oberschlesien, und der Transport der Zinkkonzentrate billiger kam als der Transport des fertigen Metalls[45].

Mit dem Bau der Magdeburger Anlage wurde jedoch erst im Jahre 1932 begonnen, die Inbetriebnahme erfolgte dann 1934[46].

Somit wurde durch den Verlust der gesamten oberschlesischen Zinkhütten und durch den erst so spät in Angriff genommenen Bau der Magdeburger Anlage das Rheinland und Westfalen zum bedeutendsten Zinkerzeugungsgebiet. Der Anteil an der deutschen Gesamtproduktion betrug 80%, der Rest entfiel auf die norddeutschen Küstenwerke.

Die Produktion entwickelte sich bis 1929 folgendermaßen:

	1913	1925	1926	1927	1928	1918
A.G. für Bergbau u. Zinkfabr. Stolberg	42 100	16 600	18 800	20 378	22 117	23 586
A.G. „Berzelius" in Bensberg	22 000	13 500	17 700	24 535	29 746	32 554
A.G. f. Zinkhüttenbetrieb, vorm. Grillo	10 300	8 000	8 300	9 499	9 862	9 589
Vielle Montagne (deutsche Prod.)	11 200	10 600	11 800	12 052	12 138	13 728
Metallwerk Unterweser	12 400	6 400	8 300	10 415	11 391	12 353
Zinkhütte Hamburg	6 600	3 100	3 400	7 212	12 814	9 779
Gesamtproduktion:	111 000	58 700	68 300	84 091	98 068	101 530

Von den in obenstehender Tabelle aufgeführten Werken verarbeiteten nur die Stolberger Werke zum überwiegenden Teil noch Zinkkonzentrate aus eigenen Gruben. Erst gegen Ende des Jahres 1931 mußten größere Mengen fremder Erze eingeführt werden, die jedoch nur zu unwirtschaftlichen Bedingungen erhältlich waren.

Alle übrigen Betriebe waren mehr oder weniger auf die Zufuhr ausländischer Erze angewiesen. Die Küstenwerke verarbeiteten auch nach dem Kriege ihrem Standort entsprechend, ausschließlich ausländische Kauferze.

---

45) Eine Tonne Konzentrat ergibt ½ t Zink und 1 t Schwefelsäure, also 1½ t Fertigprodukte.

46) s. Teil III, S. 119.

Nach Überwindung der Nachkriegskrise wuchs die deutsche Zinkerzeugung bis 1929 ständig, erreichte hier aber ihren Höhepunkt. Die größte Produktionssteigerung hatte die A.G. „Berzelius" in Bensberg zu verzeichnen[47]. Die Zinkgewinnung wuchs hier von 13 500 t im Jahre 1925 auf 32 554 t in 1929 und war damit rund 10 000 t größer als 1913. Auch die Zinkhütte Hamburg konnte seit 1925 ihre Produktion vervierfachen und im Vergleich zu 1913 noch verdoppeln. Die Metallwerke Unterweser erreichten 1929 mit ihrer Produktion erst wieder die Vorkriegshöhe, was der A.G. für Bergbau und Zinkfabrikation, Stolberg, trotz seit 1925 erheblich gestiegener Produktion (1930 = 25 569 t) bei weitem nicht gelang.

Ab 1929/30 fiel die Produktion bis zum Jahre 1932 ungefähr wieder auf den Stand von 1924 zurück. Das hatte verschiedene Gründe. 1929 ging das ein Jahr vorher gegründete Zinkkartell, dem auch Deutschland, das schon vor dem Kriege Mitglied des europäischen Zinkhüttenverbandes war, angehörte, zu Produktionsdrosselungen von 10% über, um die sich immer mehr steigernde Erzeugung, hauptsächlich durch den Außenseiter Amerika, mit dem zurückgehenden Verbrauch in Einklang zu bringen. Jedoch die Produktionsdrosselungen vermochten den seit 1926 absinkenden Preis auf dem phantastischen, vom Kartell beabsichtigten Stand von £ 27.–.—. nicht zu halten.

Der Grund für die absinkenden Preise lag ja gar nicht, jedenfalls bis 1930, allein in einer Überproduktion, wie das Kartell annahm, sondern viel mehr auch darin, daß durch die Veränderung, die der Krieg hervorgerufen hatte, die Länder, die keinen erheblichen Verbrauch an Zink hatten, aber über eine große Erzeugung verfügten[48], ihre Überschüsse an den Markt brachten und somit ein Überangebot entstand, das den Preis immer tiefer drückte als der Nachfrage tatsächlich entsprach.

Im Sommer 1931 kam eine erneute Einigung unter den Zinkerzeugern zustande, die eine gleichmäßige Verteilung der Einschränkungsquoten vorsah. Die Gesamtproduktion der Kartellmitglieder, zu denen die U.S.A. und der ferne Osten wieder nicht zählten, wurde weiter stark gedrosselt.

Hatten sich die Produzenten, nachdem die Preiserhöhung 1929 mißlungen war, trotzdem 1930 bei einem Zinkpreis von 16 bis 17 £ noch nicht einigen können, so mußte das Zinkkartell von 1931 den Preis sogar auf 12 bis 13 £ annehmen.

Unter diesen Umständen war das Arbeiten für verschiedene deutsche Betriebe einfach nicht mehr möglich. Zudem kamen die deutschen Hütten einmal durch die hohen Löhne, die während der Nachkriegsjahre dauernd die Tendenz zum Steigen aufwiesen und ebenso durch die hohen Kohlenpreise gegenüber den polnischen und vor allen Dingen den belgischen Hüttenwerken immer mehr ins Hintertreffen, da 1929 die deutsche Zink-

47) Die Berzelius-Werke waren in dieser Zeit zu ca. 90% beschäftigt und hatten eine Arbeiterzahl von 1400 Mann.

48) Siehe Polen, das 80% seiner Erzeugung exportierte.

hüttenindustrie nur noch 40% gegen 65% in 1913 eigene Erze verhüttete und durch die fortwährenden Lohnerhöhungen die Möglichkeit, ausländische Erze zu rentablen Bedingungen einzuführen, immer geringer wurde.

Die Hütten waren somit gezwungen, ihre Betriebe entweder vorübergehend oder ganz stillzulegen. Verhängnisvoll für die deutsche Zinkindustrie wirkten sich neben den niedrigen Preisen noch die starken Produktionseinschränkungen des Zinkkartells aus, da die Kapazität der deutschen Zinkhütten schon ohnehin nicht voll ausgenutzt war und andererseits die Versorgungsmöglichkeit noch weiter vermindert wurde, während die anderen an der Einschränkung beteiligten Länder[49] dadurch nur eine Einbuße am Außenhandel, der für Deutschland ja nicht in dem Maß in Betracht kam, erlitten.

Das erste Werk, das dem Preistiefstand und der Produktionsrestriktion zum Opfer fiel, war die Hamburger Zinkhütte, die 1928 noch eine erheblich ins Gewicht fallende Produktion aufzuweisen hatte[50]. Sie wurde Ende 1929 stillgelegt[51].

Im Jahre 1931 gaben dann viele andere Gesellschaften ebenfalls teilweise die Produktion auf und stellten die Arbeit in einigen ihrer Hütten ein. So schloß die Schlesag, da sie sich infolge der geringen Bedeutung ihrer westlichen Hütten auf die östlichen konzentrierte, die Feinzinkanlage Reisholz Ende März 1931. Ebenso schränkten die Metallwerke Unterweser ihre Zinkerzeugung ein, da die sie beliefernden Gruben entweder ihre Gewinnung eingestellt hatten oder dazu übergegangen waren, die weitere Abgabe von Erzen davon abhängig zu machen, daß ihnen für den Metallinhalt ein höherer Wert als der damalige gezahlt würde, was zur Folge hatte, daß die Verhüttung der Zinkerze ohne Verluste nicht mehr durchgeführt werden konnte.

Es folgt eine Übersicht über die stillgelegten größeren Hütten[52]:

Hüttenbetriebe:	Stillegung:
I. Stolberger Zink:	
Hütte Nievenheim	1. Vierteljahr 1931
Hütte Birkengang	1. Vierteljahr 1931
II. „Berzelius":	
Hütte Bensberg	Anfang 1931
III. Metallwerke Unterweser:	
Hütte Nordenham	1931 vorübergehend
IV. Schlesag:	

49) z. B. Polen und Belgien.

50) 1928 = 12 814 t Rohzink.

51) Es wurde nur der Zinkreduktionsbetrieb vollkommen stillgelegt, die Zinkweißabteilung blieb, allerdings auch mit Einschränkung, weiter bestehen (Schulz-Kiesow, a. a. O.).

52) Die Übersicht ist aus den verschiedenen Geschäftsberichten der Gesellschaften zusammengestellt.

Hütte Reisholz	1931 vorübergehend (dann von Schlesag verpachtet).
V. Zinkhütte Hamburg:	Ende 1929.
VI. Vieille Montagne:	
Hütte Berge Borbeck	März 1931.
VII. Deutscher Metallhandel Oberschöneweide:	März 1931.

Mit dem Versagen des Zinkkartells in bezug auf eine Preiserhöhung und Stabilisierung, und mit der dadurch immer größer werdenden Abschließung der einzelnen Länder durch Einfuhrzölle[53] kamen auch in Deutschland von Seiten der Hüttenwerke Bestrebungen auf, die die Einführung eines Zinkzolles zum Erhalt der deutschen Hütten zum Gegenstand hatten. Der Rohzinkzoll sollte ein Erziehungszoll sein, d. h. der Zoll sollte mit steigenden Zinkpreisen sinken und bei einem Zinkpreis von £ 25.—.— je t ganz fortfallen. Dadurch sollte eine größere Selbständigkeit in der Preisgestaltung herbeigeführt werden, die es dann bei genügend hohen Inlandspreisen ermöglichen sollte, neue Elektrolyseanlagen zu errichten und die Versorgung auf eine breitere Basis zu stellen.

Zu einer Einführung dieses Zolls kam es jedoch nicht, da die deutschen Verbraucher energisch gegen diese Pläne und Anträge, die volkswirtschaftlich bestimmt gerechtfertigt waren, Einspruch erhoben.

Die Folge war, daß die Zinkgewinnung im Jahr 1932 noch geringer wurde und mit 42 000 t wieder auf den Stand von 1924 gesunken war. Immerhin erhöhte sich der Anteil der Verarbeitung inländischer Erze sowohl absolut wie relativ (von 12 auf 17%).

Eine gewisse Rolle spielte für die deutsche Inlandsversorgung noch das Remelted-Zink, das ganz aus Altmaterial gewonnen wird. Die Produktion betrug ca. 8 bis 10 000 t in 1932, die es dann zusammen mit der Neuzinkproduktion[54]) ermöglichten, daß der Anteil der deutschen Zinkhüttenproduktion an der Versorgung [55]) im Jahre 1932 36% betrug, ein Prozentsatz, der im Vergleich zum Vorkriegsanteil geradezu minimal, aber verständlich war, wenn man bedenkt, daß das aus Polen aus deutschen Erzen gewonnene Zink als ausländisches Zink wieder nach Deutschland hereinkam und somit den großen Prozentsatz (64% in 1932), mit dem das ausländische Zink an der deutschen Versorgung beteiligt war, schuf.

Die Versorgung Deutschlands mit Hüttenblei in den Nachkriegsjahren gestaltete sich ähnlich wie die des Kupfers und Zinks.

Ebenso wie die Zinkindustrie durch die Abtretung eines Teiles von Oberschlesien an Polen im Juni 1922 ihre gesamten dortigen Hüttenanlagen verlor, fielen auch die oberschlesischen Bleihütten an Polen, so daß

---

53) z. B. Amerika, Italien, England (durch Ottawa Präferenzzölle der Empire Staaten).

54) = Produktion aus inländischen und ausländischen Erzen.

55) Inlandsproduktion + Einfuhrüberschuß an Rohzink. (Vgl. S. 49).

die deutsche Bleiproduktion im Jahre 1923 nur noch ungefähr ein Fünftel so groß war wie vor dem Kriege.

Der inländische Erzanteil stieg jedoch in den ersten Nachkriegsjahren im Vergleich zu 1913 noch um 6% auf 63%, da die Bleibergwerksproduktion bei weitem nicht die Rückschläge erlitt, wie gerade die Hüttenerzeugung. Als ab 1924 die Bleierzeugung zunahm, ging der Prozentsatz der inländischen Erze allerdings wieder zurück.

in t:	1913	1923	1924	1925	1926	1927
Produkt.	172 700	31 900	50 200	70 500	76 600	84 000
Verbr.	215 500	56 400	89 700	192 900	152 700	225 300
in t:	1928	1929	1930	1931	1932	1933
Produkt.	87 000	97 900	110 800	101 300	95 200	116 600
Verbr.	216 500	212 300	165 200	135 900	111 300	146 300

Die oberschlesischen Hütten, die durch die Abtretung für die deutsche Versorgung ausfielen, nachdem sie vor dem Kriege noch ein Drittel der deutschen Gesamtbleiproduktion lieferten, waren die Preußische Friedrichshütte und die zum Giesche-Konzern gehörende Walter Cronneck-Hütte. Durch diesen Verlust wurde wieder genau im selben Maße wie beim Zink das rheinisch-westfälische Produktionsgebiet zum größten und wichtigsten Erzeuger für Blei. Der Grund hierfür liegt nicht zuletzt darin, daß die deutschen Hütten meistens keine reine Bleihütten sind, sondern auch nebenher noch andere Metalle, gewöhnlich Zink, herstellen.

Die größte Bleihütte des rheinischen Bezirks war die der A.G. für Bergbau, Blei- und Zinkfabrikation Stolberg gehörende Hütte zu Binsfeldhammer, die Blei teils aus inländischen, teils aus ausländischen Erzen herstellte. Durch die Stillegung der zum Gesellschaftsbesitz zählenden Emser Hütte und vieler kleinerer Hüttenwerke der dortigen Gegend [56] wurde die ganze Produktion dieser Werke nach Binsfeldhammer gelegt, die sich dadurch immer mehr zu einer Großhüttenanlage erweiterte, was eine erhebliche Kostenersparnis im Gefolge hatte. Auch konnte man an eine bessere Ausnutzung der in den Bleierzen enthaltenen Nebenmetalle gehen, die vielfach gerade in der Metallindustrie erst die Rentabilität einer Hütte sichert.

Mit der erheblichen Vergrößerung der Kapazität der Stolberger Hütte reichten jedoch die in dieser Gegend früher in sehr großen Mengen geförderten Bleizinkerze nicht mehr aus, zumal noch durch den seit 1925 abwärtsgehenden Bleipreis [57], der sich allerdings in der Hausse 1928/29 etwas erholte, viele Bleigruben ihren Betrieb einstellen mußten und die Fördermengen dadurch noch mehr verringert wurden.

So waren die Stolberger Hütten überwiegend auf die Erzzufuhr aus dem Auslande angewiesen, deren Übernahmebedingungen sich jedoch von

---

56) Die Emser Hütte wurde im August 1926 stillgelegt.

57) 1925 hatte der Bleipreis mit £ 37.— per long t seinen höchsten Stand seit 1890 erreicht.

Jahr zu Jahr weiter verschlechterten. Zudem erwies sich für die ausländische Erzzufuhr der Standort als ziemlich ungünstig im Gegensatz beispielsweise zu den Seehafenhütten, da zu dem Überseetransport noch der Transport mit der Eisenbahn hinzukam.

In eben derselben ungünstigen Lage war nach dem Kriege auch die Braubacher Bleihütte, die ihre Produktion auf keine eigenen Erze mehr aufbauen konnte, da die zu ihr gehörenden Gruben der Weltwirtschaftskrise zum Opfer gefallen waren. Um sich einen Ausgleich zu verschaffen, ging die Hütte zur Rückstände- und Altmaterialverwertung über, die überhaupt für die Verhüttung in den Nachkriegsjahren ziemlich wesentlich war, und außer in dieser Hütte noch um Berlin [58] herum und auch in Hamburg betrieben wurde [59].

Trotzdem war die Braubacher Hütte mit einer jährlichen Produktion von ca. 8000 t nie voll beschäftigt, ja, sie hatte zeitweilig den Betrieb eingeschränkt oder sogar stillgelegt.

Außer der Braubacher Hütte waren noch die sächsischen Betriebe und die Seehafenhütten in großem Ausmaß auf ausländische Rohstoffe angewiesen [60]. Bis zum Jahre 1930 konnte die Norddeutsche Affinerie ihre Produktion steigern und die Rohstoffversorgung stieß auf keine allzu große Schwierigkeiten [61]. Jedoch durch den 1930 noch schärfer einsetzenden Preissturz von 18 auf 12 £ je long t wurde die Versorgung mit in- und ausländischem Rohstoff ungünstig beeinflußt, da die Erz- und Rohstofflieferanten ihre Produktion einstellen oder stark einschränken mußten. Ferner waren die Kredite, auf denen sich die Versorgung zum großen Teil aufbaute, zeitweilig stark verteuert und die 1931 eintretende £-Entwertung versetzte der Hütte einen weiteren schweren Schlag.

Die einzigen Hütten, die noch vorwiegend ihre Produktion auf inländischen Erzen aufbauten, obwohl auch hier eine Verschiebung zugunsten der ausländischen Rohmaterialien seit dem Kriege eingetreten war [62], waren die des Harzer Bezirks (Lautenthal, Klausthal, Langelsheim, Herzog Julius-Hütte und die Hütte zu Oker) [63].

---

58) Daher der Name Berliner Blei (die Produktion aus Altmetallen belief sich auf 12—15 000 t jährlich.)

59) Die Norddeutsche Affinerie verarbeitete außer ausländischen Erzen auch noch ausländisches Werkblei.

60) Der inländische Erzanteil an der Bleierzeugung der Norddeutschen Affinerie betrug in den Nachkriegsjahren nur ca. 7% gegen 21% der Vorkriegszeit. (Vgl. Enquete-Ausschuß).

61) Die Norddeutsche Affinerie produzierte 1929 19 064 t, 1930 15 809 t.

62) Der inländische Erzanteil betrug noch 77% gegen 84% der Vorkriegsjahre.

63) Die Oberharzer und Unterharzer Hütten produzierten zusammen 1930 = 19 262 t, 1931 = 19 205 t.

Ihre Lage, entfernt von den Wasserstraßen liegend, gestattete es nicht, in großem Umfang auf ausländische Erze zurückzugreifen, wodurch ihre Produktion eng verbunden war mit der Existenz der dortigen Bergwerke und zurückgehen mußte als einige Harzer Gruben stillgelegt wurden. Eine bessere Ausnutzung, vor allem der Klausthaler, Lautenthaler und der Herzog Julius-Hütte im Unterharz, die durch Ausbau ihrer Anlagen oder durch den Aufbau neuer Schmelzhütten technisch durchaus wettbewerbssicher waren, durch eine zusätzliche Verhüttung fremden Schmelzgutes war eben infolge ihrer ungünstigen Frachtlage stark beeinträchtigt.

Außer den obengenannten Hütten bestanden noch einige kleinere Betriebe, die aber für die Versorgung nicht von großer Bedeutung waren.

Alles in allem waren die deutschen Bleihütten in der Krise 1931 noch in der Lage, mit ihrer Produktion von Originalhüttenweichblei (aus inländischen und ausländischen Erzen sowie Rückständen und ausländischem Werkblei) und der Erzeugung aus Altmetallen (Berliner Blei) 78% der gesamten Inlandsversorgung [64] zu decken. 1932 erhöhte sich dieser Anteil sogar auf 80%.

Hatten die Kupfer-, Blei- und Zinkhütten immerhin noch eine erhebliche eigene Erzbasis, auf der sie ihre Produktion aufbauen konnten, so waren die deutschen Zinnhütten genau wie vor dem Kriege auch in den Nachkriegsjahren vollständig auf ausländische Rohmaterialien angewiesen, wenn man von den geringen Mengen an Zinnerzen (ca. 100 t jährlich), die noch im Erzgebirge gefördert wurden, absieht.

Die Produktion wie auch der Verbrauch konnten nicht wieder die alte Vorkriegshöhe erreichen, wohingegen die Weltproduktion und der Weltverbrauch seit 1913 mit Ausnahme der Jahre 1921/23 dauernd im Zunehmen begriffen war [65].

in t:	1913	1923	1924	1925	1926	1927
Prod. [66]	12 000	2 400	2 500	1 000*)	2 200	5 400
Verbr.	19 900	6 500	8 400	11 100	8 300	15 300
in t:	1928	1929	1930	1931	1932	1933
Prod.	7 000	4 000	5 000	4 500	4 500	6 000
Verb.	14 600	16 400	14 600	13 000	13 700*)	17100*)

Durch den Krieg hatten die noch bestehenden 6 deutschen Zinnhütten die enge Verbindung mit den südamerikanischen Zinnerzlieferanten verloren und waren somit gezwungen, minderhaltige Zinnerze zu verhütten, wodurch ihre Rentabilität in den ersten Nachkriegsjahren jedoch keineswegs litt.

---

64) Inlandsversorgung = Inlandsproduktion + Einfuhrüberschuß von Rohblei unter Abzug des zur Raffination eingeführten Werkbleis.

65) Im Jahre 1931 mußten jedoch die internationalen Erzeugergruppen zur Restriktion greifen, um die sich mehrenden Vorräte abzubauen.

66) In der Produktion sind die Mengen, die aus Altmaterial hergestellt wurden, mitenthalten.

*) Verbrauch geschätzt.

Allerdings verringerte sich die Bedeutung der ausländischen Erze für die Versorgung der Zinnhütten von Jahr zu Jahr und die Zinnerzeugung aus Altmetallen und Abfällen spielte eine größere Rolle. Vor allem kam hier die Entzinnung von Weißblech in Betracht, die in vielen kleineren Hütten Deutschlands, in der Hauptsache jedoch in den Betrieben von Goldschmidt, Essen, vorgenommen wurde [67].

Aber auch die deutsche Zinnindustrie wurde von dem Preisrückgang[68] infolge der nach dem Kriege entstandenen Überproduktion nicht verschont. Die Wilhelmsburger Zinnwerke mußten im April 1932 die Zinnerzeugung einstellen. Der Grund hierfür lag nicht so sehr in der Verknappung des Erzangebotes als in der Unzulänglichkeit der Bedingungen, unter denen das Erz angeboten wurde. Die Südamerikaner basierten nämlich ihre Angebote auf Papier-£, was für das deutsche Werk eine so starke Verringerung des Verhüttungslohnes ergab, daß es gegen die englische Konkurrenz nicht mehr aufkommen konnte [69].

4. Die Rohmetalleinfuhr.

In der Rangliste der Einfuhrüberschußländer auf dem Gebiet der Rohmetalle stand Deutschland infolge seines großen Bedarfes auch in den Nachkriegsjahren mit an der Spitze. In Zink stand es bis 1932 an zweiter Stelle und seitdem führte es die Liste vor England, obwohl der deutsche Einfuhrüberschuß 1932 kleiner war als das Jahr vorher. Bei Kupfer nahm Deutschland den dritten und bei Blei den vierten bezw. fünften Platz in der Reihe der Einfuhrüberschußländer ein.

In der Einfuhr von Rohkupfer nach Deutschland standen die Vereinigten Staaten in den Nachkriegsjahren wieder weitaus an der Spitze (163 700 t bei einer Gesamteinfuhr von 210 957 t in 1925). Doch schon im Jahre 1927 wurden die eingeführten amerikanischen Rohkupfermengen kleiner und betrugen 1933 nur noch 20 536 t. Dieser Rückgang erfolgte zugunsten Chiles, das seine Einfuhr ab 1927 beträchtlich steigern konnte, sowie der Kolonialgebiete Belgisch-Kongo und Britisch-Afrika. Auch Jugoslavien konnte die Einfuhr von 1929 auf 1930 beinahe verdoppeln (1929 = 8125 t, 1930 = 15 907 t).

Die Ausfuhr war im Vergleich zur Vorkriegszeit bedeutend gestiegen und betrug 1931 46 417 t, eine Menge, die über 6 mal größer war als 1913. Das deutsche Rohkupfer ging vornehmlich in die Tschechoslowakei, nach Rußland, Groß-Britannien und Schweden.

---

67) Da diese Produktion der Statistik schwer zugänglich ist, ist hier von einer Angabe der Zinnproduktion aus Altmetallen und Weißblechabfällen Abstand genommen.

68) 1927 = 289 £ je long t, 1931 = 109 £, 1932 = 97 £.

69) Vgl. den Geschäftsbericht der Zinnwerke Wilhelmsburg für 1932.

in t	1913	1924	1926	1928
U.S.A.	197 353	84 453	104 367	141 291
Chile	72 000	3 361	10 009	34 645
Belgien	5 523	2 716	6 988	12 055
Belgisch-Kongo	76	5 190	3 773	2 689
Britisch-Afrika	——	——	2 302	1 269
Gesamt	225 392	110 290	146 511	226 983
Ausfuhr	7 208	13 572	25 311	21 797
in t:	1929	1931	1932	1933
U.S.A.	85 647	36 319	21 356	20 536
Chile	39 597	20 084	17 486	27 123
Belgien	22 667	31 950	16 671	10 161
Belgisch-Kongo	4 328	21 879	18 145	22 592
Britisch-Afrika	1 273	1 103	25 675	35 702
Gesamt	194 630	150 970	131 128	154 643
Ausfuhr	31 836	46 417	44 799	34 536

Die Einfuhr von Rohblei wies in den ersten Nachkriegsjahren bis 1927 eine steigende Tendenz auf, um dann aber in sehr starkem Maße wieder zurückzugehen, so daß sie ab 1931 geringer war als vor dem Kriege. Die Hauptbezugsländer waren die Vereinigten Staaten, Mexiko, Australien, Spanien und Belgien, von denen die beiden letzteren allerdings ab 1930 stark zurückfielen.

Die Ausfuhr ging vornehmlich in die Tschechoslowakei und nach Rußland, während Österreich, das vor dem Kriege die größten Mengen von Deutschland importierte, fast vollkommen als Abnehmer ausfiel.

in 1000 t:	1913	1925	1927	1929	1931	1932	1933
Belgien	14,0	14,0	17,6	8,4	2,2	1,9	1,5
U.S.A.	16,2	48,8	37,9	31,5	5,4	3,2	5,1
Mexiko	0,02	20,6	37,3	23,2	17,8	8,8	7,9
Australien	2,8	2,4	17,3	32,5	24,3	24,5	24,0
Gesamteinfuhr	83,8	137,8	156,9	136,9	64,6	50,7	48,7
Ausfuhr	41,4	15,3	15,6	22,4	29,9	23,0	26,9

In Zink wurde Deutschland, wie wir gesehen haben, durch die Abtretung Oberschlesiens zu einem Zuschußland und mußte darum große Mengen einführen.

Vor dem Kriege bezogen wir Rohzink in der Hauptsache aus Belgien. Zu diesem Lieferanten trat dann ab 1922 Polnisch-Oberschlesien und übernahm die Spitze in der Liste der Einfuhrländer.

Während die Einfuhr nach Deutschland von Jahr zu Jahr stieg und 1927 ihren Höhepunkt erreichte, um dann bis 1933 wieder geringer zu werden, pendelte die Ausfuhr von Rohzink in den Nachkriegsjahren immer zwischen 20—40 000 t und erst ab 1931 ging sie stärker zurück, da infolge der Krise die deutsche Hüttenerzeugung ihre Produktion erheblich einschränken mußte.

in 1000 t:	1913	1924	1926	1928	1930	1931	1933
Belgien	29,0	3,9	37,4[70]	28,3	10,5	9,8	15,7
Poln.-O.	—	25,4	37,8	75,4	64,6	57,7	40,5
Gesamt	56,0	43,7	100,0	143,2	109,5	118,5	100,3
Ausfuhr	105,1	6,2	24,6	37,0	23,5	12,5	17,4

Waren die Rohzinklieferanten Deutschlands in der Hauptsache europäische Länder, so war bei der Zinneinfuhr das Gegenteil der Fall. Die größten Zinnmengen kamen, wie vor dem Kriege, aus Niederländisch Indien, Britisch Indien und Britisch Malaya und machten ungefähr die Hälfte bis zwei Drittel der deutschen Einfuhr, die zwischen 10 und 15 000 t schwankte, aus. Der Rest entfiel auf Groß-Britannien, Belgien und einige kleinere Lieferanten.

Die Ausfuhr betrug ungefähr ein Drittel der Einfuhr und ging vornehmlich in die Vereinigten Staaten, nach Groß-Britannien, Frankreich und in die Tschechoslowakei.

70) Zink holländischen Ursprungs mitenthalten.

Teil III.

A. Sinn, Bedeutung und Ziel der nationalen Rohstoffwirtschaft.

Der politische Umschwung im Jahre 1933 hat einen starken Wandel in der Wirtschaftsauffassung hervorgerufen. Das Versorgungsproblem ist wieder in Fluß gebracht, jedoch aus einer Einstellung heraus, bei welcher der nationale Gesichtspunkt weit schärfer in den Vordergrund gerückt ist, als in der voraufgegangenen liberalistischen Zeit.

Auch für die deutsche Metallwirtschaft ist die nationalsozialistische Wirtschaftsauffassung von grundlegender Bedeutung. In der Auffassung der Liberalisten, die Rohstoffe seien nur Mittel für die Weiterverarbeitung und für den Export, und in der geringen Beachtung, die dem heimischen Erzbergbau bisher geschenkt wurde, ist durch den Nationalsozialismus ohne Zweifel ein grundsätzlicher Wandel eingetreten.

Die deutsche Erzgewinnung und -verhüttung wird heute wieder voll und ganz als Urproduktion, als bodenständige Industrie unseres Landes anerkannt, die ebenso wie die deutsche Landwirtschaft von Staats wegen geleitet und betreut werden muß zum Nutzen der gesamten Volkswirtschaft. Die deutschen Erzlagerstätten sind für die gesamte deutsche Wirtschaft ein unentbehrlicher Faktor und eine Kraftquelle, die nicht nur allein wichtig ist für die Weiterverarbeitung und die Fertigwarenindustrie, sondern auch, wie wir im letzten Kriege feststellen konnten, eine große Bedeutung für die Verteidigung und den Schutz unseres Landes in wehrtechnischer Hinsicht haben.

Schon aus diesem Grunde hätte es nach dem Kriege eine Selbstverständlichkeit sein müssen, die heimische Erzgewinnung in weitgehendem Maße zu fördern, anstatt, wie wir es taten, sich vollkommen an der Weltwirtschaft zu orientieren. Wenn man auch endlich die Notlage des deutschen Erzbergbaues erkannte und somit versuchte, die Gruben durch Subventionen wieder auf die Beine zu stellen, so waren die gegebenen öffentlichen Mittel auch nicht mehr in der Lage, die stetige Abwärtsbewegung des deutschen Erzbergbaues sichtlich aufzuhalten, da sie ja einerseits dem Bergbau keine Marktsicherung brachten, weil das ausländische Erz nach wie vor ungehindert herein konnte und andererseits rückzahlbar waren, so daß die Bergwerke auf Jahre hinaus vorbelastet waren.

Es ist oft in der letzten Zeit der Standpunkt vertreten worden, daß man in einer nationalen Wirtschaftspolitik Unterscheidungen machen müßte zwischen nationalen und sagen wir internationalen Metallen, d. h. also solchen Metallen, die einerseits ganz oder zum größten Teil und andererseits nur in geringem Maß in Deutschland erzeugt werden können und also eingeführt werden müssen. In einer Metallwirtschaft, bei der der nationale Gesichtspunkt im Vordergrund steht, dürften daher nur den nationalen Metallen vom Staate der nötige Schutz gewährt werden. Diese Auffassung ist jedoch keineswegs richtig, vielmehr muß man die gesamte deutsche Nichteisenmetallproduktion, auch wenn sie nur zum Teil den deutschen Bedarf befriedigt, als nationale Produktion schlechthin ansehen.

Es ist z. B. auf keinen Fall der Wille und das Ziel der deutschen Rohstoffwirtschaft, die deutsche Aluminiumindustrie, bei der rein technisch die Möglichkeit einer Selbstversorgung besteht, vor die Kupferproduktion zu stellen oder sie gar zu verdrängen, nur weil hier eine Bedarfsdeckung aus eigener Erzeugung möglich ist. Am Kupferabsatz sind zweifellos mehr Arbeiter beschäftigt und ist mehr Kapital investiert als bei der Aluminiumindustrie. Von der Gewinnung und Verhüttung in Mansfeld lebt allein eine Belegschaft von 14 000 Mann. Rechnet man die Frauen und Kinder der Arbeiter hinzu, so kommt man zu dem Ergebnis, daß hier für ca. 60 000 Menschen eine Lebensgrundlage geschaffen wurde.

Nicht die geförderten Erzmengen oder die der erzeugten Metalle sind ausschlaggebend dafür, daß ein Metall als national gewürdigt werden kann, sondern es treten noch vielerlei andere Momente hinzu. So scheint mir gerade der deutsche Kupferbergbau neben seiner sozialpolitischen und politischen Bedeutung für die Wehrmacht bei der derzeitigen Wirtschaftslage auch eine große Bedeutung für die Ausfuhr zu haben, so daß man fast zu der Ansicht neigen könnte, den Verbrauch statt zu beschränken[1]) zu fördern. Auf jeden Fall wäre es jedoch unrichtig und auch unklug, einen gesunden Wettbewerb zwischen den einzelnen Metallen, soweit sie keine Kampfstellung gegeneinander einnehmen, zu unterbinden. Jedes Metall hat seine Vorzüge und Nachteile und die natürliche Entwicklung wird jedem von ihnen das Betätigungsfeld zuweisen, auf dem es seine Vorzüge am besten zur Geltung zu bringen vermag.

Es bleibt auch trotz der Wirtschaftslenkung durch den neuen Staat noch ein weiter Spielraum für einen gesunden Wettbewerb und für die Tüchtigkeit des einzelnen Wirtschafters, denn die neue Wirtschaftspolitik hat nichts gemein mit einer überorganisierten und verbürokratisierten Staatsplanwirtschaft. Die Spekulation jedoch, die gerade in der deutschen Metallwirtschaft und im Metallhandel sehr stark vertreten war, und die Beschaffung von Rohstoffen auf spekulative Art und Weise, die der gesamten Volkswirtschaft Schaden zufügt, kann und darf heute nicht mehr als irgendwie berechtigt angesehen werden und gerade hier ist darum die

1) Vgl. S. 84 ff.

Beschränkung der Privatinitiative durch die Maßnahmen der Regierung sehr zu begrüßen. Die heutige deutsche Metallwirtschaft dient nicht der privaten Bereicherung des Einzelnen, sondern dem gesamten deutschen Volk. Die Versorgung der deutschen Wirtschaft mit Rohstoffen darf nicht Selbstzweck sein, sondern sie soll der verarbeitenden Industrie die Möglichkeit schaffen, ihre Aufgaben zum Nutzen der Gesamtheit zu lösen.

Das Ziel und die wichtigste Aufgabe der deutschen Metallwirtschaft ist darum die Steigerung der einheimischen Rohmetallproduktion zur allmählichen Erreichung einer Selbstgenügsamkeit, soweit eine solche überhaupt möglich ist.

Diese Selbstversorgung ist jedoch nicht nur wegen der damit verbundenen Devisenersparnis zu bejahen, sondern einzig und allein auch schon vom national-wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehen eine zwingende Notwendigkeit. Die Umstellungen, die eine stärkere Eigenversorgung mit sich bringt, dürfen jedoch auf keinen Fall zu plötzlich durchgeführt werden und müssen in ihrer Ausdehnung begrenzt sein. Insularität darf nie das erstrebte Ziel dieser Entwicklung werden. Es ist nicht richtig, die Rohstoffeinfuhr vollkommen zu bremsen, um unter allen Umständen den Rohstoffbedarf aus eigener Herstellung zu decken, wenn dadurch die deutsche Produktion erheblich teurer wird als die Einfuhr.

Die Einfuhr läßt sich im Augenblick durch Errichtung neuer Produktionsstätten nicht ersetzen, zumal die Frage der Arbeitserhaltung und -beschaffung zur Zeit gegenüber der Frage nationaler Unabhängigkeit nahezu gleichrangig ist.

Ernstlich wird auch heute kaum noch von einer sofort durchführbaren Autarkie, d. h. der völligen Selbstversorgung aus eigenen Erzen und eigener Produktion gesprochen. Schon die natürliche Erzarmut unseres Landes, bedingt durch einen teilweise jahrhundertelangen Abbau und nicht zuletzt durch die infolge des Weltkrieges abgetretenen zahlreichen Erzlagerstätten und Hüttenwerke verbietet eine solche Entwicklung.

Wenn Deutschland auch bei einigen Metallen seinen Bedarf bei größter Anstrengung und Ausnutzung aller Möglichkeiten im Inlande decken könnte, wie z. B. beim Zink und rein technisch beim Aluminium, bei dem allerdings der Rohstoff (Bauxit) rein ausländischer Herkunft ist, so bleibt doch noch ein so großer Bedarf an anderen Metallen, der niemals ganz im Inland erzeugt werden kann.

Es ist bei den Metallen nicht so wie bei den Nahrungsmitteln, wo im Zeitalter der liberalen Wirtschaftsauffassung die Versorgungsmöglichkeiten aus eigener Produktion nicht voll ausgenutzt worden sind, sondern industrielle Rohstoffe und hier vor allem Erze, können in Deutschland immer nur in einem beschränkten Maße aus eigenem Boden gewonnen und gefördert werden.

Zur Erreichung dieses einen Ziels einer relativen Selbstversorgung, d. h. einer Eigenversorgung, die in erster Linie keine Möglichkeit einer besseren Ausnutzung und Beschaffung der heimischen metallischen Roh-

stoffe, sei es durch technische Verbesserungen oder durch wirtschaftliche Besserstellung deutscher Gruben, deutscher Hütten oder der weiterverarbeitenden Industrie, ungenutzt und außer Acht läßt, aber darüber hinaus den noch fehlenden Bedarf an Rohstoffen durch Einfuhr vom Ausland, allerdings in anderer Form wie bisher, deckt — steht die nationale Metallwirtschaft vor großen und vielseitigen Aufgaben.

Als Ausgangspunkt und zugleich als Vergleichsmaßstab für jede Maßnahme und für jeden Weg zur Sicherung der deutschen Metallversorgung bedarf es jedoch eines kurzen Überblicks über die Versorgungslage der Zeit vor dem Eingriff des Staates in die deutsche Metallwirtschaft, wo die Versorgung allein durch den Preismechanismus bestimmt wurde.

	1933 in t:				
	Cu	Al	Sn	Zn	Pb
Deutsche Metallversorgung insgesamt[2]	160 300	18 300	4 500	60 900	130 400
davon aus inl. Rohm.	60 200	—	2 000	34 000	63 000
davon aus ausl. Rohm.	43 100	18 300	500	26 900	67 400
davon aus ausl. Rohmetall	57 000	—		—	
Deutscher Metallabsatz insgesamt	160 300	25 700	4 500	70 900	138 400
davon im Inland	125 800	25 300	3 000	53 500	111 400
davon im Ausland	34 500	400	1 500	17 400	27 000
Deutscher Metallverbrauch insges.	223 400	27 500	15 600	156 400	159 500
gedeckt durch inl. Erzeugung	125 800	25 300	3 000	53 500	111 400
gedeckt durch Fertigmetall-Einfuhr	97 600	2 200	12 600	102 900	48 100

Aus der Tabelle ist deutlich zu ersehen, wie unterschiedlich der Anteil der inländischen und ausländischen Versorgung Deutschlands bei den verschiedenen Metallen ist. Die deutschen Zinnhütten können knapp ein Fünftel des Verbrauchs mit ihrer Produktion und das auch nur mit Hilfe von eingeführten Erzen und sonstigen Rohmaterialien decken. Die verbleibenden vier Fünftel werden durch Einfuhr von ausländischem Fertigzinn gedeckt, die einen erheblichen Devisenaufwand beansprucht. Auch die deutschen Aluminiumfabriken sind vollständig auf ausländischen, vornehmlich aus Ungarn und Frankreich kommenden Bauxit angewiesen. Mit diesen fremden Rohstoffen decken sie allerdings den deutschen Bedarf nahezu vollständig und der Devisenaufwand ist durch die Einfuhr des Bauxit ungleich kleiner als bei der Zinneinfuhr.

Nicht so eindeutig liegen die Verhältnisse bei den übrigen Metallen. Der deutsche Kupferverbrauch konnte 1933 von den deutschen Hütten und Raffinerien nur zu 56% gedeckt werden. Allerdings muß man hier noch die Ausfuhr Deutschlands an Feinkupfer beachten. Der größte Teil der Kupfererzeugung wurde jedoch mit Hilfe von ausländischem Rohkupfer oder ausländischen Erzen bewerkstelligt. Der deutsche Bergbau hatte nur einen sehr geringen Anteil an der Erzeugung, da von der verbleibenden

2) Entnommen aus Mitteilungen der Metallgesellschaft, 1934.

Kupferproduktion aus inländischen Erzen und Rohmaterialien noch ein erheblicher Teil aus Altmaterial hergestellt wurde.

Die deutschen Zinkhütten deckten nur ungefähr den vierten Teil des Inlandsbedarfs und das zu einem erheblichen Teil aus ausländischem Rohmaterial. Allerdings darf man nicht vergessen, daß große Mengen deutsch-oberschlesischer Erze in die polnischen, ehemals deutschen Hüttenwerke gingen und dann wieder als Fertigmetalle eingeführt wurden.

Eine etwas günstigere Lage ergab sich bei der deutschen Bleierzeugung. Hier konnten die deutschen Hütten fast 70% des Verbrauchs in eigener Produktion herstellen, wovon ca. die Hälfte aus einheimischen Erzen gewonnen wurde. Die Einfuhr an Fertigmetallen war somit im Vergleich zu Kupfer und Zink wesentlich geringer.

Als Gesamtergebnis dieser kurzen Betrachtung ist festzustellen, daß der deutsche Bergbau ohne irgendeine Hilfe nur einen Bruchteil des deutschen Verbrauchs an Nichteisenmetallen zu decken in der Lage ist, und auch ohne staatliche Hilfsmaßnahmen niemals mit den überseeischen Erzvorkommen konkurieren kann. Gruben, die dauernd mit zu hohen Kosten arbeiten, erleiden nicht nur Betriebsverluste, sondern werden auch zum Raubbau gezwungen, der der Gesamtwirtschaft jedoch nie von Nutzen sein kann.

Ist auch von früheren Regierungen die Notlage des deutschen Bergbaues erkannt worden, so besteht doch ein grundsätzlicher Unterschied zwischen der Verhinderung einer gänzlichen Einstellung des Abbaus und einer positiven Förderung des Erzbergbaues in dem Sinne, daß nicht nur der Abbau durchführbar gemacht werden, sondern auch privatwirtschaftlich rentabel sich gestalten soll und eine Steigerung der Gewinnung in einem den gegebenen Verhältnissen entsprechenden Umfang angestrebt wird.

Über die Erhaltung und Förderung der bestehenden Gruben hinaus ist auch die planmäßige Erschließung von Erzlagerstätten in Deutschland ein Weg mehr zur Vergrößerung und damit zur Sicherung unserer Rohstoffbasis.

Es handelt sich hier vor allen Dingen um die Untersuchung von Vorkommen, die aus Rentabilitätsgründen oder mangelndem technischen Wirkungsgrad der Betriebe zum Erliegen gekommen sind. Gerade diese Gruben waren, um bei den niedrigen Weltmarktpreisen noch bestehen zu können, zu einem regelrechten Raubbausystem übergegangen. Ärmere Erze wurden überhaupt nicht mehr herausgenommen und bedeuteten somit einen Verlust für die Volkswirtschaft.

Inzwischen sind die Methoden der Erzgewinnung und -verarbeitung so stark verbessert worden, daß mit niedrigeren Gestehungskosten gearbeitet werden kann. Auch wird man nicht mehr allein nach Rentabilitätsgesichtspunkten vorgehen, sondern ein entscheidendes Antriebsmoment für die Wiedereröffnung stillgelegter Gruben oder für neue Aufschließungsarbeiten, besonders in Sachsen und im Erzgebirge, ist neben der Frage der Eigenversorgung der Wille, der Arbeitslosigkeit abzuhelfen, da gerade in

diesen Gegenden sonst nur wenig Möglichkeiten für eine Arbeitsbeschaffung bestehen.

Wenn auch nun eine völlige Deckung des Bedarfs aus einheimischen Erzen durch diese Aufschlußarbeiten und durch die Wiederinbetriebnahme einzelner Werke nicht zu erwarten ist, so sind die Forschungen nach neuen deutschen Erzlagerstätten und ihre dann einsetzende Ausbeutung trotz allem eine nationalwirtschaftliche Pflicht. Man sollte nur nicht vergessen, auch wenn die Arbeitslosigkeit noch nicht behoben ist, eine äußerste Reserve zu halten, wenn man sich an den letzten Krieg erinnert, in dem erzgebirgische Lagerstätten als beinahe einzige Rohstoffquelle für den Abbau zur Verfügung standen.

Aus diesem Grunde ist es zur Schonung der Vorräte unbedingt notwendig, die anderen noch möglichen Wege zur Sicherung der Rohstoffversorgung in gleichem Maße zu erkunden und zu beschreiten.

Die Ausdehnungsmöglichkeiten des deutschen Erzbergbaues und deren Förderung sind, das ist nicht zu leugnen, ziemlich gering und es ist ausgeschlossen, allein mit diesen geförderten Mengen unseren Bedarf zu befriedigen. Eine Einfuhr von ausländischen Rohstoffen läßt sich nicht vermeiden. Es ist auch nicht so wesentlich, ob von dem einen Metall mehr, von einem anderen weniger als Rohstoff eingeführt wird, sondern es wird in Zukunft die Verarbeitungsstufe, auf der diese Rohstoffe stehen, entscheidend sein dafür, ob sie eingeführt werden oder ob ihre Einfuhr gebremst wird. Es wird sozusagen eine Rangordnung der Einfuhr aufgestellt, wohlgemerkt aber erst nach primärer Sicherstellung möglichster Erfassung der inländischen Metallreserven.

Die erste Stelle in dieser Rangordnung nimmt die Erzeinfuhr ein, da schon die Umwandlung und Verarbeitung dieser aus ausländischem Boden stammenden Erze bis zum fertigen Metall eine ganz erhebliche Wertsteigerung bedeutet und außerdem einen weit geringeren Devisenaufwand erfordert als Fertigmetalle. Diese Rohstoffe durchlaufen bis zur Veredelung deutsche Werke und geben dadurch den deutschen Hütten, die zum großen Teil sogenannte Lohnhütten sind, Arbeit und tragen so ein gut Teil zur Behebung der Arbeitslosigkeit bei.

In eben demselben Maße wird der Staat durch eine Einfuhrüberwachung auch die Rohstoffe in der Einfuhr bevorzugen, die einen verhältnismäßig geringen Devisenaufwand benötigen und in die noch deutsche Arbeit hineingesteckt werden muß, ehe sie als verarbeitungsfähiges Metall in die deutsche Wirtschaft gehen. Es handelt sich hier vor allem um Konzentrate, die noch einer Umarbeitung bedürfen oder um Rohmetalle, die ebenfalls noch einem Raffinationsprozeß unterworfen werden müssen. Auch die Herstellung von Elektrolytkupfer aus fremdem Rohkupfer gibt deutschen Werken, so besonders den Seehafenhütten in Hamburg, die wegen ihres Standortes und Charakters als Lohnhütten ganz auf diese ausländischen Rohmaterialien angewiesen sind, Arbeit und Beschäftigung.

Über diese Einfuhr von Erzen, Konzentraten und Rohmetallen hinaus wird der Staat nichts unversucht lassen, um die Einfuhr von Altmetallen und Rückständen, in deren Umarbeitung noch bis zu 50% deutsche Arbeit stecken, aufrechtzuerhalten und, wenn möglich, noch zu steigern.

Alle diese Einfuhren von noch verarbeitungsbedürftigen Rohstoffen werden in Zukunft auf Kosten der Fertigmetalleinfuhr getätigt werden. Wenn auch Deutschland noch auf ausländische Fertigmetalle angewiesen ist und der deutsche Metallhandel noch mit gewissen Mengen plötzliche Angebots- und Nachfrageschwankungen ausgleichen muß, so wird doch die Tendenz der neuen nationalen Metallwirtschaftspolitik dahin gehen, die Einfuhr von Fertigmetallen auf solche von Erzen und Konzentraten im weitest möglichen Maße umzulagern, was zum großen Teil ein handelspolitisches Problem ist.

Kein Land kann jedoch — weltwirtschaftlich gesehen — mehr einführen als es ausführt, am allerwenigsten Deutschland, das durch Devisenknappheit infolge des Ausfuhrrückgangs der letzten Jahre gezwungen ist, nicht mehr an metallischen Rohstoffen einzuführen, als es an Metallfertigwaren wieder ans Ausland liefert, um so einen Ausgleich oder sogar einen Ausfuhrüberschuß in der Metallbilanz zu erzielen.

Die Bedeutung des Metallfertigwarenexports für die nationale Metallbewirtschaftung ist also nicht abzuleugnen, allein wenn man bedenkt, daß noch im Jahre 1933 der Export von Metallen ein Drittel mehr an Devisen gebracht hat als die gesamte Einfuhr von Erzen, Konzentraten, Alt- und Fertigmetallen kostete. Die Sicherung der Versorgung kann somit gar nicht besser erreicht werden als durch eine planmäßige Förderung des deutschen Metallfertigwarenexports und jede Erschwerung, die die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie vermindern würde, würde infolgedessen auch anstatt zum Ziel, nur noch weiter von ihm fortführen. Es ist die Aufgabe des Staates, dafür Sorge zu tragen, daß der deutsche Export in keiner Weise durch einschränkende Maßnahmen, wie sie jetzt für die übrigen, nicht für den Export arbeitenden Werke bestehen, in seiner freien natürlichen Entwicklung gehemmt wird, denn ein sinkender Export bedeutet verringerten Anfall von Devisen und damit die immer kleiner werdende Möglichkeit, ausländische Rohstoffe einzukaufen, was wieder die Stockung der deutschen Binnenkonjunktur und der Arbeitsbeschaffung zur Folge hätte. Es ist deshalb richtiger, nicht nur allein in der deutschen Binnenwirtschaft einen Aktivismus zu entfalten, Einfuhrüberwachungen und Marktregelungen durchzuführen und dadurch der Außenwirtschaft Wirtschafts- und Organisationskraft zu entziehen. Vielmehr muß auch dieser Aktivismus auf den deutschen Außenhandelssektor übertragen werden, sollen sich die Spannungen zwischen Binnen- und Außenwirtschaft nicht vergrößern und die ohnehin schon bestehende Kluft erweitern. Der Außenhandel ist und bleibt letztlich die Reservestellung für die deutsche Binnenwirtschaft.

Außer diesen Möglichkeiten zur Deckung des notwendigen Rohstoffbedarfs kommt heutzutage der Gewinnung von Metallen aus inländischen

und wie wir gesehen haben, auch aus ausländischen Altmetallen und Rückständen eine gleich große Bedeutung zu wie z. B. den Bemühungen zur Erweiterung der deutschen Erzbasis.

Die Forderung nach Ausnutzung und Verwertung ist keineswegs erst ein mit der eingetretenen Devisenknappheit entstandenes Problem, sondern es handelt sich hier um eine technologische Aufgabe. Schon vor dem Kriege war der Neumetallverbrauch von einem immerhin ins Gewicht fallenden Altmetallverbrauch begleitet[3]. Nach dem Kriege wurde die Altmetallverwertung wieder vernachlässigt, weil die Verarbeitung nicht mehr lohnend war. So konnten z. B. im Jahre 1933 Kupferrückstände, die einen Gehalt von weniger als 10% Cu aufwiesen, einfach nicht mehr verhüttet werden, und selbst Rückstände von 10 bis 20% rentierten sich nur, wenn die Entfallstelle einigermaßen frachtlich günstig zum Umarbeitungswerk lag. Außerdem war es ja viel einfacher, fertige Metalle einzuführen.

Diese Entwicklung kann der neue Staat, der stets darauf bedacht sein wird, alle Möglichkeiten zur Versorgung ausfindig zu machen, sich nicht weiter auswirken lassen. Wenn auch schon wiederholt in früheren Jahren von Interessenten Versuche zur Steigerung des Altmetallverbrauchs gemacht wurden[4], so hatten diese doch mehr oder weniger privaten Charakter und trugen von vornherein die Gefahr in sich, den volkswirtschaftlichen Zielen entgegenzulaufen. Aus diesem Grunde übernimmt jetzt der neue Staat die Kontrolle über die Verwertung und den richtigen Einsatz der Altmetalle und Rückstände.

Das sogenannte Altmetall kann im Jahr einmal, aber auch drei- oder viermal umlaufen. Die Bedeutung liegt bei der Schnelligkeit. Je schneller der Umlauf ist, desto schneller steht das Altmetall wieder zur Verfügung, was dann wieder die Möglichkeit bietet, die Einfuhr von Fertigmetallen herabzudrücken. Bei einem Gesamtverbrauch an Kupfer von beispielsweise 300 bis 360 000 t würden 30 000 t Altmetall, wenn dieses viermal umläuft im Jahr, eine Einfuhrentlastung von 120 000 t bedeuten.

Es wird darum das Ziel sein, alle im Handel und in der weiterverarbeitenden Industrie vorhandenen Altmetalle und Rückstände aufzutauen mit Hilfe einer vernünftigen Frachtpolitik und vor allem einer annehmbaren Preispolitik, die den Umarbeitungshütten gerecht wird. Trotz dieser Möglichkeiten darf man sich doch keinen Illusionen hingeben, denn die deutsche Altmetalldecke ist ebenso, wie die übrige Metalldecke, zu kurz, um den Bedarf ganz zu befriedigen.

Aus der Lenkung des Inlandsverbrauchs im Sinne eines Werkstoffaustausches ergibt sich für die staatliche Wirtschaftspolitik ein weiterer

3) Bei Cu 15 bis 20%, bei den anderen Metallen schwer zu schätzen.

4) 1929 beantragte die Vereinigung Berliner Metallgießereien beim Reichswirtschaftsminister eine vorübergehende Sperrung der Ausfuhr von altem Kupfer und Kupferlegierungen. 1932 forderte die Metallhüttenindustrie ein Ausfuhrverbot oder Ausfuhrzölle für Altmetalle (außer Zn).

Weg zur Behebung der bestehenden Rohstoffnot. Allerdings wird darauf Rücksicht genommen werden, daß der wirtschaftliche Ablauf keine allzu großen Störungen erfährt, noch daß die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen darunter leiden.

Die Verwendungszwecke der einzelnen Metalle liegen, wenn auch technische Eigenschaften eine große Rolle spielen, doch nicht so völlig fest, daß sie sich nie ändern. Technische Veränderungen und Verbesserungen oder Preisunterschiede haben doch immer Verschiebungen in der Verwendung dieser oder jener Metalle zur Folge gehabt. Man denke nur an das Aufkommen der Aluminiumverwendung zu Ende des 19. Jahrhunderts, das auch zum größten Teil bedingt war durch die technische Verbesserung des Herstellungsverfahrens und der dadurch gleichzeitig einsetzenden starken Verbilligung des Metalls.

Es ist somit die Möglichkeit gegeben, den Metallverbrauch umzustellen von den Metallen, die nicht im ausreichenden Maße in Deutschland vorhanden sind und deshalb einen erheblichen Devisenaufwand beanspruchen, auf solche Metalle, deren Herstellung vorwiegend im Inland vorgenommen werden kann. Gedacht wird dabei heute an eine vermehrte Verwendung von Aluminium anstelle des Kupfers, des Zinns und des Zinks, da einmal der Vorrat an Leichtmetallen unerschöpflich ist. Außerdem macht das Erz der Schwermetalle selbst den größten Teil des Preises aus und wird, auf die Dauer gesehen, teurer, weil einmal seine Vorkommen sich immer mehr erschöpfen und zum anderen bei einer Besserung der Weltkonjunktur mit einem Ansteigen der Weltmarktpreise für Metalle zu rechnen ist.

Beim Leichtmetall entstehen Kosten in der Hauptsache erst durch die Gewinnung, die jedoch durch sich dauernd verbessernde Herstellungsverfahren gesenkt werden können. Es entspricht also durchaus der natürlichen Entwicklung Deutschlands, auf diesem Gebiete voranzuarbeiten und gangbare Wege vorzubereiten. Zwar ist auch Deutschland in bezug auf Aluminium nicht unabhängig von der ausländischen Einfuhr — es führt den gesamten Rohstoff aus Frankreich, Ungarn, Jugoslavien und Italien ein, der allerdings nicht nur zur Aluminiumherstellung verwandt wird — aber der benötigte Bauxit wird außerordentlich billiger im Vergleich zu den Kosten für Kupfer oder Zinn und ermöglicht somit eine Einsparung an Devisen.

Bei einer Umstellung werden natürlich noch technische Schwierigkeiten und auch Vorurteile der Verbraucher zu überwinden sein. So spielen z. B. bei den Selbstkosten des Aluminiums außer den Rohstoffkosten die Kosten für Kohle, Soda, Kalk und vor allem Strom eine bedeutende Rolle. Hier wird die Technik eine Wandlung bringen müssen, um eine wesentliche Verbilligung zu erzielen, da sonst die Rentabilität auch der neuen Aluminiumwerke nicht gewährleistet ist. Es wird weiter die Aufgabe sein, die vielfach in der Öffentlichkeit auftauchenden Vorurteile über die Geeignetheit des

Aluminiums zum Austausch gegen andere Metalle durch eine den deutschen Markt günstig beeinflussende Inlandswerbung[5] zu zerstreuen.

Daß eine Umstellung durchaus im Bereiche der Möglichkeit liegt, beweist die Tatsache, daß einige Länder schon bereits mitten in der Umstellung begriffen und uns also schon weit voraus sind. So konnte Italien, das in noch weit größerem Maße als Deutschland auf ausländische Kupfereinfuhr angewiesen war und deshalb zur Umstellung überging, seine Aluminiumproduktion von 1929 bis 1933 um das doppelte steigern, und es war auch das einzige Land, dessen Produktion während der Krisenjahre nicht gesunken, sondern noch gestiegen war. Deutschland beschreitet also mit seinen Umstellungsversuchen durchaus kein Neuland und wird sich auch die Erfahrungen Italiens auf diesem Gebiet nutzbar machen.

Wenn die nationale Metallwirtschaft den Austausch der Werkstoffe als einen Weg zur Sicherung einer bestmöglichen Rohstoffversorgung anstrebt, so ist dies keineswegs gleichbedeutend mit einer völligen Ersetzung und damit Ausschaltung der übrigen Metalle. So wird eine Aluminiumverwendung nur insoweit eintreten, als die Exportfähigkeit deutscher Metallerzeugnisse keine Beeinträchtigung erfährt. Der Export darf, wie schon oben ausgeführt, keinerlei Erschwerungen erleiden und die deutschen Ausfuhrerzeugnisse werden in derselben Form, Art und Qualität geliefert werden, schon um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben.

Neben diesen wichtigsten eben geschilderten Aufgaben der deutschen Metallwirtschaft wird die Frage nach Ersatzmetallen doch nicht die Rolle spielen, wie man wohl am Anfang gedacht hat. Wohl besteht auf diesem Gebiet für die deutsche Forschung und Metallkunde eine dankbare Aufgabe, doch muß man sagen, daß es volkswirtschaftlich vielfach nicht immer zu vertreten ist, neue Metalle zu schaffen und die Zahl der schon bestehenden Legierungen noch zu vermehren, denn Deutschland besitzt nicht allzu reiche Erzvorkommen und die anfallenden Altmetalle müssen deshalb möglichst bis zum letzten ausgenutzt werden. Das ist nicht immer möglich, wenn die Zahl der Legierungen zu groß wird, denn das auf die einzelnen Legierungen entfallende Altmaterial wird dann nicht ausreichen, um ein einigermaßen wirtschaftliches Umarbeitungsverfahren zu gewährleisten und wird überdies zu Metallverlusten führen, die gerade heutzutage nicht zu vertreten sind.

All diese Wege sind jedoch erst dann gangbar und versprechen erfolgreich zu werden, wenn eine Preispolitik durchgeführt wird, die dieses Ziel nicht gefährdet und den preispolitischen Richtlinien der allgemeinen Wirtschaftspolitik entspricht.

Die Abhängigkeit der deutschen Metallpreise vom Londoner Markt hat besonders durch den in den Nachkriegsjahren eingetretenen Preissturz am Weltmarkt die deutschen Gruben und Hütten an den Rand des Ab-

5) Zu diesem Zwecke wurde die deutsche Aluminium-Zentrale in Berlin geschaffen.

grundes gebracht. Die Gruben konnten zu derartig niedrigen Preisen nicht mehr annähernd rentabel arbeiten und waren somit gezwungen, eine Ermäßigung der langjährig mit den Lohnhütten vertraglich festgelegten Schmelzlöhne durchzudrücken, die zur Folge hatte, daß auch die deutschen Hütten mit Verlust arbeiteten, da der Rückgang der Schmelzlöhne nicht oder nur zu einem gewissen Teil durch Lohnsenkungen kompensiert werden konnte.

Der Nationalsozialismus hat nun klar erkannt, daß eine organische Gesundung der deutschen Gruben und Hütten und überhaupt der ganzen deutschen Metallwirtschaft nur durch den Schutz des deutschen Marktes und vor allem des deutschen Metallpreises herbeigeführt werden kann.

Aus diesem Grunde lehnt die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik Subventionen grundsätzlich ab, da diese nicht verhindern können, daß das Ausland die deutschen Erz- und Metallpreise durch Valutadumping immer wieder unterbietet.

Sie erstrebt vielmehr eine Loslösung der deutschen Metallpreise vom Londoner Markt und eine Preisgestaltung auf dem deutschen Markt, die sich nach den für Deutschland bedingten preisbildenden Faktoren richtet.

Nach der Unabhängigmachung der deutschen Metallwirtschaft wird jedoch das Interesse für den Londoner Markt und für die Regulierung seiner Preise keineswegs ganz verschwinden, denn der deutsche Metallpreis wird sich schon im Hinblick auf den deutschen Export in gewissem Sinne immer an der Londoner Notierung anlehnen müssen.

Die deutschen Erzpreise müssen in Zukunft so hoch sein, daß sie nicht nur die Aufrechterhaltung des deutschen Bergbaues gewährleisten, sondern auch eine bessere Eigenversorgung ermöglichen. Andererseits darf man nicht vergessen, daß die verarbeitende Industrie dadurch mit höheren Gestehungskosten zu rechnen hat, für die sie für den Export durch amtliche Maßnahmen einen Ausgleich finden muß. Außerdem darf der Verbraucher, auf den letztlich die Mehrkosten der verarbeitenden Industrie abgewälzt werden, durch zu hohe Preise nicht beeinträchtigt werden[6].

Allen Maßnahmen des neuen Staates in bezug auf seine Preispolitik wird nicht mehr die liberalistische, mechanische Auffassung vom Preise als dem Ergebnis einer sich selbst überlassenen Marktbewegung als Grundlage dienen, sondern der Nationalsozialismus erstrebt eine für das Inland maßgebende Preisbewegung, die vom Standpunkt des Erzeugers wie letztlich des Verbrauchers gesehen als „gerecht" empfunden wird. Nicht der Preis wird gerecht sein, der zugunsten der Verbraucher möglichst niedrig ist oder andererseits dem Produzenten mehr als einen angemessenen Gewinn läßt, sondern beide, Produzent wie Konsument, müssen ihre eigenen In-

6) Durch hohe Inlandspreise ist allerdings die Möglichkeit gegeben, z. B. den Konsum des zu teuren Kupfers durch den Verbrauch von Austauschmetallen zu substituieren und somit eine Verbrauchsbremse zugunsten der Austauschmetalle herzustellen (Dederer: in: „Metallwirtschaft", 1935, Nr. 6).

teressen vergleichen, abwägen und, wenn nötig, zurückschrauben, um sie mit dem Allgemeinwohl in Einklang zu bringen. Hierbei wird zu berücksichtigen sein, daß gerade in der deutschen Metallwirtschaft durch Wiederinbetriebnahme oder durch Ausnutzung der Kapazität schon bestehender Gruben und Hütten einmal der Arbeitslosigkeit gesteuert wird und zum anderen die Kosten, die durch Nichtvollausnutzung der Kapazität entstanden waren, zu verringern, was dann den Verbrauchern in Form von Preissenkungen wieder zugute kommen wird.

Auf die Dauer gesehen wird Deutschland jedoch allein durch eine organische, nach staatswirtschaftlichen Richtlinien durchgeführte Preispolitik mit dem Ziel einer besseren Preisgestaltung den Vorsprung der durch Währungsentwertung bevorzugten Länder nicht einzuholen vermögen, wenn auch die Vorteile, die diese Länder mit ihrem Mehrabsatz augenblicklich haben, mit der Zeit immer geringer werden, da ihr Export zu Lasten der deutschen Absatzmöglichkeiten geht, was wiederum eine Einschränkung des deutschen Rohstoffbezugs aus diesen Ländern zur Folge hat, so fehlt ihnen noch die nötige Einsicht zur Verständigung. Für Deutschland ist im Moment jedoch ein vernünftiges inländisches Preisniveau zur Schaffung einer größeren Rohstoffbasis und damit zur Sicherung einer bestmöglichen Selbstversorgung unbedingt erstrebenswert.

B. Die staatliche Bewirtschaftung der Metalle.

1. Der Anlaß zur Metallbewirtschaftung.

Deutschland ist von jeher das hochqualifizierte Verarbeitungsland, in dem unter vielen anderen Veredelungsarbeiten die Metallverfeinerung eine nicht unerhebliche Rolle spielt. Die deutsche Metallindustrie ist, um ihre bestehende Kapazität voll ausnutzen zu können, auf den Absatz an den ausländischen Märkten angewiesen. Daß schon aus diesem Grunde Deutschlands Rohstoffversorgung eine große Bedeutung beizumessen ist, braucht somit wohl nicht erst bewiesen zu werden.

Die natürliche Erzarmut Deutschlands, die sich infolge der Gebietsabtretungen durch den Versailler Vertrag noch vergrößert hat, wurde vor dem Kriege und besonders in den Nachkriegsjahren durch das System der internationalen Arbeitsteilung ausgeglichen, d. h. wir bezogen einen großen Teil der notwendigen Rohstoffe aus dem Ausland und bezahlten diese Einfuhr entweder, wie vor dem Kriege, mit eigenem im Ausland investierten Kapital oder mit Fertigwaren, die teilweise aus diesen eingeführten Rohmaterialien hergestellt waren. Aus dieser Rohstoffabhängigkeit heraus erklärte es sich, daß fast alle Metalle zollfrei nach Deutschland hineinkamen, was jedoch die Devisenbilanz nicht unerträglich belastete, da durch den Export der Metallerzeugnisse ein erheblicher Devisenüberschuß entstand. Die gesamte deutsche Nichteisenmetallwirtschaft „produzierte" in starkem Maße Devisen und nur im Jahre 1928 während der Hochkonjunktur war ihre Devisenbilanz passiv, wurde jedoch in den folgenden Krisenjahren wieder sehr stark aktiv.

Im Jahre 1933 trat der Umschwung ein, nachdem sich schon das Sinken der deutschen Gold- und Devisenbestände trotz mehrerer Stillhalteabkommen seit 1931 in verstärktem Maße bemerkbar gemacht hatte. Der bis dahin erhebliche Aktivsaldo der Devisenbilanz der deutschen Nichteisenmetallindustrie schrumpfte erheblich zusammen. Diese Tendenz zur Passivierung war jedoch nicht nur bei der Nichteisenmetallindustrie festzustellen, sondern auch die Devisenbilanzen der gesamten deutschen Industrie wie Textil-, Maschinen-, Großeisen- und Papierindustrie verschlechterten sich z. T. noch stärker als die der Metallwirtschaft. Die Folge dieser rückläufigen Entwicklung war die im Jahre 1934 eintretende Passivität der Handelsbilanz. Im Folgenden seien kurz die Gründe und Ursachen, die Deutschland von einem Aktivland zu einem Passivland werden ließen, aufgezeigt.

Die nach der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus einsetzende Wirtschaftsbelebung, deren Hauptansatzpunkte jedoch in erster Linie in den Maßnahmen der Regierung zur Belebung des Binnenmarktes zu suchen sind, gliederte wieder eine große Zahl Erwerbsloser in den Wirtschaftsprozeß ein und steigerte damit unzweifelhaft die Kaufkraft des

Landes. Die Folge der einsetzenden Kaufkraftsteigerung war eine vermehrte Produktion, die wieder, sollten die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nicht ins Stocken geraten, eine vermehrte Einfuhr von industriellen Rohstoffen nach sich zog, da die einheimischen Werkstoffe trotz der geförderten Eigenversorgung bei weitem nicht zur Bedarfsdeckung der Nichteisenmetallindustrie ausreichten.

Trotz dieser nicht nur in Deutschland, sondern in vielen Industrieländern eingetretenen Wirtschaftsbelebung, die die Weltproduktion wieder fast auf den Stand von 1928 brachte, schrumpft der Welthandel immer mehr zusammen. Das Ausfuhrvolumen hat sich gegenüber 1928 um ca. 30% gesenkt. Diese Störung des Warenaustausches sieht man vielfach und das mit Recht als eine Folge des Weltkrieges an. Der jahrelange Abschluß der Landesgrenzen durch die feindliche Blockade hatte selbstverständlich die vor dem Kriege bestehenden Handelsbeziehungen gestört oder sogar zerstört. Deutsche Erzeugnisse gingen nicht mehr ins Ausland und die Länder, die bis dahin auf deutsche Waren weitgehend angewiesen waren, begannen, sich selbst eigene Industrien aufzubauen oder sich nach anderen Lieferanten umzusehen.

Diese Umwandlung der Weltwirtschaft durch den Krieg war dann in den Nachkriegsjahren gar nicht oder doch nur in beschränktem Maße wieder rückgängig zu machen.

Auf dem Gebiete der Metallwirtschaft waren wir nach dem Kriege in bezug auf die Preisentwicklung vollkommen vom Ausland abhängig. Die großen Produzentenländer hatten die Möglichkeit, durch eigenen hohen Zollschutz im Inland hohe Preise für ihre Erzeugnisse zu nehmen und somit auf dem Londoner Markt als dem Barometer des Weltmarktes mit einem großen Angebot zu niedrigsten Preisen aufzutreten. Verschärft wurde dieser Preisdruck durch eine ständig steigende Produktion derjenigen Länder, die bei den niedrigen Preisen noch Gewinne erzielten. Die deutschen Gruben und Hütten jedoch arbeiteten mit Verlust oder legten ihre Betriebe still, was zur Folge hatte, daß der deutsche Export an metallischen Rohstoffen oder Metallerzeugnissen eine erhebliche Beeinträchtigung erfuhr und der Konkurrenzkampf zwischen alten und neuen Exportländern sich langsam aber sicher zugunsten der neuen Ausfuhrgebiete entschied.

Einen anderen Grund für das auffallende Zurückbleiben des Welthandels gegenüber der gesteigerten Produktion bildete die anhaltende Abschließungstendenz des Auslandes durch Kontingentierungen, Devisensperren, Boykotte oder sonstige handelspolitische Maßnahmen. Jedes Land ließ sich von nationalwirtschaftlichen Grundsätzen leiten und versuchte, von sich aus die unvermindert andauernde Weltkrise zu bekämpfen, so daß der Welthandel, der ohnehin schon durch die Wirtschaftskrise stark geschrumpft war, noch mehr eingeengt wurde.

Diese Entwicklung — das ständige Rückwärtsschreiten der deutschen Bergwerks- und Hüttenerzeugung, bedingt durch die außerordentlich gesunkenen Weltmarktspreise mit der Folge einer zunehmenden Abhängigkeit

vom Auslandsmetall und damit eines vermehrten Devisenaufwandes bei gleichzeitigem Rückgang der Ausfuhrmengen und Exporterlöse und der Belebung des Binnenmarktes mit vermehrter Rohstoffnachfrage — hätte die deutsche Devisenbilanz stetig weiter belastet und verschlechtert und dadurch die großzügigen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen der Reichsregierung ins Stocken bringen können. Aus diesem Grunde war ein Eingreifen in Form einer Anpassung der notwendigen Rohstoffeinfuhren an die vorhandenen Zahlungsmöglichkeiten unbedingt notwendig. Von den beiden möglichen Wegen, wieder eine aktive Handelsbilanz zu erreichen, nämlich einmal durch eine Regelung der Einfuhr und andererseits durch Ausfuhrförderung, wurde, da die außerordentliche Knappheit an Deckungsbeständen zu raschem Handeln nötigte, der erstere als der im Augenblick kürzere und nicht so sehr vom Ausland abhängige beschritten.

2. Organisation und Maßnahmen der deutschen Metallbewirtschaftung.

Als erster Schritt zu einer staatlich gelenkten und betreuten Metallbewirtschaftung ist der Erlaß des Gesetzes über den Verkehr mit industriellen Rohstoffen[7] anzusehen. Mit dem Erlaß des Gesetzes beabsichtigte die Reichsregierung keineswegs wieder eine Zwangswirtschaft, wie die des Krieges, einzuführen, sondern das Gesetz wurde erlassen lediglich aus der Auffassung heraus, daß ein passives Verhalten des Staates in der deutschen Rohstoffrage nicht dazu angetan sei, die Devisenknappheit zu beheben, ja sogar ein Nichteingreifen wegen der engen Beziehung zwischen Rohstoffversorgung und Währungspolitik für diese ungünstige Folgen hätte haben können.

Das Gesetz bildet die Rechtsgrundlage für alle weiteren Maßnahmen auf dem Gebiete der neuen deutschen Rohstoffbewirtschaftung und gibt dem Reichswirtschaftsminister (RWM) die generelle Ermächtigung zu einer Überwachung und Kontrolle der deutschen Rohstoffeinfuhren. Auf Grund dieses aus devisenwirtschaftlichen Gründen erlassenen Gesetzes hat dann der RWM verschiedene Überwachungsstellen, von denen uns im Rahmen dieser Arbeit lediglich die Überwachungsstelle für unedle Metalle interessiert, errichtet[8] und sich damit ein ausführendes Organ seiner späteren Maßnahmen auf dem Gebiet der Metallwirtschaft geschaffen.

---

7) Gesetz über den Verkehr mit industriellen Rohstoffen und Halbfabrikaten vom 22. März 1934, durch die Verordnung vom 18. Juli 1934 durch die Einbeziehung auch der Fertigwaren in die Kontrolle erweitert, da neben den Rohstoffen es hauptsächlich die Fertigwaren waren, deren Einfuhr vor dem Erlaß des Gesetzes gestiegen war.

8) Die Überwachungsstelle für unedle Metalle (außer Eisen und Stahl) wurde errichtet durch die 1. und 2. Verordnung zum Gesetz über den Verkehr mit industriellen Rohst. und Halbfabrikt. vom 26. 3. 34 und 28. 4. 34.

Um den Aufbau der Überwachungsstelle zu sichern, war für eine Übergangszeit der Einkauf von Raffinadekupfer (Elektrolytcu und feuerraffiniertes Cu), soweit er die Einfuhr aus dem Ausland betraf, verboten[9]. Die ausländische Presse versuchte damals, diese Maßnahmen der Reichsregierung als eine handelspolitische Aktion Deutschlands gegen die ausländischen Lieferanten hinzustellen, um eine Handhabe für entsprechende Gegenmaßnahmen zu haben. Tatsächlich handelte es sich jedoch um Maßnahmen rein technisch- und organisatorischer Natur, um später die reibungslose Durchführung der Metallüberwachung zu gewährleisten. Es war nötig, durch Sperrung der Rohstoffkäufe erst einmal einen gewissen Ruhezustand herbeizuführen, um zuverlässige Feststellungen über die Vorräte einerseits und über den Rohstoffbedarf andererseits machen zu können, da ohne einwandfreie Unterlagen auch eine einwandfrei funktionierende Überwachung nicht möglich ist.

Vorerst glaubte man, daß die Schwierigkeiten der Devisenlage und im Außenhandel nur vorübergehender Natur seien und hatte die Hoffnung, daß die Berliner Schuldenkonferenz durch die Regelung der Auslandsschulden wieder neue Möglichkeiten für den deutschen Rohstoffbezug eröffnen werde. Als jedoch die erwartete befriedigende Lösung nicht eintrat, mußte man zu immer drastischeren Beschränkungen und Kürzungen der Devisenkontingente, die im Juli 1934 nur noch 5% des Jahresdurchschnitts 1929/30 betrugen, schreiten.

Diese Maßnahmen, die alle mehr oder weniger Notmaßnahmen darstellten, vermochten den Bezug der für die deutsche Industrie so lebenswichtigen Rohstoffe jedoch auf die Dauer nicht sicherzustellen. Aus diesem Grunde wurden diese Übergangsbestimmungen, zu denen auch die ersten Verordnungen über das Einkaufsverbot von Raffinadekupfer zählen, abgelöst durch das von Schacht auf der Leipziger Messe[10] bekanntgegebene System des „neuen Planes". Das bisherige System der Einfuhrüberwachung und Kontrolle einzelner Waren wurde durch diesen Plan ausgedehnt auf alle Einfuhrwaren, damit fortan die Bewirtschaftung der Einfuhr von einer Zentralstelle geleitet und gestaltet werden kann.

Die Not der Zeit gebot, daß der Rohstoffeinfuhr gegenüber der Einfuhr fertiger Waren eine Vorzugsstellung eingeräumt werden mußte, nicht nur in bezug auf die Versorgung für den einheimischen innerdeutschen Bedarf, sondern vor allem auf die Sicherung und Aufrechterhaltung der Erzeugung für die Wiederausfuhr. Der neue Plan trägt dieser Notwendigkeit Rechnung, indem er für Rohstoffe, die im verarbeiteten Zustand wieder ausgeführt werden, eine weitgehende Bezugsfreiheit gewärt[11]. Die Ein-

9) Zweite Durchführungsverordnung vom 26. 3. 34, dritte Durchf.-Verordng. am 26. 3. 34, sechste Durchf.-Verordng. vom 6. 5. 34.

10) Am 26. August 1934.

11) Runderlaß 113/34 der Reichsstelle für Devisenbewirtschaftung (Verzicht auf formale Vorschriften und Identitätsnachweis der Rohstoffe).

fuhr aller sonstigen Waren und Rohstoffe ist künftig abhängig einerseits von der jeweiligen Devisenlage und andererseits von der volkswirtschaftlichen Dringlichkeit des Bedarfs.

Rein technisch vollzieht sich die Einfuhrkontrolle so, daß der RWM und der Reichsernährungsminister (RfEL) in Verbindung mit der Reichsbankdirektion laufend die vorhandenen Devisenbestände feststellt und dann den einzelnen Gruppen bestimmte Devisenbeträge für ihre Einfuhrzwecke zuteilt.

Um den Grundsatz des neuen Planes, nicht mehr zu kaufen als Zahlungsmittel vorhanden sind, die Einfuhr also am Devisenaufkommen der deutschen Wirtschaft zu orientieren, durchzuführen und ihm Geltung zu verschaffen, ist der RWM durch die Verordnung vom 4. 9. 34 ermächtigt, den deutschen Warenverkehr neu zu regeln [12]. Diese Befugnisse und Ermächtigungen sind jedoch größtenteils auf die Rohstoffbeauftragten, d. s. die Leiter der neugeschaffenen oder bestätigten Überwachungsstellen [13] überwiesen worden, die dadurch weitgehende Vollmachten besitzen.

a) Die Organisation und die Aufgaben der Überwachungsstelle.

Mit ihrer Errichtung wurde die Überwachungsstelle für unedle Metalle, im folgenden kurz Überwachungsstelle genannt, zum hauptsächlichsten Träger der staatlichen Bewirtschaftung. Sie ist Körperschaft öffentlichen Rechts und steht unter Führung eines vom RWM eingesetzten Reichsbeauftragten, der die Überwachungsstelle gerichtlich und außergerichtlich vertritt. Dem Reichsbeauftragten kann ein Beirat zur Seite gestellt werden, der ihn in allen Fragen der deutschen Metallwirtschaft zu beraten hat. Die Mitglieder des Beirates werden vom RWM berufen und führen ihr Amt unentgeltlich als Ehrenamt.

Da die Überwachungsstelle als Körperschaft öffentlichen Rechts vermögensrechtlich selbständig ist, erhebt sie auf Grund einer vom Reichsbeauftragten mit Zustimmung des RWM erlassenen Gebührenordnung [14] zur Deckung ihrer Kosten verschiedene Gebühren, die den Charakter einer Umsatzsteuer tragen. Sie werden entweder für die Erteilung jeder Art von Bescheinigungen durch die Ust (Devisengebühren), für die Erteilung von Bedarfsbescheinigungen durch die Ust (Verkehrsgebühr) oder für die Verlängerung der Gültigkeitsdauer einer Bescheinigung erhoben. Die Devisengebühr berechnet sich nach dem Rechnungsbetrag, auf den die Bescheinigung lautet und beträgt 3 $^0/_{00}$. Die Verkehrsgebühr hingegen berechnet sich nach dem Gewicht (je 100 kg) der auf der Bescheinigung angegebenen

12) Verordnung über den Warenverkehr vom 4. 9. 34 (RGBl. I, S. 816).

13) Die USt wurde durch die Verordnung über den Warenverkehr bestätigt, da sie schon im März 1934 errichtet wurde.

14) Erste Gebührenordnung vom 15. 9. 34 (Reichsanz. Nr. 216 vom 15. 9. 34). Zweite Geb.-Ordng., die die erste außer Kraft setzt, vom 16. 1. 1935.

Nichteisenmetallmengen und ist im Verhältnis zum Preis des Metalles ziemlich gering.

Durch den Erlaß der Gebührenordnung soll vermieden werden, daß die Kosten der Überwachungsstelle von der Allgemeinheit durch Einstellung in den Etat des RWM getragen werden, man will vielmehr die von der Bewirtschaftung betroffenen Wirtschaftszweige direkt belasten.

Um die Durchführung der von der Ust getroffenen Maßnahmen zu gewährleisten, ist die Ust berechtigt, im Sinne der Verordnung über Auskunftpflicht [15] Auskünfte irgendwelcher Art von den an der deutschen Metallwirtschaft beteiligten Verarbeitern und Händlern zu fordern und sie kann im Falle der Nichtbefolgung ihrer Vorschrift und Maßnahmen von sich aus Strafen festsetzen.

Die Zuständigkeit der Ust. erstreckt sich über sämtliche Erze [16] und Zwischenprodukte, sowie auf sämtliche unedlen Metalle, wobei der Verarbeitungszustand keine Rolle spielt [17].

Um eine unterschiedliche Behandlung in bezug auf Einkauf, Lagerung, Verbrauch und Verwendung einfacher und reibungsloser durchführen zu können, ist die Vielzahl der Metalle im Bereiche der Überwachungsstelle in sogenannte Klassengruppen eingeteilt, die wiederum in Metallklassen und Materialgruppen aufgeteilt sind [18]. So wird z. B. Kupfer unter der Klassengruppe VIII geführt, mit den Metallklassen A (Cu nicht legiert) und B (Zusatzlegierungen). Diese Metallklassen A und B zerfallen wieder in Materialgruppen, je nachdem, ob es sich um Vor-, Roh-, Halb- oder Abfallmaterial handelt. Ferner sind sämtliche Betriebe, die irgendwie Metalle gewinnen, verarbeiten oder damit handeln, in Betriebsgruppen zusammengefaßt [19]. So unterscheidet die Ust zwischen Betrieben der Metallgewinnung, Betrieben der ersten, zweiten und weiteren Verarbeitungsstufe und den Metallhändlern.

Auf der Grundlage dieser Einteilung der Metalle sowie der Betriebe, die sie verarbeiten, erläßt die Ust ihre Anordnungen und Maßnahmen auf dem Gebiete der Metallwirtschaft, die im einzelnen in den folgenden Kapiteln dargestellt werden sollen.

b) Die Aufgaben der Überwachungsstelle.

Die Hauptaufgabe der Überwachungsstelle besteht in der Regelung der Rohstoffeinfuhr nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten, d. h. die Überwachungsstelle entscheidet jetzt darüber, ob die Einfuhr der verschiedensten

15) Verordnung vom 13. 7. 1923, Reichsges.Bl. I, S. 723.

16) Außer Manganerz, das der Ust für Chemie unterstellt ist.

17) Hierher gehören Roh-, Raffinade-, Blockmetalle, Abfälle und Rückstände.

18) Anordnung 12 der Ust. vom 25. 9. 34, ersetzt durch Anordnung 27 vom 26. 4. 1935, § 1, 2 (Reichsanz. Nr. 102 vom 3. 5.), in Kraft ab 4. 5. 1935.

19) Anordnung 14 der Ust. vom 25. 9. 34.

Rohstoffe einem dringenden Bedürfnis der deutschen Wirtschaft entspricht oder nicht und überdies, ob die Einfuhr mit den zur Verfügung stehenden Devisen bezahlt werden kann. Hierdurch wird einmal erreicht, daß die Einfuhr nicht mehr wahllos erfolgt, sondern sich nach dem jeweiligen Devisenstand richtet und zum anderen, daß das Ausland die Bezahlung seiner Einfuhren nach Deutschland wieder gesichert sieht.

Um die Regelung der Einfuhr möglichst schnell und reibungslos durchzuführen, ist es die Aufgabe der Überwachungsstelle, sich ständig umfassend darüber zu unterrichten, welche Mengen an metallischen Rohstoffen in bestimmten Zeitabschnitten gebraucht werden, um einen etwaig eintretenden Mangel rechtzeitig und schnell beseitigen zu können.

Eine weitere Aufgabe der Überwachungsstelle besteht darin, daß sie alle die Betriebe, die für den deutschen Export arbeiten, in der Zuverfügungstellung von metallischen Rohstoffen bevorzugt, um so den deutschen Export, der die Devisen für eine weitere Rohstoffeinfuhr ins Land bringt, zu steigern oder wenigstens auf seiner jetzigen Höhe zu halten [20]. Die Sicherung der Rohstoffe für die Exportindustrie allein genügt jedoch nicht, die Überwachungsstelle muß vielmehr eine Möglichkeit schaffen, die bestehenden Weltmarktpreise für Exportwaren innezuhalten, um konkurrenzfähig zu bleiben.

Auf dem Binnenmarkt liegen die Aufgaben der Überwachungsstelle hauptsächlich auf dem Gebiete der Preisbildung. Die Erweiterung und der Neuaufbau unserer Produktionsstätten sowie die Eingriffe in den freien Mengenausgleich durch Verbrauchs- und Bezugsregelungen machen eine Einflußnahme auf die Preisbildung unumgänglich notwendig, damit die Erzeuger wie auch die Verbraucher durch gerechte Preise vor Übervorteilungen geschützt werden.

Neben diesen hauptsächlichsten Bewirtschaftungsaufgaben der Überwachungsstelle stehen noch viele andere, wie die lückenlose Erfassung der Metallvorräte, die Lenkung des Verbrauchs und des Metallstromes durch eine weitgehende Aufklärungsarbeit, wie überhaupt der Wirtschaft zu helfen und ihr auf Grund vieler gesammelter Unterlagen neue Wege zu zeigen, um dann schließlich an die Stelle der bisherigen Bewirtschaftungsmaßnahmen den organischen Ausgleich zwischen dem Bedarf an Metallen und ihrer Deckungsmöglichkeit setzen zu können.

c) Die Maßnahmen der Überwachungsstelle zur Regelung der deutschen Metallwirtschaft.

Die große Zahl der Nichteisenmetalle und die noch größere Zahl ihrer Verarbeitungs- und Verwendungszwecke erforderte selbstverständlich, sollte ihre Bewirtschaftung bis ins kleinste durchgeführt werden, sehr viele verschiedene Anordnungen und Maßnahmen der Überwachungsstelle. Dabei

20) Runderlaß 1/34 der Ust. für unedle Metalle vom 21. 9. 1934.

ließ es sich nicht vermeiden, daß einige von den in den letzten zwei Jahren erlassenen Anordnungen inzwischen wieder außer Kraft gesetzt und durch neue Maßnahmen ergänzt worden sind. Doch alle Bewirtschaftungsmaßnahmen, die bisher getroffen sind, und noch weiter erlassen werden, strebten und werden auch in Zukunft nur dem einen Ziel entgegenstreben, nämlich der Zusammenfassung und der weitgehendsten Vereinfachung der Bewirtschaftungsvorschriften, um die Wirtschaft nicht unnötig zu belasten.

Infolge der mannigfaltigen Maßnahmen ist es nun sehr schwer, den roten Faden der Metallbewirtschaftung zu erkennen und es soll darum im folgenden nur auf die noch in Kraft befindlichen Anordnungen eingegangen und nur in soweit schon aufgehobene Vorschriften berücksichtigt werden, als sie zum Verständnis unbedingt notwendig erscheinen.

α) Die Regelung des Verkehrs mit unedler Metallen (Einkauf) im Inland.

Nach ihrer Errichtung mußte die Überwachungsstelle zunächst, um weitere Vorschriften über den Einkauf, Verarbeitung, Verwendung, Lagerung und Preise erlassen zu können, eine allgemeine Meldepflicht derjenigen Betriebe, Kommunen und Privatpersonen einführen, die unedle Metalle herstellen, verarbeiten oder auf Lager haben [21]. Auf Grund dieser Anordnung 2 wurde dann eine weitere Vorschrift erlassen[22], wonach den Betrieben und Privatpersonen, die vor dem 27. März 1934 nicht gewerbsmäßig am Verkehr mit unedlen Metallen beteiligt waren, der Einkauf der Metalle und die Verfügung darüber nur mit Genehmigung der Überwachungsstelle gestattet wurde. Jedoch auch diese Anordnung blieb nicht bestehen und wurde durch die Anordnung 35 [23] ersetzt, die im Gegensatz zu ihrer Vorgängerin in das Verbot des Einkaufs und der Verfügung noch das Halbmaterial [24] und zwar in sämtlichen Metallklassen mit einbezog, während bis dahin nur alle unedlen Metalle (Vor- und Rohmetalle, deren Legierungen sowie Altmetall, Bruch und Abfälle) davon betroffen wurden [25].

Weit schärfer gefaßt ist auch die Genehmigungspflicht, die jetzt beinahe einem Investitionsverbot gleichkommt. Der Verkehr (Einkauf und Verfügung) mit unedlen Metallen bedarf jetzt der Einholung einer vorherigen schriftlichen Genehmigung der Ust (A. 35, § 2). Unter das Einkaufsverbot fallen jedoch nicht diejenigen Gewerbetreibenden, die sich bei Inkrafttreten der A. 35 bereits mit Erlaubnis gewerbsmäßig am Verkehr mit unedlen

21) Anordnung 2 vom 2. 5. 34 (Reichsanzeiger Nr. 101 vom 2. 5. 34.)
22) Anordnung 5 vom 3. 7. 34 (Reichsanzeiger Nr. 156 vom 7. 7. 34).
23) Anordnung 35 vom 25. 2. 36 betr. Verkehr mit unedlen Metallen.
24) Gemäß § 2 der Anordnung 27 vom 26. 4. 35.
25) Verordnung über unedle Metalle vom 26. 3. 34, § 1 Abs. 3 und die 2. Verordnung über unedle Metalle vom 28. 4. 34.

Metallen beteiligt haben und ihr künftiger Verkehr die unmittelbare Fortsetzung des gewerbsmäßig betriebenen Verkehrs im Rahmen des gleichen Unternehmens darstellt (§ 2, Abs. 2).

Ist die Genehmigung erteilt, so unterliegen die Betriebe (Metallgewinnung, Verarbeitung und Metallhandel) hinsichtlich des Verkehrs mit unedlen Metallen in Form von Vor-, Roh- und Abfallmaterial keinerlei mengenmäßigen Beschränkungen [26]. Jedoch dürfen Metallgewinnungs- und Verarbeitungsbetriebe nur Metalle derjenigen Metallklassen einkaufen, die sie unmittelbar für den eigenen Betrieb benötigen. Die Verarbeitungswerke haben allerdings noch das Recht, Metalle zur Umarbeitung in anderen Betrieben einzukaufen, wenn sie die daraus hergestellten Erzeugnisse im eigenen Betrieb verarbeiten wollen.

Händler dürfen unedle Metalle nur in denjenigen Metallklassen und Materialgruppen einkaufen, in denen sie diese regelmäßig zur Bedarfsbefriedigung ihrer Kundschaft benötigen. Alle anderen Personen und Betriebe können Metalle nur in den Mengen kaufen, die sie im eigenen Betrieb verbrauchen.

Die Zulässigkeit des Einkaufs gibt jedoch, wie man vielleicht annehmen könnte, keinerlei Anspruch auf eine Zurverfügungsstellung und Versorgung mit Metallen.

Da einzelne Verarbeiter sich nun, um keinen Mangel an zu verarbeitenden Rohstoffen zu leiden, große Vorräte angehäuft und außerdem noch die Erzeugung der deutschen Metallhütten vertraglich gesichert hatten, und andere Verarbeiter infolgedessen nicht über ausreichende Metallmengen verfügten, so daß ihnen von der Ust., um Stillegungen zu vermeiden, Devisen zur Metalleinfuhr bereitgestellt werden mußten, wurde, um diesem Übel zu begegnen, auf Grund der Verordnung über unedle Metalle vom 26. März 1934 eine Anordnung erlassen [27], wonach der Einkauf und die Lieferung oder Zurverfügungstellung von unverarbeiteten Metallen in Form von Rohmetall, raffiniertem Metall und Remelted-Metall im Inlandsverkehr nur noch gegen sogenannte Bedarfsscheine erfolgen darf.

Es darf ohne Rücksicht auf irgendwelche Eigentumsverhältnisse, da der Vorgang der Lieferung das Entscheidende ist, keine Besitzverschiebung ohne Bedarfsbescheinigung mehr stattfinden. Selbst Betriebe, die Metalle gewinnen und sie in eigenen Betriebsabteilungen oder Zweigniederlassungen weiterverarbeiten, dürfen diese Metalle nur gegen Bedarfsbescheinigung an diese Stellen weitergeben (§ 4 Anordnung 29).

Die Bedarfsscheinpflicht kann auch nicht etwa dadurch beseitigt oder umgangen werden, daß ein Metall, das wirtschaftlich oder technisch zur

26) Anordnung 37 vom 27. 2. 36 betr. Einkauf und Verkauf von unedlen Metallen. Dadurch außer Kraft Anordnung 15 vom 4. 10. 34 (Reichsanz. Nr. 234 vom 6. 10. 34).

27) Anordnung 9 vom 30. 7. 34, sowie Anordnung 29 (Reichsanz. vom 3. 5. 34) mit Bekanntmachung 5. (Damit Anordnung 20 vom 8. 12. 34 (Reichsanz. N. 296 vom 19. 12. 34) und Bekanntmachung 4 außer Kraft.

Verwendung als Rohmaterial bestimmt ist, eine Formgebung erhält, die durch seinen Verwendungszweck nicht bedingt ist. Ebenso sind alle Lieferungen von Rohmaterialien auf Grund von sogenannten Tausch- oder Umarbeitungsgeschäften [28] der Bedarfsscheinpflicht unterworfen.

Lediglich Mengen bis 10 bezw. 3 kg sind nicht bedarfsscheinpflichtig, jedoch darf die Summe im Laufe eines Monats keinesfalls die dreifache Menge der Freigrenze überschreiten [29].

Um dringenden unaufschiebbaren Ausbesserungsarbeiten gerecht zu werden, sind die nachweislich hierfür erforderlichen Metallmengen ebenfalls von der Bedarfsscheinpflicht befreit, jedoch hat der Lieferer der Ust. den Namen des Beziehers und die Art der Ausbesserungsarbeit sofort zu melden.

Ein großer Posten, der außerdem noch von dem Bescheinigungszwang freigeblieben ist, sind die Altmetalle (Metallschrott). Ist das Altmetall dagegen wieder eingeschmolzen zu sogenanntem Remelted-Metall, so wird es genau wie Rohmetall behandelt und unterliegt der Bedarfsscheinpflicht.

Wenn Material auf Grund einer Devisenbescheinigung unmittelbar an den Empfänger, der in dieser Devisenbescheinigung genannt ist, geliefert wird, so wird die Bedarfsbescheinigung durch die Devisenbescheinigung ersetzt, doch ist der Lieferer verpflichtet, die erfolgte Lieferung der Ust. anzuzeigen.

Die Anmeldung des Bedarfs, wobei den Anträgen auf Ausstellung der Bedarfsbescheinigung der voraussichtliche Bedarf für einen Kalendermonat zugrunde zu legen ist, erfolgt je nach Art und Größe des Betriebes bei verschiedenen Stellen. Betriebe, die im Monat nicht mehr als 1000 kg Metallinhalt der Klassengruppen Blei, Kupfer, Kupferlegierungen und Zink oder nicht mehr als 50 kg Metallinhalt Zinn benötigen, also die Kleinverbraucher, melden ihren Bedarf, soweit sie reine Handwerksbetriebe sind, beim Reichsstand des deutschen Handwerks an, die übrigen Betriebe bei ihrer zuständigen Industrie- und Handelskammer. Großverbraucher und Händler dagegen können ihre Anträge nur an die Ust. richten (§ 7).

Der Antrag auf Ausstellung einer Bedarfsbescheinigung kann grundsätzlich nur von demjenigen gestellt werden, der das Rohmaterial beziehen oder sonstwie Rechte daran erwerben will. Bei der Umarbeitung von Altmetall zu Rohmetall, dem sogenannten Umarbeitungsgeschäft, stellt der Auftraggeber den Antrag auf Ausstellung der Bedarfsbescheinigung. Wird dagegen Rohmaterial auf anderes Rohmaterial umgearbeitet, so hat jede Partei den Bedarfsschein zu beantragen und zwar nur für das Material, das sie beziehen will.

Die Bedarfsbescheinigungen dürfen weder vor noch nach dem angegebenen Gültigkeitsmonat benutzt und weitergegeben werden und müssen

28) Vgl. S. 82.

29) Für Neusilber und Kupfer-Nickellegierungen sowie für nicht legiertes Zinn gelten die Freigrenzen nicht.

zurückgesandt werden, wenn die in ihnen angegebenen Metallmengen durch Ausstellung von sogenannten Belegscheinen, die zum Bezuge dieser Metallmengen von den einzelnen Lieferern erforderlich sind, erschöpft sind oder wenn die Gültigkeitsdauer von einem Monat um eine Woche überschritten ist.

Die Umarbeitungsgeschäfte.

Um die bei den einzelnen Entfallstellen zum größten Teil eingefrorenen Altmetallmengen wieder aufzutauen und sie den Verarbeitungswerken zur Verarbeitung auf Metallhalbzeug zur Verfügung zu stellen, erließ die Ust. am Anfang ihrer Tätigkeit die Anordnung 11, die später durch Anordnung 28 ersetzt wurde[30]. Bei dieser Regelung handelte es sich um solche Geschäfte, bei denen bei einem Halbzeuglieferanten Halbmaterial bestellt wurde und der Lieferer des Halbmaterials dafür von dem Bezieher Abfallmaterial, jedoch kein Rohmaterial, verlangen konnte. Der Kunde hat es nicht nötig, von sich aus bei der Bestellung von Halbzeug sein Altmaterial anzubieten, auch hatte andererseits der Lieferer kein Recht, seinem Abnehmer die Lieferung des Abfallmaterials an einen Verhüttungsbetrieb oder einen Händler zu untersagen.

Als dem Hauptträger der Metallbewirtschaftung ist es für die Ust. jedoch unbedingt notwendig, sich eine genaue Kontrolle und Übersicht über das umlaufende Material zu verschaffen. Das war durch diese eben geschilderten Tausch- und Gegenseitigkeitsgeschäfte nicht immer möglich. Aus diesem Grunde wurde die Anordnung 28 ersetzt durch die Anordnung 37[31], die Tausch- und Gegenseitigkeitsgeschäfte verbietet (§ 9), so daß jetzt nicht mehr die Abgabe von Metallen von der Gegenlieferung anderen Materials oder sogar anderer Leistungen abhängig gemacht werden kann. Lediglich einige besonders definierte Umarbeitungsgeschäfte sind noch von diesem Verbot ausgenommen (§ 9, Abs. 3).

β) Die Regelung des Einkaufs vom Ausland.

Die Einfuhr oder der Einkauf von Erzen, Rohmetallen und Metallabfällen aus dem Auslande ist grundsätzlich nicht verboten. Das Einkaufsverbot, das bei Errichtung der Ust. eingeführt worden war, ist bereits, nachdem es allerdings mehrmals verlängert worden war, am 31. Mai 1934 aufgehoben worden. Seitdem ist die Einfuhr aller metallischen Werkstoffe frei, unterliegt aber verschiedenen Beschränkungen. Auf Grund des Gesetzes über wirtschaftliche Maßnahmen vom 3. Juli 1934[32] wurde am 22. September 1934 eine Verordnung über ausländische Waren[33])

30) Anordnung 11 vom 25. 9. 34, Anordnung 28 (Reichsanz. Nr. 102 vom 3. 5. 1934), zusammen mit Bekanntmachung 3 vom 22. 10. 1934.

31) Siehe Anmerkung S. 80.

32) Reichsgesetzbl. I, S. 565.

33) Reichsgesetzbl. I, S. 843. (Verordnung über ausländische Waren).

erlassen, wonach es verboten ist, für aus dem Ausland bezogene Waren, die der RWM durch Bekanntmachung vom 3. Oktober 1934[34] bezeichnet hat, im Inlande einen höheren Preis zu verlangen oder sich zahlen zu lassen, als den allgemein gültigen, am Tage des inländischen Verkaufs bestehenden Auslandsmarktpreis für Waren gleicher Art und Güte zuzüglich des handelsüblichen Gewinns und der Kosten[35]. Die im Inland zulässigen Preise dieser eingeführten Waren werden jeweilig von der Ust. festgestellt, die auch bei Nichteinhaltung dieser Preise erhebliche Strafen verhängen kann.

Vom 24. September 1934 ab erteilen die Ust. als Organe der Devisenbewirtschaftung für Einfuhrgeschäfte Devisenbescheinigungen, die den Zollstellen bei der Abfertigung vorzulegen sind und in Verbindung mit einer von der Zollstelle auszufertigenden Bescheinigung zur Bezahlung der Einfuhr berechtigen. In welchem Umfange Devisenbescheinigungen von der Ust. ausgegeben werden können, wird laufend vom RWM im Einvernehmen mit der Reichsbank festgestellt.

Einfuhren ohne diese Devisenbescheinigungen sind zwar nicht verboten, jedoch ist seit Juli 1935 eine erhebliche Verschärfung der Devisenkontrolle eingetreten[36], weil derartige Einfuhren zu neuer Warenverschuldung führen und deshalb im Gegensatz zum „Neuen Plan" stehen.

Der Einführer hat bei Abfertigung bestimmter Waren zum freien Verkehr des deutschen Zollgebiets oder zum Vormerkverkehr im weiteren Sinne einschließlich des Zollsicherungsverkehrs eine Devisenbescheinigung oder ein entsprechendes Ersatzpapier der Ust. nötig, da ohne diese Papiere keine zollamtliche Abfertigung vorgenommen wird.

Neben den Devisenbescheinigungen, die zur sofortigen Bezahlung an die Rohstofflieferer berechtigen, erteilt die Ust. noch verbindliche Zusagen für solche Fälle, in denen die Bezahlung der eingeführten Waren erst in einem späteren Zeitpunkt erfolgt. Werden Waren und Rohstoffe im Wege des Tausch- und Verrechnungsgeschäftes, ebenso des Rohstoffkreditgeschäftes eingeführt, so hat der Importeur bei der Bezahlung oder der Abdeckung des Kredites aus dem Devisenerlös der Ausfuhr vorher die Genehmigung der örtlich zuständigen Devisenstelle einzuholen. Nach der erfolgten Einfuhr unterliegt das gesamte Material der oben bereits geschilderten inländischen Einkaufsregelung.

Im gleichen Maße wie die Einfuhr unterliegt auch die Ausfuhr metallischer Rohstoffe aus Deutschland gewissen Beschränkungen. Nachdem schon seit dem 22. Nov. 1933 Ausfuhrzölle für Gekräze, Aschen, Abfälle und Bruch von Nichteisenmetallen eingeführt worden waren, besteht seit

34) Reichsanz. Nr. 237 vom 5. 10. 34. Darunter fallen Bauxit und Aluminium, Pb, Cu, Zn, Sn, Erze — Metalle — Legierungen und Halbfabrikate.

35) § 1 der Verordnung über ausländische Waren.

36) Zweite Durchführungsverordnung zum Gesetz über Devisenbewirtschaftung vom 24. 7. 35.

dem 27. Juni 1934 ein Ausfuhrverbot für Kupfer in Form von Aschen und Rückständen, Abfallmaterial, Rohmaterial, sowie Kupferlegierungen.

γ) Vorschriften über die Verarbeitung und Verwendung von Metallen. Die Verarbeitung für den Inlandsbedarf.

Neben einer ganzen Anzahl von speziellen Verwendungsverboten für unedle Metalle, die weiter unten dargestellt werden sollen, besteht seit dem 4. Vierteljahr 1934 eine generelle Verbrauchsregelung, in der den Betrieben ein bestimmtes Verbrauchsvolumen vorgeschrieben ist. Von dieser Regelung werden jedoch nur die Betriebe der sogenannten ersten Verarbeitungsstufe betroffen, das sind solche Betriebe, die Rohmetall, Remelted-Metall oder Metallinhalt in anderer Form herstellen.

Die Verarbeitung von Abfallmaterial wird soweit eingeschlossen, als sie zur Herstellung von Rohmaterial zum eigenen Verbrauch dient.

Die bisherigen Verbrauchskontingente[37]) hatten zur Errechnungsgrundlage das 1. Vierteljahr 1934 und gingen vom Gesamtverbrauch dieses Vierteljahres aus. Die in den Anordnungen 1, 13 und 21 festgelegten Verbrauchskontingente galten jedoch nur für den inländischen Metallverbrauch und ließen den Bedarf an Metallen für Ausfuhrzwecke unbeschränkt frei, so daß die herausgegebenen Prozentsätze des 1. Vierteljahres 1934, die die Betriebe der ersten Verarbeitungsstufe nur mit Genehmigung der Ust. überschreiten durften, nicht der tatsächlichen Einschränkung entsprachen. Je größer der Anteil des tatsächlichen Exports an dem als Grundlage der Errechnung der Verbrauchsquoten dienenden Gesamtverbrauchs im 1. Vierteljahr 1934 war, um so kleiner war auch der Grad der Verbrauchseinschränkung, so daß diese Verbrauchsregelung zweifelsohne als nicht ganz gerecht bezeichnet werden konnte. Hinzu kommt noch, daß die kurze Spanne von einem Vierteljahr keine allzu genauen Vergleichsmaßstäbe zu liefern imstande war. Diese Unregelmäßigkeiten der Verbrauchsquotierung gaben schließlich den Anlaß zu einer Neuregelung der Grundlagen für die Quotenbildung.

Auf Grund der Anordnung 30 gilt ab Mai 1935 als Basis der neuen Inlandsverbrauchsregelung der Inlandsabsatz im ganzen Kalenderjahr 1934. Ebenso ist nicht mehr der Gesamtverbrauch in diesem Zeitraum maßgebend für die Verbrauchskontingente, sondern nur noch der Verbrauch ausschließlich der Mengen für die eigene Ausfuhr der ersten Verarbeitungsstufe (§ 6).

---

37) Vgl. Die Anordnung 1 und die Anordnung 13 vom 25. 9. 34, sowie die Anordnung 21 vom 12. 12. 34 (Reichsanz. Nr. 299 vom 22. 12. 1934). Diese Anordnungen außer Kraft gesetzt durch die Anordnungen 30 vom 29. 4. 35, Reichsanz. Nr. 104 vom 6. 5. 35 und Anordnung 31 mit Bekanntmachung 7 (Reichsanz. Nr. 149 vom 29. 6. 35).

Durch die zeitliche Begrenzung aller Verbrauchsanordnungen der Ust., auch der Anordnung 30, die nur Verbrauchsquoten für Mai und Juni 1935 festsetzte, entstanden bei Ablauf eines Verbrauchsabschnittes jedesmal Unklarheiten über die Gültigkeit der verschiedenen Verbrauchsquoten. Dieser Tatsache, die der Ust. durch den vermehrten Eingang von Anfragen eine größere kostspieligere Verwaltungsarbeit eintrug, sucht man durch die neueste, seit dem 1. Juli 1935 in Kraft getretene Anordnung 31 wirksam entgegenzutreten. Die Anordnung 31 gilt vorläufig ohne jede zeitliche Begrenzung[38].

Die auf den durchschnittlichen Monatsverbrauch 1934 bezogenen Verarbeitungsquoten sind jetzt folgendermaßen festgesetzt[39]:

	Anordnung 13 in %	Anordnung 30 in %	Anordnung 31 in %
III. Blei A, Pb, nicht legiert	65	45	30
B, Hartblei	75	45	30
C, Spezial-Lagermetalle auf Bleibasis	130	200	150
D, andere Bleilegierungen	50	60	40
VIII. Kupfer A, nicht legiert	50	40	30
XIX. Zink, A, Feinzink	100	80	80
C, Rohzink	100	80	80
D, Speziallagermetalle auf Zinkbasis	—	200	150
XX. Zinn, A, nicht legiert	30	30	30
B, Mischzinn	80	60	60
C, Lötzin über 10% Sn-Gehalt	—	80	80
F, andere Zinnlegierungen	50	60	60

Ein Vergleich der Verbrauchsquoten der Anordnungen 30 und 31 mit der bisherigen Verbrauchsregelung ist wegen der oben schon beschriebenen Änderung der Berechnungsbasis schwer möglich, doch erwecken die Prozentsätze den Eindruck, daß die Möglichkeiten für den Verbrauch von unedlen Metallen durch die Vorschriften der Anordnung 31 weiter beschränkt worden sind.

Um eine Umstellung auf Kupferzusatzlegierungen und Aluminiumlegierungen zu fördern, sind diejenigen Mengen unedler Metalle von der Verbrauchsregelung befreit, die zur Herstellung von Aluminiumlegierungen mit mindestens 90% Aluminiumgewichtsanteil verwendet werden.

---

38) An ihrer Stelle können jedoch für bestimmte Zeitabschnitte Sonderregelungen für den Verbrauch getroffen werden, doch treten nach deren Ablauf, sofern nicht wieder Sondervorschriften erlassen werden, automatisch wieder die Verbrauchsquoten der Anordnung 31 an die Stelle dieser Sonderregelungen (Sonderregelung vom 1. 7. 35 bis zum 30. 9. 35).

39) Die Einteilung der Metalle nach Metallklassen und -gruppen gemäß der Anordnung 27 (Reichsanz. Nr. 102 vom 3. 5. 35) gilt auch hier.

Überschreitungen der durch die Verbrauchsregelung freigegebenen Mengen sind nur mit Genehmigung der Ust. möglich. Sie werden jedoch nur in Ausnahmefällen gestattet, insbesondere zur Herstellung von Erzeugnissen für öffentliche Bedarfsträger, wenn von diesen die Notwendigkeit bescheinigt wird. Werden die Verbrauchsquoten ohne jede Genehmigung überschritten, so macht sich der betreffende Betrieb strafbar. Ebenso sind Verschiebungen zwischen einzelnen Metallklassen nur mit vorheriger Genehmigung der Ust. erlaubt. Die Genehmigung wird nur dann erteilt, wenn der Mehrverbrauch eines nicht so wertvollen und seltenen Metalls durch den geringeren Verbrauch wertvoller Metalle ausgeglichen wird. Damit ist den Verarbeitern ein Fingerzeig gegeben, wie sie mengenmäßig die ihnen auferlegten Beschränkungen mildern können.

Die Verarbeitung für die Ausfuhr.

Für alle diejenigen Betriebe, die irgendwie für den deutschen Exportbedarf arbeiten und damit Devisen ins Land hereinbringen, mußte von vornherein eine Sonderregelung für die Verarbeitung von Metallen getroffen werden, um ihnen unbeschränkt die nötigen Metallmengen zur Verfügung stellen zu können. Die Erfassung des Bedarfes für Ausfuhrzwecke geschieht je nachdem es sich um Betriebe der ersten, zweiten oder weiteren Verarbeitungsstufe handelt, auf verschiedene Art und Weise.

Der Verbrauch und die Verarbeitung von Roh- oder Abfallmaterial für die Herstellung von Erzeugnissen, die ein Betrieb der ersten Verarbeitungsstufe unmittelbar selbst ausführt, unterliegt keinen Einschränkungen, sondern ist absolut quotenfrei[40]. Die Betriebe der ersten Verarbeitungsstufe brauchen über ihren Verbrauch für Ausfuhrzwecke keinen besonderen Nachweis erbringen, sondern es genügt, wenn der Betrieb seinen Verbrauch buchmäßig nachweisen kann. Dieses Geschäft gilt ebenfalls als unmittelbare Ausfuhr durch den Hersteller, wenn ein Ausfuhrhändler für Rechnung des Herstellers, also als Agent oder Kommissionär ein Ausfuhrgeschäft ausführt. Er hat nur den Nachweis über den Verbrauch dadurch zu führen, daß er bei der zuständigen Handelskammer seinen Auftrag nachprüfen läßt und nachher die Ausfuhr der von dem Hersteller bezogenen Erzeugnisse der Handelskammer nachweist.

Die unbeschränkte Zurverfügungstellung von Rohmaterialen für die Ausfuhr ist jedoch nicht nur auf die erste Verarbeitungsstufe beschränkt, sondern auch ausgedehnt auf die weiteren Verarbeiter und Verbraucher der Erzeugnisse der ersten Verarbeitungsstufe. Soweit die zweite Verarbeitungsstufe (Metallwarenfabriken) Erzeugnisse[41] der ersten Verarbeitungs-

40) Anordnung 13 und Anordnung 30, sowie Ausführungsbestimmungen der Ust. zu Anordnung 13 vom 29. 9. 34.

41) Gemäß Anordnung 13 beschränkte sich die Regelung nur auf Halbmaterial, seit der Anordnung 30 erstreckt sie sich auf alle Erzeugnisse der ersten Verarbeitungsstufe.

stufe als Material, Bestandteil oder Zubehör für ihre eigenen, für den Export bestimmten Artikel benötigen, können sie bei der Ust. sogenannte Ausfuhrverbrauchsscheine beantragen, die dann dem Betrieb der ersten Verarbeitungsstufe eingereicht werden[42]. Die Ausstellung der Ausfuhrverbrauchsscheine ist gebührenfrei.

In diese Ausfuhrverbrauchsscheine können auch diejenigen Mengen mit eingeschlossen werden, die ein Ausfuhrhändler exportiert, wenn er den Betrieben der zweiten Verarbeitungsstufe durch einen Auftrag mit einem Prüfungsvermerk der Handelskammer nachweist, daß er ihre Erzeugnisse für die Ausfuhr benötigt.

Ferner können in diesen Ausfuhrverbrauchsscheinen diejenigen Mengen zusammengefaßt werden, die der Antragsteller, das ist der Verarbeiter oder Verbraucher von Erzeugnissen der ersten Verarbeitungsstufe, zur Lieferung von Erzeugnissen an seine unmittelbaren Abnehmer benötigt. Der Abnehmer muß dem Verarbeiter und Verbraucher von Erzeugnissen der ersten Verarbeitungsstufe nur die schriftliche Versicherung (Ausfuhrbedarfserklärung, amtlich vorgedruckt) geben, daß diese Artikel tatsächlich von ihm für Ausfuhrzwecke benötigt werden und diese Zubehör- oder Bestandteile weder aus eigenen Lagerbeständen noch durch andere Aufträge entnommen bzw. erhalten werden können.

Die Verwendungsverbote der Überwachungsstelle.

Die Ust. für unedle Metalle hat, um den Bedarf an Metallen der weiterverarbeitenden Industrie (zweite und dritte Verarbeitungsstufe) mit den durch die oben behandelte Verbrauchsregelung eingeschränkten Liefermöglichkeiten der ersten Verarbeitungsstufe und der Metallgewinnungsbetriebe einigermaßen abzustimmen, für diese Betriebe nicht etwa auch eine Verbrauchsregelung eingeführt. Vielmehr will man in dieser Verarbeitungsstufe den Metallverbrauch nicht auf allen Gebieten gleichmäßig einschränken, sondern nur in ganz bestimmten, vielfach weniger wichtigen Verbrauchszweigen bestimmte Metalle durch Verwendungs- und Herstellungsverbote gänzlich ausscheiden, um die Betriebe zu veranlassen, sich auf andere, weniger seltene und wertvollere Werkstoffe umzustellen. Nachdem in den ersten Verbotsanordnungen[43] die Zahl der Verwendungsverbote noch verhältnismäßig gering war und sich in der Hauptsache auf die Verwendung von Kupfer und Zinn[44] beschränkte, war die Überwachungsstelle

---

42) Nach der Bekanntmachung 6 vom 30. 4. 35 (Reichsanz. 108 vom 10. 5. 35) können Ausfuhrverbrauchsscheine jedoch nicht erteilt werden, soweit die beantragten Metallmengen (Metallinh.) für Blei, Kupfer, Kupferlegierungen und Zink unter 100 kg und für Zinn unter 50 kg liegen.

43) Verbotsanordnungen 10, 16, 17. 22 (Zusammenfassung in Anordnung 25 vom 1. 3. 35, Abschn. III).

44) Kupfer darf z. B. nicht verwendet werden für elektrische Leitungen, Erdungen, Starkstromfreileitungen, bis 10 mm², Sendeempfangsantennen,

später durch die anhaltende Verschärfung der Versorgungslage gezwungen, größere Einschränkungen auf diesem Gebiet zu erlassen[45]. Die Anordnungen 26, 32 und 33 erfassen Teile aus nahezu allen Gebieten der Metallverwendung, die hier unmöglich alle aufgezählt werden können (143 Positionen). Der Kreis der schon bestehenden Metallverwendungsverbote für Kupfer, Nickel, Zinn und Quecksilber nebst deren Legierungen wird auf Blei und dessen Legierungen wie auf Chrom und Kobalt erweitert und die Verwendungsverbote auf dem Gebiet der Elektrotechnik erhalten eine weitere Verschärfung, während die Herstellungsverbote für verschiedene Luxus- und Gebrauchsartikel[46] in Fortfall kommen.

Die Ust. hat eine Reihe von Übergangsfristen festgesetzt, nach deren Ablauf die Verbote wirksam werden. Die Übergangsfristen gelten nur für diejenigen Personen oder Betriebe, die vor Inkrafttreten der Verbotsanordnungen gewerbsmäßig die betroffenen Gegenstände hergestellt oder verwendet haben. Auf keinen Fall dürfen von den verbotenen Gegenständen in diesen Übergangsfristen größere Mengen hergestellt oder verwendet werden als in dem gleichen Zeitabschnitt unmittelbar vor dem Verbot, auch dürfen neue Aufträge nicht angenommen werden. Der Verkauf und Gebrauch schon fertiggestellter Gegenstände wird jedoch von diesen Verboten nicht betroffen.

Ebenso wie die Verbrauchsregelung gelten auch die Verwendungs- und Herstellungsverbote nur für Erzeugnisse des inländischen Bedarfs. Sie gelten nicht für die Herstellung von Gegenständen, die nachweislich zur Ausführung von Auslandsaufträgen bestimmt sind.

δ) Die Regelung der Lagerhaltung und Bestandsmeldung.

Von der Regelung der Lagerhaltung von unedlen Metallen[47] werden alle Betriebe der Metallgewinnung, der ersten und der zweiten Verarbeitungsstufe sowie alle Händler mit unedlen Metallen, Verschrottungsbetriebe und Autoschlächtereien[48] betroffen.

Blitzableiter, Dachbedeckungen, Regenrinnen, Fußbodenplatten, Heizungs- und Lüftungsanlagen, Einfassungen; Zinn mit mehr als 40% Zinngehalt nicht für Lötzinn und zum Verzinnen von Drähten, Drahtgeflechten, es sei denn für Gegenstände, die mit Lebensmitteln und Arzneien in Berührung kommen.

45) Anordnung 26 vom 24. 4. 35, Reichsanz. 101 vom 2. 5. 35, Anordnung 32, Reichsanz. vom 18. 7. 35, Nr. 165, Anordnung 33.

46) Wiederzulassung der Herstellung von Untersätzen aller Art, Aschern, Zigarren-, Zigaretten- und Tabakkästen, Möbelteilen aus Kupfer, etc.

47) Die Vorschriften gelten für Vormaterial, Roh-, Halb- und Abfallmaterial.

48) Anordnung 36 vom 26. 2. 36 (dadurch außer Kraft Anordnung 14 vom 25. 9. 34, Reichsanz. Nr. 130, 2. 10. 34).

Der Lagerbestand umfaß alle diejenigen Mengen, über welche der einzelne Betrieb, sei es Verarbeitungs- oder Händlerbetrieb, verfügungsberechtigt ist, und zwar Bestände auf eigenem Lager wie auch Mengen, die auf fremden Lägern oder in fremden Betrieben liegen. Bestände auf fremden Lägern rechnen auch dann schon zur Lagerhaltung des Verfügungsberechtigten, wenn dieser die erforderliche Genehmigung für die Auslieferung (Bedarfsbescheinigung) noch nicht im Besitz hat. Umarbeitungsmengen dagegen gehen sofort nach Abschluß des Umarbeitungsvertrages aus der Lagerhaltung des Verfügungsberechtigten in diejenige des Umarbeitungsbetriebes über.

Die zulässige Bestandshöhe ist bei den einzelnen Betrieben verschieden, je nachdem ob es sich um Gewinnungs-, Verarbeitungs- oder Händlerbetriebe handelt[49]. Übersteigt bei einem von der Lagerhaltung Betroffenen der Lagerbestand die vorgeschriebene Höchstgrenze, so ist er verpflichtet, innerhalb eines Monats seine Lagerhaltung auf die zulässige Höhe herabzusetzen und unmittelbar dem Verbrauch zugänglich zu machen, entweder selbst oder durch Vermittlung von Händlern[50]. Ist die Räumung innerhalb eines Monats nicht möglich, so kann die Überwachungsstelle für diese Mengen geeignete Bezieher benennen (§ 30).

Zur regelmäßigen Bestandsmeldung und zur Führung von sogenannten Lagerbücher sind ausnahmslos alle Betriebe und Personen, die unedle Metalle erzeugen, verbrauchen, verarbeiten, handeln und einlagern, verpflichtet, kurz alle Betriebe, die über unedle Metalle irgendwie gewerbsmäßig oder aus privaten Gründen verfügen. Die gleiche Verpflichtung trifft die sogenannten Außenseiter, das sind diejenigen Betriebe, die vor dem 27. März 1934 am Verkehr mit unedlen Metallen nicht gewerbsmäßig beteiligt waren. Von der Verpflichtung der Bestandsmeldung und Lagerbuchführung sind diejenigen Betriebe und Personen befreit, die in keiner einzigen Metallklasse mit ihrem Bestand die von der Ust. in der Anordnung 27 festgesetzten Freigrenzen, die sich für Al, Pb, Cu, Zn und Sn zwischen 50 und 1000 kg bewegen, überschreiten. Wird jedoch die Freigrenze nur für eine Metallklasse überschritten, so fällt die Befreiung für sämtliche Klassen fort.

Alle von der Lagerbuchführungspflicht betroffenen Betriebe und Personen haben Lagerbücher für jede Metallklasse und Materialgruppe fortlaufend zu führen (§ 4). Aus diesen Lagerbüchern müssen ersichtlich sein der jeweilige Bestand, jede Bewegung des Bestandes durch Zu- oder durch Abgang, wobei bei Zugängen der Lieferer und bei Abgängen der Empfänger anzugeben sind. Ist die Bestandsbewegung genehmigungspflichtig, so muß die Nummer und das Datum der Bedarfsbescheinigung angegeben werden.

---

49) Anordnung 36, Abschn. B, C, D und E.

50) Rohmaterial selbstverständlich nur gegen Bedarfsbescheinigung.

Für alle Mengen, die in das Lagerbuch eingetragen werden, ist das Gesamtgewicht anzugeben. Eine Ausnahme bildet lediglich das Vor- und Abfallmaterial, bei denen nicht das Gesamtgewicht, sondern der Metallinhalt in das Lagerbuch übernommen wird. Befinden sich fremde Bestände auf dem Lager des von der Lagerbuchführung Betroffenen, so sind diese Mengen im Lagerbuch unter Angabe des Verfügungsberechtigten besonders zu kennzeichnen. Ebenso müssen im Freihafen lagernde Bestände in das Lagerbuch übernommen werden.

Alle betroffenen Personen und Betriebe müssen die bei ihnen lagernden Metallbestände der Ust. melden. Während früher alle 3 Monate jeweils auf den letzten Tag des Vierteljahres regelmäßig Bestandsmeldungen verlangt wurden, schreibt die Anordnung 27 nur noch halbjährliche Meldungen vor, und zwar am 31. März und am 30. September jeden Jahres. Maßgebend für die Meldung an die Ust. ist der tatsächliche Zustand an diesen beiden Daten. Sind an diesen Stichtagen irgendwelche Mengen auf dem Versand, so hat der Empfänger die Pflicht, diese Mengen der Ust. zu melden (§ 5). Alle Betriebe, auch wenn es sich um Teilbetriebe oder Zweigniederlassungen, ja sogar wenn es sich um werkseigene Läger, die unter selbständiger Leitung stehen, handelt, müssen gesondert und selbständig Lagerbücher führen und ihre Bestände anmelden, da sie untereinander als fremde Betriebe gelten.

ε) Die Regelung der Metallpreise.

Vor dem Eingriff des Staates in die deutsche Metallwirtschaft diente als Maßstab für eine normale Markt- und Preislage die Londoner Börsennotiz. Da Deutschland in bezug auf Metalle vom Auslandsmarkt abhängig und auf Einfuhren angewiesen ist, richtete sich die Berliner Metallbörse stark nach der Londoner Notiz. Die deutschen Marktpreise bewegen sich zwar nicht genau gemäß den Börsennotierungen, sondern je nach Marktlage liegen sie einmal über und einmal unter der jeweiligen Notiz, stehen aber in gewisser Beziehung zu ihr.

Infolge der schon oben beschriebenen verschiedenen Hemmnisse im Welthandel, Devisen- und Rohstoffschwierigkeiten lösten sich nun im Juni/Juli des Jahres 1934 die deutschen Marktpreise von den Londoner Preiskurven und stiegen erheblich über die Londoner Parität. Im Effektivverkehr wurden aber infolge der durch die eingeführten Beschränkungen in der deutschen Metallwirtschaft, insbesondere durch die Drosselung der Einfuhr, eingetretenen Verknappung des Inlandsmarktes noch höhere, weit über der Del-Notiz liegende Preise für Neumetalle geboten und genommen. Der Handel glaubte eine Rechtfertigung seiner höheren Neumetallpreise in den ebenfalls hohen Einkaufspreisen für Altmaterial zu sehen. So entstand allmählich eine Spannung, da z. B. die Kupferverarbeiterpreise auf der an London angelehnten, stark im Kurs gesunkenen Del-Notiz

basierten, während die freien deutschen Preise in die Höhe gingen. Diese Entwicklung mußte ja auch mit dem Fernbleiben der deutschen Käufer auf dem Londoner Markt eintreten, da ein ins Gewicht fallender Kunde ausfiel. Andererseits trat eine Verknappung des Angebots und eine infolge der Wirtschaftsbelebung gesteigerte Nachfrage auf dem deutschen Markt ein, die die deutschen Preise nach oben tendieren ließen. Außer diesen Preissteigerungen ergab sich noch eine große Streuung der Preise, die besonders auch bei Altmetallen in Erscheinung trat. Bei den Neumetallen kosteten z. B. Kupferkathoden pro hundert kg M. 42.— bis M. 60.—, Blei pro hundert kg M. 14.— bis M. 22.— Die Dringlichkeit entschied darüber, welche Preise man anlegen konnte und vor allem auch die Tatsache, ob jemand Devisen erhielt oder nicht. Dieser Entwicklung wurde durch die Verordnung über Preise für unedle Metalle[51], in der schon für Metalle eine Art Höchstnotierung bestand und der auf Grund dieser Verordnung von der Ust. erlassenen Richtpreise für Kupfer, Zink, Zinn, Blei, Aluminium und deren Legierungen in Form von Roh- und Abfallmaterial ein Einhalt geboten[52].

Bei der Aufstellung der Richtpreistabelle sind nicht nur allein die Neumetalle als Basis genommen, sondern die Richtpreise sind auch auf die Altmetalle und Abfälle ausgedehnt worden, um so eine gerechte Spanne zwischen beiden Metallen zu erzielen. Wären die Altmetalle nicht mit in das Richtpreissystem eingestellt worden, so hätten diese ihr ohnehin überhöhtes Preisniveau beibehalten, während nur allein die Preise für die Neumetalle infolge der Preissenkung gemäß den Richtpreisanordnungen gesenkt worden wären.

Die auf Grund des § 4 der Verordnung über Preise laufend durch Richtpreisanordnung festgesetzten Preise verstanden sich für 100 kg bei Barzahlung frei Bahnwagen Versandstation. Sie hatten, da sie häufigeren Änderungen unterlagen, keine rückwirkende Kraft und galten immer nur für solche Verkäufe, die von dem Tag des Inkrafttretens der neuen Richtpreisanordnungen ab neu getätigt oder abgeschlossen wurden.

Durch die in den ersten 8 Monaten nach Einführung der Richtpreise erlassenen Preisanordnungen wurde die große Streuung der Neu- wie Altmetallpreise beseitigt und die Annäherung der deutschen Preise an die Londoner Marktpreise langsam herbeigeführt. In welchem Maße die Richtpreise für die einzelnen Metalle von ihrem hohen Anfangsstand zurückgeführt wurden, zeigt die folgende Tabelle. Danach ist ungefähr Mitte Oktober bis Anfang November 1934 wieder ein einigermaßen

---

51) Verordnung über Preise für unedle Metalle vom 31. 7. 34 (Reichs-Ges.Bl. I, S. 766). Auf Grund des Gesetzes über wirtschaftliche Maßnahmen vom 3. 7. 34, Reichs-Ges.-Bl. I, S. 565.

52) Für die übrigen Metalle gelten entweder die Verordnung über Preise für unedle Metalle oder, falls das Material aus dem Ausland kommt, die Verordnung über Preise für ausländische Waren (vgl. S. 95).

gesundes Verhältnis der deutschen Richtpreise zum Londoner Preis zu erkennen.

Cu.	I. RPrA.	II.	III.	IV.	V.	VI.	VII.	VIII.	IX.	X.	XI.
Rpr.	49,00	48,50	48,00	47,50	46,50	45,75	44,75	43,75	42,25	40,50	40,50
L.Pr.	40,80	40,80	39,75	39,50	38,80	38,20	38,30	37,90	35,60	35,20	37,90
Diff.	8,20	7,70	8,25	8,00	7,70	7,55	6,45	5,85	6,65	5,30	2,60
Pb.											
Rpr.	20,00	20,00	20,00	19,50	19,00	18,60	17,50	16,25	16,25	15,00	14,50
L.Pr.	13,00	13,86	13,57	13,48	12,90	12,74	12,98	12,97	12,41	12,51	13,05
Diff.	7,00	6,14	6,43	6,02	6,10	5,86	4,52	3,28	3,84	2,49	1,45
Zn.											
Rpr.[53]	21,00	21,00	21,00	21,00	21,00	20,75	20,50	19,50	19,50	18,00	17,50
L.Pr.	17,18	17,16	17,35	17,22	16,89	15,61	15,45	15,43	14,47	14,93	15,23
Diff.	3,82	3,84	3,65	3,78	4,11	5,14	5,05	4,07	5,03	4,07	2,27
Sn.											
Rpr.[53]	315,0	315,0	315,0	315,0	315,0	315,0	315,0	315,0	315,0	310,0	310,0
L.Pr.	288,2	291,2	285,8	284,6	284,1	285,3	285,2	285,9	281,4	277,8	288,4
Diff.	26,8	23,8	29,2	30,4	30,9	29,7	30,8	29,1	33,6	32,2	21,6

Die Richtpreise begannen verhältnismäßig hoch und wurden nur langsam zurückgeführt, um im Hinblick auf die großen Vorräte, die teilweise zu hohen Preisen eingekauft waren, keine zu großen Verluste entstehen zu lassen und dem Handel eine Chance zu bieten, sein Material abzustoßen. Damit wurde eine gewisse Auflockerung der vorhandenen Bestände erreicht. Es machte sich eine größere Verkaufsneigung der Metallbesitzer bemerkbar, da ihre Ware durch die dauernde Herabsetzung der Richtpreise ständig an Wert verlor. Dem Verkauf stand jedoch eine Verordnung der Ust. entgegen[54]. Diese Verordnung bestimmt, daß Personen, die vor dem 27. März 1934 nicht gewerbsmäßig am Verkehr mit unedlen Metallen beteiligt waren, ohne Genehmigung der Ust. Metalle weder kaufen noch verkaufen durften. Es konnten dadurch viele Personen, hauptsächlich Privatpersonen, die sich aus Währungsgründen Metalle gekauft hatten, und jetzt darauf saßen, ihre Metalle nicht verkaufen, weil sie nicht, wie es die Verordnung der Ust. vorschreibt, vor dem 27. März 1934 gewerbsmäßig mit Metallen gehandelt hatten. Daraufhin wurde hier eine Sonderregelung getroffen, daß solche Personen ihre Metallbestände verkaufen können, jedoch nur über die Hamburger oder Berliner Börse, die überdies durch die Maßnahmen der Ust. erhebliche Umsatzeinschränkungen erlitten hatten[55].

Die festgesetzten Richtpreise hatten eine untere und eine obere Grenze, bei deren Festlegung verschiedene Faktoren mitgespielt haben dürften und

53) Rpr. = deutscher Richtpreis; LPr. = Londoner Preis auf RM. umgerechnet.

54) Anordnung 5 vom 3. 7. 34 (Reichsanz. Nr. 156 vom 7. 7. 1934).

55) Die täglichen Notierungen der Börse haben augenblicklich nur noch eine nominelle Bedeutung.

zwar einmal die damalige Höhe der Hüttenlöhne für die Gewinnung von Neu- oder Altmetallen und die im Jahre 1932/33 bestehenden üblichen Preisspannen zwischen Alt- und Neumetallen und andererseits auch die Wünsche der an der deutschen Metallwirtschaft interessierten Kreise.

Beim Verkauf der unter die Richtpreisanordnung fallenden Metalle im Inlandsgeschäftsverkehr durfte der Preis die obere Grenze des festgesetzten Richtpreises nicht überschreiten.

Doch schon bald zeigten sich die ersten Mängel. Die Richtpreise schlossen im ersten Abschnitt der Richtpreispolitik nicht die Versendungskosten mit ein. Sie galten einheitlich für den Umsatz in den betreffenden Metallen, gleichgültig, von welchen Gruppen diese Umsätze getätigt wurden, Hüttenwerke, Händler, Sortierer etc.

Man war zunächst der optimistischen Auffassung, daß dem Verkäufer im Rahmen der Richtpreispolitik die Möglichkeit bleiben würde, seine Generalunkosten zu decken und noch einen Gewinn zu erzielen. Die Hütten sollten beim Verkauf ihrer Metalle die untere Grenze der Richtpreise als Verkaufspreise betrachten und die Differenz dem Handel für den Aufschlag seiner Unkosten zur Verfügung stellen. Das war nicht möglich und die Praxis verfuhr deshalb anders. Die Richtpreise wurden von den Hütten als Höchstpreise angewandt und bewegten sich an der oberen Grenze. Das bedeutete, daß der Handel die Metalle zu den Richtpreisen einkaufen mußte, sie aber auch nur ohne irgendwelche Aufschläge zu den Richtpreisen verkaufen durfte, so daß für ihn gar kein Gewinn übrig blieb. Die großen Entfallstellen gewöhnten sich mehr und mehr, da nur der Verbraucher direkt die Ware noch abnehmen konnte, an eine direkte Lieferung ihrer anfallenden Metalle an die Verbraucher oder verkauften ihre Metalle auf Grund von Gegenseitigkeitsgeschäften. Dahingegen blieb es bei den kleineren Entfallstellen sehr oft unverkauft.

Für den Metallhandel blieb dadurch kein Raum, obwohl er gerade auf dem Gebiet der Altmetalle eine außerordentlich wichtige Funktion, die Versorgung der kleineren und mittleren Metallindustrie, ausübt. Eine Ausschaltung des Metallhandels war jedoch keineswegs beabsichtigt und man entschloß sich infolgedessen zur Festlegung von Metallhandelsspannen.

Es wurde nun nicht etwa den Hütten beim Verkauf ihrer Metalle die untere Spanne der Richtpreise als Höchstpreise festgesetzt, um so dem Handel die Verdienstspanne zu ermöglichen, sondern man gestattete dem Händler beim Verkauf die Berechnung eines handelsüblichen Zuschlags, der nach oben hin jedoch begrenzt war[56].

Am 24. Juli 1935 erfolgte durch den Erlaß der Anordnung 34 der Ust.[57] eine Neuregelung des Preisfestsetzungsverfahrens.

---

56) Maßgebend waren Richtpreisanordnung XII vom 29. 11. 34 und Richtpreisanordnung XIV vom 13. 3. 35.

57) Anordnung 34 der Ust. vom 24. 7. 35 (Reichsanz. Nr. 171 vom 25. 7. 1935).

Die Richtpreise sind zwar geblieben, doch versteht man unter den jetzigen Richtpreisen etwas anderes als unter den bisherigen, in den Richtpreisanordnungen veröffentlichten Preisen. Während man früher den für die einzelnen Metallsorten gültigen Preis unmittelbar aus den im Deutschen Reichsanzeiger bekanntgegebenen Richtpreisanordnungen entnehmen konnte, wird der endgültige Richtpreis jetzt nicht mehr veröffentlicht, sondern ist nach einem fest bestimmten Schlüssel zu errechnen.

Neben den Richtpreisen kennt das neue System noch sogenannte Kurs- und Grundpreise. Die Ust. veröffentlicht nur noch die Kurspreise für die wichtigsten Metallklassen. Da sich diese Preise an den ausländischen Marktpreisen orientieren und diese vielfach Änderungen unterworfen sind, werden auch die Kurspreise fortlaufend in Kurspreisbekanntmachungen im Deutschen Reichsanzeiger neu festgesetzt. Auf Grund dieser Kurspreise können die Grundpreise der einzelnen Metallsorten durch bestimmte im § 4 der Anordnung 34 festgelegte Zu- oder Abschläge errechnet werden. Diese Zuschläge gelten in der Zeit ihres Bestehens gleichmäßig für alle veröffentlichten Kurspreisbekanntmachungen. Diese so errechneten Grundpreise entsprechen den bisherigen Richtpreisen und sind mit ihnen vergleichbar, während man unter dem Richtpreis heute den endgültigen Verkaufspreis versteht, der durch Zuschläge auf die Grundpreise zu errechnen ist unter Berücksichtigung der vom Verkäufer aufgewendeten Vorfracht, der nachweislichen Anfuhrkosten zum Lager und der Zinsen für Verkäufe auf Kredit[58].

Sind Händler am Verkauf von Rohmaterial beteiligt, so dürfen sie neben den eben genannten Zuschlägen noch Handelszuschläge zu den Grundpreisen erheben, die verschieden hoch sind, je nach Art der Metalle und je nachdem, ob die Metalle im Lager- oder im Streckengeschäft verkauft werden, d. h. ob sie vom eigenen oder von einem fremden Lager geliefert werden[59].

So lassen sich bei Betrachtung der bisherigen Preisregelung deutlich 3 Abschnitte in der Entwicklung der Richtpreise feststellen, 1. die systematische Rückführung der überhöhten deutschen Metallpreise auf einen in angemessenem Verhältnis zu den Weltmarktpreisen stehenden Standpunkt, 2. die Anlehnung der nun gesenkten deutschen Preise an die sich dauernd ändernden Metallkurse der Londoner Börse durch eine häufige Änderung der einzelnen Richtpreise und 3. die Ersetzung des Richtpreissystems durch das System der Kurspreise, um auf keinen Fall die Tuchfühlung mit den Preisen auf den Auslandsmärkten zu verlieren, d. h. um in der Preisfestsetzung möglichst labil zu bleiben und die deutschen Preise schneller als bisher den Änderungen an den Auslandsmärkten anzupassen, da die völlige Abhängigkeit vom konventionellen Markt sonst sofort zu Schleichhandel oder sonstigen, die deutsche Rohstoffversorgung gefährdende Mißstände führen würde.

58) § 6 der Anordnung 34.

59) Über die Höhe der Handelszuschläge vgl. § 7 der Anordnung 34.

Die Regelung der Preise für Importwaren[60].

Auf Grund der Verordnung über Preise für ausländische Waren darf für Vor-, Roh-, Halb- und Abfallmaterial der Metalle Aluminium, Blei, Zink, Zinn, Kupfer und deren Legierungen, soweit es vom Ausland eingeführt und in unbearbeitetem Zustand in den inländischen Geschäftsverkehr gebracht wird, von niemandem beim Wiederverkauf ein höherer Preis gefordert werden, als den zur Zeit des Verkaufs auf den ausländischen Märkten für Metalle gleicher Art und Güte gültigen Marktpreis. Der handelsübliche Gewinn und die handelsüblichen Kosten dürfen aufgeschlagen werden.

Durch die Regelung der Verkaufspreise wird mittelbar auch der Einkaufspreis im Auslande festgelegt. Dies tritt besonders bei den Warentauschgeschäften hervor. Hier wird durch die Festlegung der Verkaufspreise sogar eine unmittelbare Verbindung zum Einstandspreis dergestalt herbeigeführt, daß die Gewährung von Kompensationsprämien in Form eines über dem gültigen Auslandspreis liegenden Einkaufspreises für die Einfuhrware verboten ist und bei der Genehmigung derartiger Kompensationsgeschäfte streng darauf geachtet wird, daß Prämien irgendwelcher Art durch den Einführer nicht bezahlt worden sind.

Mit dem soeben Dargestellten, angefangen mit den Eingriffen in den freien Mengenausgleich, bis hin zu der zwangsläufig sich daraus ergebenden Regelung der Preise erschöpfen sich die Maßnahmen der Ust. zur bestmöglichen Ausnutzung und Sicherstellung aller im Lande gewonnenen und verarbeiteten metallischen Rohstoffe. Als Ergänzung der Bestimmungen über die deutsche Rohstoffwirtschaft sind zwar noch der Erlaß des Lagerstättengesetzes und die Einrichtung des Förderprämiensystems für die Metallgewinnungsbetriebe zu nennen, doch soll in diesem Zusammenhang nicht näher darauf eingegangen werden, sondern im nächsten Kapitel einer Darstellung und Würdigung unterzogen werden.

60) Vgl. S. 82.

C. Die Entwicklung der Metallversorgung seit der Bewirtschaftung 1934.

1. Der Wiederaufbau des deutschen Metallbergbaus.

Wenn der deutsche Metallerzbergbau ungefähr seit der Wende des Jahrhunderts in einem stetigen Rückgang seiner Fördermengen begriffen ist, so liegt der Grund für diese rückläufige Entwicklung bestimmt nicht allein in der zunehmenden Erschöpfung der deutschen Erzlagerstätten, sondern im Grunde wurde der Niedergang des deutschen Erzbergbaus durch einen stetigen Umwandlungsprozeß im volkswirtschaftlich gebundenen Denken verursacht. Die Freizügigkeit der Wirtschaft trat an die Stelle volkswirtschaftlicher Gebundenheit. Die außerordentliche Ausdehnung des überseeischen Erzbergbaues während des Krieges und besonders in den Nachkriegsjahren bis zur Krise von 1929 führte zu einer tiefgreifenden Wandlung der Struktur des Nichteisenmetallbergbaus der Welt. Die unter viel günstigeren Verhältnissen arbeitenden ausländischen Großlagerstätten beeinträchtigten die deutschen Gruben in steigendem Maße in ihrer Wettbewerbsfähigkeit. Das Absinken der Metallpreise auf einen bis dahin nie gekannten Tiefstand und der freizügige und schrankenlose Warenaustausch innerhalb der Weltwirtschaft brachten dann den deutschen Bergbau vollends an den Rand des Abgrundes und ließen das Interesse an einer Metallversorgung aus eigenen Erzen immer mehr schwinden.

Dies Interesse wieder wachgerufen zu haben, ist unzweifelhaft das Verdienst des Nationalsozialismus und seines volkgebundenen Wirtschaftsdenkens. Beschleunigt wurde die Umstellung durch den eingetretenen Mangel an Devisen zur Bezahlung der notwendigen Rohstoffeinfuhr, der deutlich die Gefahr einer allzu großen Abhängigkeit vom Auslandsmarkt zeigt. Ein wesentliches Antriebsmoment war ferner noch der Wille, deutsche Menschen, die jahrelang arbeitslos waren, wieder in den Arbeitsprozeß einzuschalten.

Die seit zwei Jahren in Gang befindliche Wiederherstellung einer deutschen Rohstoffbasis für die deutschen Hütten verspricht zukünftig eine bedeutend bessere Versorgung der deutschen Nichteisenmetallindustrie. In früheren Jahren ist von früheren Regierungen bereits die Notlage des deutschen Bergbaus erkannt worden, doch liefen die Bestrebungen zu einer vermehrten Verwertungsmöglichkeit der inländischen Erzvorkommen darauf hinaus, durch Zölle für Metalle bzw. Erze einen gegenüber der Londoner Börsennotierung höheren einheimischen Preis zu erzielen[61]. Diese Bestrebungen sind jedoch ohne Erfolg geblieben und heute mehr denn je durch

61) So forderte Schoenebeck einen Zoll auf Rohzink, in der Hoffnung, das Ausland werde statt Rohzink Erze nach Deutschland einführen.

den infolge Devisenmangels eingetretenen Zwang zu einer relativen Selbstversorgung hinfällig geworden. Im Jahre 1932 wurden dem deutschen Bergbau zu seiner Erleichterung vom Reich und den Ländern staatliche Zuschüsse, sogenannte Subventionen, gegeben. Diese waren jedoch niemals als Dauerregelung, sondern nur als Überbrückungsmaßnahme gedacht, da man irrtümlicherweise die Notlage nur als vorübergehend ansah. Die Subventionen waren damals allerdings unbedingt nötig, haben sie doch, wenn auch nicht in dem erhofften Maße, eine Steigerung der Förderung bewirkt[62]. Vorübergehend konnte die Liquidität einzelner Bergwerke aufrechterhalten werden, doch auf die Dauer wuchsen die Schulden der Gruben, da weder der Kapitaldienst gesichert noch die Schaffung von Reserven möglich war und die Gefahr für die folgenden Jahre dadurch noch vergrößert worden ist. Die an die Bergwerke gegebenen Beträge, die überdies einer Rückzahlungspflicht aus späteren Überschüssen unterlagen, schwollen ständig an, so daß es für Privatunternehmungen unter diesen Umständen schwierig war, weiter zu wirtschaften.

Diese Entwicklung hat die maßgebenden Regierungsstellen nunmehr bewogen, das seit 1932 für verschiedene Blei- und Zinkerzgruben eingeführte Subventionssystem fallen zu lassen und an seine Stelle das sogenannte Förderprämienverfahren zu setzen. Der Unterschied zu den bisherigen Subventionen liegt darin, daß jetzt den Gruben für jede geförderte Tonne Erz ein bestimmter Betrag à **fond perdu** gezahlt wird im Gegensatz zu den bisherigen zurückzuzahlenden und deshalb nicht allzu sehr reizenden Krediten.

Die Förderprämien sollen den Abbau nicht nur vor dem Erliegen bewahren, sondern ihn auch rentabel gestalten, so daß er nicht als Raubbau erscheint und sollen ferner einen generellen Anreiz zur Ausdehnung solcher Anlagen bieten, die noch mit Aussicht auf Erfolg betrieben werden können, wie auch zur Aufschließung neuer Vorkommen. Über die Höhe der Prämien ist nichts bekannt, doch müssen sie sich am Weltmarktpreis für Zink und Blei orientieren und werden infolgedessen variabel sein.

Nachdem schon im Anfang des Jahres 1934 mit dem Reichswirtschaftsministerium und dem Reichsfinanzministerium Verhandlungen stattgefunden hatten, konnten seit August 1934 Einzelverhandlungen der Firmen durchgeführt und zum Abschluß gebracht werden.

Es ist bemerkenswert, daß das Förderprämienverfahren vorläufig nur beim Zink- und Bleibergbau sowie bei Werken, die Zinkoxyd oder Zinksulfit herstellen, angewandt wird, während für die Förderung von Kupfererzen, soweit Mansfeld in Frage kommt, — die Mansfelder Grube be-

62) Die insgesamt erfolgte Steigerung der deutschen Erzförderung hat ihren praktischen Ausdruck in der Zunahme der Rohmetallproduktion, obwohl die Einfuhr von Erzen zurückging. Die Zunahme der Bleiproduktion ist allerdings zum Teil auf eine größere Erzeinfuhr zurückzuführen. (Vergleiche Teil II).

streitet über 90% der deutschen Kupfererzeugung — die bisherigen Staats- und Reichssubventionsverträge vorläufig in Kraft bleiben [63], nachdem alle kupfererzeugenden Betriebe der Mansfeldischen Kupferschiefer Bergbau-A.G. in einer eigenen Gesellschaft (kurz: Kupfergesellschaft) zusammengefaßt worden sind.

Es besteht kein Zweifel, daß die Bergbauunternehmungen nur durch staatliche Zuschüsse ihre Produktion erhöhen können, doch ist diese Form der zusätzlichen Einnahme durchaus nicht als völlig befriedigend zu bezeichnen, da sie neben Licht- auch Schattenseiten aufweist. Ein verlustloser Betrieb der Werke ist jetzt allerdings gesichert und eine Steigerung der Produktion ist schon eingetreten oder noch zu erwarten, doch nicht in dem Maße, daß alle uns von der Natur gegebenen Möglichkeiten voll ausgenutzt werden können, da privates Kapital zur Wiedereröffnung stilliegender Gruben oder zur Neuaufschließung infolge der im Verhältnis zum Risiko zu geringen Gewinnmöglichkeit sich nur sehr schwer findet und somit die Steigerung der Fördermengen nur auf solche Werke beschränkt bleibt, die Staatshilfe bekommen. Die Gewinnung bliebe also auch in Zukunft nur im Rahmen der bereits mehr oder weniger bekannten Vorkommen.

Um nun auch neue oder noch nicht genügend untersuchte Läger aufschließen zu können, hat sich der Staat der Frage der heimischen Bodenschätze durch den Erlaß des Lagerstättengesetzes [64] angenommen. Das Lagerstättengesetz überträgt dem RWM die Aufsicht über die Durchforschung des gesamten Reichsgebietes nach nutzbaren und abbaufähigen Lagerstätten und gestattet ihm einen ständigen Überblick über die Lage und den Stand der Erschließungsarbeiten der einzelnen Gesellschaften.

Der RWM bedient sich bei Durchführung der Untersuchungen der Geologischen Landesanstalten, die unter gleichzeitiger Einbeziehung der Reichsanstalt für Erdbebenforschung durch dieses Gesetz zu einer Geologischen Reichsanstalt unter Führung des Reiches vereinigt worden sind.

Die derzeitige Rohstofflage und der bestehende Devisenmangel hat ein eifriges Suchen nach Lagerstätten mit sich gebracht. Dabei bleibt es nicht aus, daß mancherlei Spekulationsprojekte auftauchen. Von Zeit zu Zeit erscheinen in den verschiedensten Tageszeitungen Mitteilungen über neue große Erzvorkommen, die, da sie anscheinend von Interessenten verbreitet werden, mit größter Vorsicht aufgenommen, zu mindest aber als übertrieben angesehen werden müssen. Die durch das Lagenstättengesetz geschaffene zentrale Übersicht über alle Aufschlüsse ist aus diesem Grunde sehr zu begrüßen, da dadurch in Zukunft leichter spekulative Fehlinvestitionen vermie-

63) Die ursprünglich am 31. März 1936 abgelaufenen Subventionsverträge sind bis zum 31. März 1946 verlängert worden. Die Bestimmungen sind geblieben. Der Ausgleich der Betriebsverluste erfolgt weiter durch öffentliche Zuschüsse unter Beteiligung der Mansfeld A.G., Eisleben.

64) Gesetz über die Durchforschung des Reichsgebietes nach nutzbaren Lagerstätten (Lagerstättengesetz) vom 4. Dezember 1934 Reichsgesetzblatt Teil I. Seite 1223/24.

den werden können. Außerdem wird durch die Vereinheitlichung der Forschung eine planmäßige, dem nationalwirtschaftlichen Gedanken entsprechende Ausbeute der Lagerstätten ermöglicht.

Die Aussichten auf Erweiterung des deutschen Erzbergbaus sind sehr verschieden. Am geringsten sind sie zweifellos beim deutschen Kupferbergbau. Mansfeld bestreitet heute ca. 97% der deutschen Bergwerkserzeugung an Kupfer, der Rest entfällt auf den Rammelsberg im Unterharz. Obwohl die deutsche Kupfererzproduktion seit 1932 im Ansteigen begriffen ist, geht der Kupferinhalt zurück. Die Ursache dieses Rückganges liegt im vermehrten Anteil der Mansfelder Gruben, die 1931 mit ca. 90% am Kupferinhalt der gesamten Förderung beteiligt waren, jetzt jedoch 97% der Förderung bestreiten. Die Mansfelder Gruben weisen aber nur sehr niedrigprozentige Erze auf. Der Rohstoff, der Kupferschiefer, hatte 1932 noch einen durchschnittlichen Kupfergehalt von 3,15%, der jetzt auf ca. 3% gesunken ist. Neben dem Kupferschiefer werden noch kupferhaltige Dachberge mit einem Kupfergehalt von nur 1,2% gewonnen. Das Verfahren, nach dem die Erze in Mansfeld gefördert werden, ist infolge der großen Mengen tauben Gesteins, die das Förderproblem wesentlich erschweren, sehr arbeitsintensiv, so daß der Mansfelder Kupferbergbau nicht nur für die Eigenversorgung der deutschen Metallindustrie eine große Bedeutung hat, sondern auch in seiner sozialpolitischen Bedeutung wichtig ist. Ein Rückgang der Beschäftigung würde nicht nur die Fördermengen verringern, sondern gleichzeitig den Arbeitsmarkt erheblich belasten, ohne ihn an anderer Stelle zu entlasten, da dieser Rückgang nur ausschließlich dem ausländischen Arbeitsmarkt zugute kommen würde. Eine Ausweitung der Erzeugung hingegen schafft Arbeit, ohne an anderer Stelle dadurch den deutschen Arbeitsmarkt durch Verminderung anderer deutscher Arbeitsmöglichkeiten zu belasten.

Deswegen ist die Erhaltung und Ausweitung des Mansfelder Kupferbergbaus eine nationale Pflicht, wenn auch die geförderten Mengen bis jetzt nur ungefähr ein Zehntel des mit ca. 200 000 t angegebenen Verbrauchs ausmachen. Auf dem Wege über eine neugegründete Studiengesellschaft nimmt darum jetzt die Mansfeld A.G. Aufschlußarbeiten in dem außerhalb der Mansfelder Mulde gelegenen Felderbesitz vor und sieht in dem großen Becken des Kupferschiefermeeres noch Möglichkeiten für eine Steigerung der bisherigen Fördermengen. Zwar dürfte der Kupfergehalt dieser Flöze nicht sehr groß sein, er erreicht bisweilen noch nicht den wirtschaftlichen Grenzgehalt, der mit 1% angenommen wird, doch ist nicht der Metallgehalt allein maßgebend für die Abbauwürdigkeit, sondern auch die Mächtigkeit der einzelnen Schichten und das Vorhandensein von wertvolleren Nebenmetallen, das für Mansfeld schon immer eine erhebliche Rolle gespielt hat.

Neben diesen Möglichkeiten wird noch an eine Erhöhung der Rammelsberger Förderung gedacht. Außerdem führt jetzt die Berg- und Hütten-A.G. (Buhag) im Riesengebirge in der Haaseler Mulde bei Goldberg Untersuchungsarbeiten auf das Kupfermergelvorkommen durch. Es sind seit

dem August 1935, als die Arbeiten begannnen, schon einige Zonen verschiedener sulfidischer Kupfererze erschlossen. Der Gehalt der kupferführenden Mergel- und Kalkschichten ist jedoch sehr gering und schwankt zwischen 0,5 und 2% und zwang schon früher die Kupfergrube „Stilles Glück" zur Aufgabe des Abbaus.

Auch heute müßten neben den Aufschließungskosten noch gewaltige zusätzliche Mittel, die ein Vielfaches des heutigen Kupferpreises darstellen, zur Förderung einer Tonne Kupfer aufgewandt werden, so daß man doch lieber der Verwertung von Rückständen und Altmetallen ein noch größeres Interesse widmen sollte, zumal auch die Haltung einer äußersten Reserve und die Schonung der wenn auch noch so geringen Vorräte unbedingt wünschenswert erscheint.

Selbst wenn man aber trotzdem ohne Rücksicht auf entstehende Kosten an die Ausbeutung kleinerer jetzt noch stilliegender Gruben ginge, die zweifellos noch gewisse Erzreserven enthalten, so könnte man nach der Annahme verschiedener Geologen [65] die gesamte Inlandsausbeute an Kupferinhalt auf nur etwa 12—15% des deutschen Verbrauchs steigern.

Auch bei einer weitgehenden finanzpolitischen Unterstützung oder durch eine erhebliche Senkung der Normalgütertarife für Erze, d. h. durch Einführung von sogenannten Ausnahmetarifen, wie sie schon seit einigen Jahren zur Unterstützung des oberschlesischen, des Stolberger und des Harzer Blei- und Zinkbergbaues bestehen [66], sowie durch Herabdrückung der Selbstkosten infolge verbesserter Gewinnungs- und Aufbereitungsverfahren dürfte eine vollständige Deckung unmöglich sein. Das alles darf uns jedoch nicht daran hindern, weiterhin sorgfältige Aufschlußuntersuchungen nach Kupfererzlagerstätten anzustellen.

Im deutschen Bleibergbau liegen die Verhältnisse etwas günstiger. In den letzten Jahren konnte das große Oberschlesische Bleierzbergbaugebiet zum Teil infolge der Subventionen und der seit 1934 gegebenen Förderprämien seine Erzförderung erheblich steigern. Die Gewinnung von Bleierzen betrug im Monatsdurchschnitt des Jahres 1933 1598 t und im Monatsdurchschnitt des ersten halben Jahres 1935 bereits 2086 t und lag im Monatsdurchschnitt des ganzen Jahres 1935 noch etwas höher. Allerdings muß gesagt werden, daß die Steigerung nur durch die vermehrte Förderung der schon bestehenden Gruben und der erst kurze Zeit stilliegenden, jetzt aber wieder in Betrieb genommenen Bergwerke zustande gekommen ist und nicht durch neuaufgeschlossene Lagerstätten.

---

65) So Eisentraut: Jahresgesellschaft vaterländischer Kultur, 1932, Nr. 105, 33—60.

66) Durch den am 20. 1. 36 eingeführten 5%igen Tarifzuschlag der Reichsbahn werden allerdings wieder einige Ausnahmetarife (AT) für deutsche Kupfererze sowie für oberschles. und westdeutsche Bleizinkerze verteuert. Der Zuschlag soll jedoch nur vorübergehend sein.

Die Bergwerksgesellschaft Giesches Erben hat allerdings im Jahre 1934 einige beachtliche Aufschlußarbeiten bei Stollarzowitz aufgenommen und einige Bleierznester entdeckt, doch handelt es sich hier zum größten Teil um Mischerze, die ca. 25% Zn und auch 25% Pb enthalten, in kleinen Mengen auch um Weißbleierz oder um Bleierde. Die Größe der Felder, ihre Mächtigkeit und ihr Metallgehalt sind aber großen Schwankungen unterworfen, so daß teilweise ein Abbau nicht möglich sein wird.

Die Produktion der Lagerstätten des rheinischen Schiefergebirges, des Lahngebiets, des Siegerländer und Bensberger Bleibergbaus und vor allen Dingen des linksrheinischen Mechernicher Bleierzbergwerkes konnte auch in den letzten Jahren noch einen erheblichen Prozentsatz (1931 = 31,5%) an der deutschen Gesamtförderung beitragen, wenn auch die Leistungsfähigkeit dieser Gruben, verglichen mit der Vorkriegszeit, stark abgenommen hat, da viele Gruben des Siegerländer, Bensberger sowie des linksrheinischen Ganggebietes aus Rentabilitätsgründen ihren Betrieb einstellen mußten. Teilweise wurden die ansteigenden Förderziffern dieses Gebietes in den letzten 2 Jahren nur durch Nachwaschen alter Haldenbestände und durch die Verbesserung der Aufbereitungsverfahren erzielt. Die Fördermengen werden aber absinken, wenn diese Reserven erschöpft sind.

Um diese Gefahr abzuwenden, werden zahlreiche Untersuchungsarbeiten von verschiedenen Unternehmen in der Eiffel durchgeführt. Die Erzvorkommen dieses Gebietes sollen, wenn ihr Gehalt eine Verarbeitung zuläßt, ausgebeutet werden. Es handelt sich hier keineswegs um Neuaufschlüsse, sondern diese Läger sind schon im vorigen Jahrhundert ausgebeutet worden und erst die fortschreitende Technik führte wegen der geringen Ertragsfähigkeit zur Einstellung des Abbaus.

Neben den Aufschlußarbeiten im rheinischen Schiefergebirge werden noch im Oberharzer Erzrevier planmäßige Untersuchungen durch die Preußische Bergwerks- und Hütten-A.G. unternommen, die im Westfeld der Grube „Hilfe Gottes" des Erzbergwerks Grund und auf der Grube „Bergwerkswohlfahrt" bei Clausthal zu einigen Erfolgen geführt haben. In der Hauptsache tritt hier silberreicher Bleiglanz mit einer Mächtigkeit von 1 bis 4 m auf, so daß die Ausbeute die Förderung dieser beiden Gruben wesentlich erhöhen wird.

Weitere Möglichkeiten, die Bergwerkserzeugung an Blei planmäßig dem Verbrauch anzunähern, liegen noch in der Wiederinbetriebnahme stilliegender Gruben, Betriebsverbesserungen und in Neuaufschlußarbeiten in den sächsischen und erzgebirgischen Metallgebieten, die einst eine große Bedeutung für die deutsche Metallversorgung hatten, jedoch aus mancherlei Gründen, nicht immer an mangelnder Ergiebigkeit der Läger, in ihrer Leistungsfähigkeit mehr und mehr zurückgingen und schließlich vollkommen zum Erliegen kamen. Gerade der Freiberger Bezirk, der ehemals größte Erzeuger an Nichteisenmetallen, wurde von dem Niedergang besonders hart betroffen. Die Arbeitslosigkeit liegt hier weit über dem Reichsdurchschnitt, da sich der Bevölkerung, die zum größten Teil vom Bergbau gelebt hatte,

keine Erwerbsmöglichkeiten mehr bieten. Neben der Frage der Selbstversorgung spielt also auch die Frage der Wiederbeschäftigung deutscher Arbeiter gerade in diesem Gebiet eine große Rolle.

Bei der Auswahl der wieder in Betrieb zu setzenden Gruben sind zuerst diejenigen Gruben berücksichtigt worden, die erst kurze Zeit stilliegen und deren technische Einrichtungen noch vorhanden oder noch nicht verfallen sind, denn der Wiederaufbau bereits völlig zerstörter Gruben wäre mit ungeheuren Aufwendungen verbunden. Als erste der Freiberger Gruben wurde Ende 1934 die Grube „Alte Hoffnung Gottes" bei Kleinvoigtsberg wieder instand gesetzt und in Betrieb genommen. Im Sommer des Jahres 1935 nahm auch die Grube „Beihilfe" bei Halsbrücke den Abbau wieder auf, für die für die ersten 2 Jahre eine Förderung von 30 000 t vorgesehen ist, die zur Sicherstellung des Hüttenbetriebs des Freiberger Bezirkes, der ganz auf eigene Gruben angewiesen ist, dienen soll.

Wenn man auch alle eben geschilderten Möglichkeiten berücksichtigt, so wird der deutsche Bleibergbau doch nur zu knapp 50% den deutschen Verbrauch von ca. 190 000 t decken können und das nur bei größter Anstrengung und Ausnutzung aller Gegebenheiten [67], so daß man auch weiterhin mit einer erheblichen Einfuhr von Erzen und Konzentraten rechnen muß.

Auch die deutsche Zinnerzproduktion ist seit ungefähr einem Jahr wieder im Entstehen begriffen, nachdem sie seit 1930 völlig stillgelegen hatte. Ist die Förderung an Zinnerzen, gemessen am Verbrauch, nie sehr groß gewesen — die Gesamterzeugung an Zinninhalt betrug bis 1930 ca. 100 t — so ist die Wiedererstehung des sächsischen und erzgebirgischen Bergbaues der ja die einzige deutsche Rohstoffquelle für die Erzeugung von Zinn ist, nicht nur aus Versorgungsgründen ein Fortschritt, sondern wie auch beim sächsischen Bleibergbau, von immanent arbeitsmarktlicher Bedeutung, da die zahlreichen Zinnlagerstätter sich über ein großes Gebiet ausdehnen und somit durch die Dezentralisation der Betriebe eine großzügige Arbeitsbeschaffung ermöglicht wird.

Seit 1933 wurde mit einer planmäßigen Bestandsaufnahme der dortigen Lagerstätten und mit kleineren Untersuchungsarbeiten auf 6 Zinn-Wolfram-Lagerstätten begonnen, die in 1934 und 1935 in verstärktem Maße weitergeführt wurden. Außerdem war die Ausarbeitung neuer Aufbereitungsverfahren nötig, da die meisten Gruben völlig veraltete Anlagen besaßen und infolgedessen die Metallverluste bei der Aufbereitung zu groß geworden wären und nicht alle Abfälle wirtschaftlich hätten ausgenutzt werden können.

Nachdem die sächsische Regierung im Jahre 1934 250 000 RM. zur Verfügung stellte und auch das Reich eine Beihilfe von 1 Million RM. zahlte, gelang es, den Erzbergbau in Schneeberg, Neustädtel, in Johann-Georgenstadt, bei Geyer und in Altenberg wieder aufzunehmen. Die be-

67) Nach den Berechnungen von Prof. Eisentraut.

deutendste der wieder arbeitenden Gruben ist die der Zwitterstock-A.G. in Altenberg, die seit Mai 1930 stillag. Die Gründe der damaligen Betriebseinstellung lagen einmal in den schlechten Zinn-Weltmarktpreisen, die nicht mehr lohnend waren, obwohl die Zwitterstock-A.G. ausnehmend reines Zinn (99,8%) herstellte, zum anderen in Wasserschwierigkeiten. Nachdem diese Schwierigkeiten beseitigt waren, stand einer Wiederaufnahme nichts entgegen, zumal die Erzvorkommen nach Ansicht der Gesellschaft bei weitem noch nicht erschöpft sind. Die Jahresproduktion dieser Grube betrug in den Jahren vor der Stillegung ca. 50—60 t, eine Menge, die auch jetzt wieder erreicht wird.

Eine aussichtsreiche Lagerstätte liegt noch bei Oelsnitz, deren Produktion auch lediglich infolge Wasserschwierigkeiten eingegangen war. Auch bei Eibenstock wurde Zinnstein führender Greisen bis zu 2 m Mächtigkeit gefunden. Die künftige Entwicklung ist jedoch im Augenblick noch nicht zu übersehen, da die Zinnrichtpreise, die bei zwei Drittel der Friedenspreise liegen, für einen neueröffneten Betrieb keine Existenzmöglichkeit bieten. Man wird, um auf Jahre hinaus einen leistungsfähigen Erzbergbau wieder aufzurichten, doch noch erheblich größere Mittel als bisher zur Verfügung stellen müssen. Trotzdem wird der deutsche Bedarf an Zinn bei der Wiederaufnahme des erzgebirgischen Bergbaus wohl kaum jemals mehr als zu 2—3% befriedigt werden können.

Am weitaus ungünstigsten im deutschen Metallbergbau liegen die Verhältnisse jedoch beim Aluminium-„erz". Deutschland verfügt nur in Oberhessen am Vogelsberg über geringe Vorkommen, die auf einige hundert Tausend t aufbereiteten Bauxits geschätzt werden[68]). Der deutsche Bauxit dient jedoch heutzutage wegen seines hohen Kieselsäuregehaltes weniger der Aluminiumherstellung — wenn auch der Krieg die deutsche Aluminiumindustrie zwang, deutsche aufbereitete Bauxite zu verarbeiten — als zur Herstellung des Korundes in den Martinwerken und in der Schleifscheibenindustrie. Diese Werke verarbeiteten bislang ausländische Rohstoffe, die nun heute zu einem Teil durch den oberhessischen Bauxit ersetzt werden können. Für die Aluminiumherstellung fällt der Vogelsberger Bauxit fast völlig aus, da einmal die Qualität an die des Auslandsbauxites nicht heranreicht und andererseits die Vorratsmengen zu gering sind. Die Förderung beläuft sich auf monatlich ca. 1000 t gewaschenen Bauxits und auf ca. 500 t Rohbauxit. Wenn auch eine geringe Erhöhung der Fördermengen möglich ist — vorausgesetzt, daß diese Mengen einen Absatz finden, was bei den derzeitigen hohen Frachtsätzen nicht immer anzunehmen ist — so wird doch der Bauxitbergbau des Vogelsberges jedenfalls für die Aluminiumherstellung in Deutschland auch in Zukunft keine große Bedeutung erlangen.

---

68) Nach Ansicht von Dipl.-Ing. Dr. Witte in „Metallwirtschaft" 1935, Nr. 10.

Eine um so größere Beachtung verdienen die deutschen Zinkerzlagerstätten, die bei einer entsprechenden Förderungssteigerung den deutschen Verbrauch nahezu decken können. Es ist bereits gelungen, die Erzeugung an Zinkinhalt seit 1932, wo sie mit 87 700 t einen Tiefstand erreichte, auf ca. 124 000 t im Jahre 1934 zu erhöhen, nachdem sie ein Jahr vorher noch 107 000 t betrug. Allerdings ist gleichzeitig der Rohzinkverbrauch noch stärker gestiegen und zwar von 127 000 t auf 182 000 t (unter Berücksichtigung der Produktion von Remelted Zink von 136 000 t auf 192 000 t). Die Förderungsziffer an Zinkinhalt des Jahres 1913 mit 250 300 t zeigt vergleichsweise jedoch, daß wir bei weitem noch nicht diese Mengen wieder erreicht haben und wohl auch schwerlich in den nächsten Jahren erreichen werden. Es ist auch keineswegs unbedingt nötig, vorausgesetzt, daß der Verbrauch nicht zu sehr steigt, da ja der derzeitige Verbrauch auch erheblich unter dem Vorkriegsverbrauch liegt.

Die Geschäftsberichte der deutschen Zinkindustrie zeigen deutlich, daß trotz alledem die Werke gewillt sind, die Erzförderung durch weiteren Ausbau ihrer Gruben und durch Erschließung neuer Lagerstätten dem Verbrauch soweit wie möglich anzupassen. So erhofft die A.G. für Bergbau und Zinkfabrikation, Stolberg[69], durch die von der Reichsregierung bewilligten Förderprämien und durch die von der Dresdner Bank zur Verfügung gestellten Mittel in Höhe von 6 620 000 RM., für die der Staat die Bürgschaft übernommen hat, eine kräftige Steigerung der Erzeugung und damit eine größere Unabhängigmachung von Auslandsbezügen, die sich zuerst am Anfang des Jahres 1936 auswirken wird.

Die Gesellschaft unternimmt größere Aufschlußarbeiten im Lahngebiet bei der Grube „Holzapfel", die 1933 zusammen mit der Grube „Merkur" 16 300 t Zinkerze lieferte und bei der Grube „Vereinigte Bastenberg" in Dörnberg, die sehr erfolgreich verlaufen sind. Auch in dem nordwestlich von hier gelegenen Bensberger Erzbezirk sind neue Zinkerzgänge erschlossen und im Sauerland liegt noch außer Zinkerzen eine Schwefelkieslagerstätte, die durch ihren hohen Zinkgehalt ebenfalls ein bedeutendes Zinkerzvorkommen darstellt.

Im Zusammenhang mit dem Aufbau der neuen Zinkelektrolyse in Magdeburg hat sich auch die Produktion des oberschlesischen Zinkerzbergbaues und hier besonders die Förderung der der Bergwerksgesellschaft von Giesches Erben gehörenden Deutsch-Bleischarley-Grube beträchtlich erhöht[70]. Betrug die Gewinnung von Zinkblendekonzentraten des oberschlesischen Bergbaues im Monatsdurchschnitt 1932 9 322 t, so steigerte sie

69) Laut Geschäftsbericht der A.G. für Bergbau und Zinkfabrikation vom 21. 6. 1935.

70) Vgl. den Geschäftsbericht 1934 von Giesches Erben. Gefördert 336 122 t Erz. Aufbereitung ergab 113 953 t Zn-Konzentrat (gegen 91586 t) und 15 544 t Blei-Konzentrat (11 237 t) sowie 3 892 t Schwefelkies (gegen 1 165 t).

sich im Monatsdurchschnitt 1934 auf 12 427 t und im Monatsdurchschnitt des ersten halben Jahres 1935 beträgt die Gewinnung 10 458 t[71]).

Außer der Steigerung der Förderung der schon bereits arbeitenden Gruben unternimmt die Giesche-Gesellschaft im westlichen Teil des oberschlesischen Erzgebietes neue Aufschlußarbeiten, nach deren Abschluß jedoch nicht sofort an den Abbau gegangen werden soll, da diese westlich von Beuthen gelegenen Gebiete die einzigen Reserven des oberschlesischen Bergbaues bilden. Die Untersuchung, die mit 16 Schürfschächten von 5 bis 30 m Tiefe und mit 5 Tiefbohrungen von durchschnittlich 32 m Tiefe erfolgt, wird vielmehr nur zur Klärung der Bestände des oberschlesischen Bergbaubezirkes vorgenommen.

Außer den eben genannten deutschen Zinkerzgruben ist noch das Rammelsberger Bergwerk im Unterharz von einiger Bedeutung. Bisher wurden die Zinkerze dieser Grube nicht auf metallisches Zink verhüttet, sondern ohne Aufbereitung nur zu Zinkoxyd verarbeitet mit einer jährlichen Produktion von rund 22 000 t Zinkoxyd. Da sich der Abbau in den letzten beiden Jahren jedoch verstärkt hat, errichtete die Preußische Bergwerks- und Hütten-A.G. eine neue Zinkhütte in Oker, um diese Erze fortan auf metallisches Zink verarbeiten zu können und somit die Metallerzeugung vom Auslandsmarkt unabhängiger zu machen.

Für die deutsche Volkswirtschaft sind alle diese neu festgestellten Metallerzvorkommen von großem Werte, weil wir erhebliche Mengen von Erzen vom Ausland einführen. Wenn auch zunächst nicht beabsichtigt werden dürfte, diese Einfuhr durch die Förderung einheimischer Erze zu ersetzen, so ist es doch vom volkswirtschaftlichen Standpunkt unbedingt notwendig, die heimische Erzförderung zu steigern und überhaupt den Metallbergbau in jeder Hinsicht von Staats wegen zu stützen und zu fördern, damit er im Ernstfalle, sei es im Krieg oder sei es bei einer durch handelspolitische Maßnahmen hervorgerufenen Hemmung der Erzeinfuhr, sofort den Ausfall durch eine Mehrförderung teilweise wieder wettmachen kann. Auch für die Wehrmacht ist der inländische Erzbergbau von einer nicht zu unterschätzenden Bedeutung.

Da die Möglichkeit besteht, noch weitere als die bisher entdeckten Erzvorkommen zu erschließen, bestehen vorläufig keine allzu großen Bedenken wegen der zu frühzeitigen Erschöpfung unserer Metallbestände, doch scheint es ratsamer, heute doch noch lieber Erze einzuführen als uns der letzten Reserve durch Abbau auch der geringeren Erzvorkommen zu berauben.

---

71) Eisentraut, Breslau: Über Erzbergbau in Schlesien, auf der Hauptvers. d. Ges. Deutscher Metallhütten u. Bergleute e. V. am 20. 9. 35 in Godesberg.

2. Die Wandlung in der Altmetallverwertung.

Die Förderung des Bergbaus hat trotz allem seine natürlichen Grenzen. Aus diesem Grunde ist auch die Erhaltung und Rückgewinnung der im Inlande vorhandenen Metallbestände von gleich wichtiger Bedeutung, sollen wir nicht durch eine plötzliche Einfuhrdrosselung des Auslandes in die Lage kommen, Teile unserer Industrie stillegen zu müssen.

Durch eine vermehrte Verwertung von Altmetall und Metallabfällen werden nicht nur große Devisenbeträge, die sonst zur Einfuhr von Neumetallen verwandt wurden, frei, sondern auch die Rückständeindustrie erhält dadurch die Möglichkeit, mehr Arbeiter in den Produktionsprozeß einzugliedern.

Bisher war der Handel mit Altmetallen und Abfällen ein reines Spekulationsobjekt der zahlreichen Händler und Sortierbetriebe, denn bei niedrigen Preisen hielten sie ihre Bestände zurück, um sie erst bei steigenden Metallpreisen an Umarbeitungswerke weiterzuleiten, so daß diese Hütten, die an sich schon durch das Stagnieren der verarbeitenden Industrie nicht ausreichend versorgt waren, versuchten, ausländische Rohmaterialien herbeizuschaffen, was ihnen jedoch auch nur zum Teil gelang, da das Ausland bereits auch die Wichtigkeit der Altmetalle für die Bedarfsdeckung erkannt hatte. Hinzu kam, daß einige verarbeitende Werke, um Arbeit für ihre Belegschaft zu schaffen, die eigenen Metallabfälle im eigenen Werk wieder zu Neumetallen umarbeiteten. In kleineren Werken wurden aber diese Rückstände nur sehr unwirtschaftlich verarbeitet. Es entstanden große Metallverluste, weil geringhaltige Materialien einfach auf den Kehrichthaufen geworfen wurden. Es war eben jeder Verarbeiter darauf bedacht, den Betrieb aufrechtzuerhalten und durch Ausnutzung aller Möglichkeiten die Produktionskosten möglichst niedrig zu halten, um bei den geringen Preisunterschieden zwischen Rohmetallen und umgearbeiteten Produkten noch konkurrenzfähig zu bleiben. Dieser Zustand war auf die Dauer untragbar.

Darum mußte, um die Versorgung sicherzustellen und um die tatsächlich zu kurze Metalldecke so zu verteilen, daß alle Anforderungen der verarbeitenden Industrie befriedigt werden konnten, die Überwachungsstelle nach ihrer Errichtung auf dem Altmetallgebiet mehrere Vorschriften in Form von Anordnungen erlassen.

Bei der Durchführung der Maßnahmen zur Versorgung der deutschen Metallindustrie mit Altmetallen ergaben sich jedoch insbesondere im Anfang mehr oder weniger große Unzuträglichkeiten zwischen den Absichten der Überwachungsstelle und denjenigen der verarbeitenden Industrie und des Handels, die jedoch meist auf das Konto der Metallwirtschaft gingen, da bei einer gemeinschaftlichen Arbeit aller Beteiligten und bei einer strikten Befolgung der Überwachungsanordnungen die Metalldecke gerecht und zum Nutzen aller Verarbeiter verteilt worden wäre.

In der Praxis gingen die Altmaterialien jedoch ganz andere Wege, so daß oft das Gegenteil von dem erreicht wurde, was beabsichtigt war.

Die von der Überwachungsstelle erlassenen Anordnungen 11 bzw. 28[72] sollten durch die Zurverfügungstellung von Altmaterialien bei der Bestellung von Neumetallen eine Entspannung bringen und sollten den Rücklauf der Metallabfälle zum Umarbeitungswerk beschleunigen. Die zur Verfügung zu stellende Altmetallmenge sollte so groß sein, daß aus ihr das bestellte Neumetallquantum hergestellt werden konnte. Dadurch war die verarbeitende Industrie nicht mehr in der Lage, ihr Altmetall und ihre Abfälle an das große Sammelbecken, den Metallhandel, abzugeben, sondern sie behielt es auf Lager und kaufte außerdem noch zusätzliche Altmetallmengen, um bei Neumetallbestellungen das nötige Abfallmaterial zur Stelle zu haben. Entscheidend für diese Tatsache war außerdem noch, daß das zur Verfügung zu stellende Altmaterial nicht der gleichen Metallklasse wie das Neumetall anzugehören brauchte.

Die verarbeitende Industrie trat dadurch mehr und mehr als Konkurrent des Metallhandels auf und kaufte in steigendem Maße Altmetallmengen bei großen und kleinen Entfallstellen (unter Umständen mit Rückschlägen auf die Altmetallpreise), um dann durch Tauschgeschäfte aus dritter Hand zu dem benötigten Neumetall zu gelangen.

Erleichtert wurde der Aufkauf noch dadurch, daß die Altmetalle nicht in das System der Bedarfsscheine mit einbezogen wurden. Diese Tatsache führte dazu, daß die verarbeitende Industrie in steigendem Maße die bedarfsscheinfreien Altmetalle verarbeitete und zwar nicht nur die konsumfähigen, gegen deren Verarbeitung nichts einzuwenden ist, sondern auch diejenigen, die nicht sortiert waren, den Qualitätsansprüchen somit nicht immer genügten, also aus volkswirtschaftlichen Gründen erst den Umweg über die Raffinieröfen der Schmelzwerke hätten machen müssen. Dadurch wurde zwangsläufig das Handelsvolumen des Metallhandels verringert und viele Sortierbetriebe waren ohne Beschäftigung, was wiederum zur Folge hatte, daß Arbeiterentlassungen eintraten.

Schließlich hatte sich das Tauschsystem soweit entwickelt, daß von einem Verkauf von Altmetallen nicht mehr die Rede sein konnte, da der Metallhandel und die Entfallstellen kein Interesse am Altmetallverkauf hatten, weil jeder ein großes Lager halten wollte, um mit Hilfe dieser Mengen die günstigsten Tauschgeschäfte machen zu können. Das bedeutete volkswirtschaftlich gesehen, daß große Metallbestände der Kontrolle der Überwachungsstelle entzogen wurden, da sie sich nicht mehr allein in dem verhältnismäßig kleinen und leicht kontrollierbaren Bereich des Metallhandels befanden, sondern bei den Verarbeitern lagen und der Umlauf, der anfangs durch die Maßnahmen der Überwachungsstelle beschleunigt werden sollte, durch Zurückhaltung verzögert wurde. Die Altmetallmengen froren

72) Vgl. S. 82 betr. Umarbeitungsgeschäfte.

ein und waren überdies nicht sortiert. Die Werke konnten somit nicht genügend mit den nötigen Altstoffen versorgt werden.

Eine Ausschaltung des Metallhandels vom Erwerb des Altmetalls und der Metallabfälle lag jedoch nicht in der Absicht der Überwachungsstelle. Der Metallhandel hat vielmehr die wirtschaftliche Funktion der Sammlung, Sortierung und Weiterleitung der Altmetalle sowie der Versorgung der metallverarbeitenden Industrie mit diesen und mit Metallen in Blockform. Hierbei hat der Handel zu unterscheiden, welche Abfälle zum direkten Konsum gehen (wegen der Reinheit) und welche Abfälle erst durch ein Umarbeitungswerk laufen müssen. Hochwertiger Abfall darf, wenn der volle Wert erzielt werden soll, nicht erst in eine Raffinierhütte gehen und umgekehrt darf ein minderwertiger Abfall nicht direkt zum Konsum gelangen, sondern muß erst in einem Schmelzwerk aufgearbeitet werden.

Auch rein wirtschaftlich ist der Handel der billigste Weg zur Erfassung aller Altmetallbestände, da er infolge seiner über ganz Deutschland ausgedehnten Organisation in der Lage ist, die Altmetalle kosten- und frachtmäßig günstiger an die Werke weiterzuleiten, während bei einer Versendung kleinster Mengen von jedem einzelnen Betrieb zum Schmelzwerk eine unnütze Belastung durch verteuerte Aufwendungen und Frachten eintreten würde. Außerdem hat ein großer Teil der verarbeitenden Industrie geldliche Unterstützung durch Kreditbelieferung nötig, die bei einer Ausschaltung des Handels auch fortfallen würde.

Aus der Erkenntnis der Lebensnotwendigkeit des Metallhandels heraus hat nun die Überwachungsstelle die Anordnung 37[73]) erlassen, wonach die Lieferpflicht von Umarbeitungsmaterial für den Besteller von Halbzeug fortfällt. Betriebe der Metallgewinnung und -verarbeitung dürfen nur noch in den Metallklassen kaufen, die sie unmittelbar für den eigenen Betrieb benötigen. Darüber hinaus darf die verarbeitende Industrie nur noch Metalle kaufen, die sie zur Umarbeitung bei anderen Betrieben auf Erzeugnisse benötigt, die für den eigenen Betrieb zur Verarbeitung oder sonstigen Verwendung gebraucht werden. Der Einkauf von Metallen anderer Metallklassen ist verboten. Dadurch werden die oben geschilderten Tausch- und Gegenseitigkeitsgeschäfte vollständig unterbunden und die Überwachungsstelle erhält wieder eine genaue Kontrolle über das im Umlauf befindliche Material. Ebenso ist jetzt der Metallhandel davor geschützt, daß zum Teil die metallverarbeitenden Betriebe unter absolut unwirtschaftlichen Bedingungen in kleineren Entfallstellen Altmetalle jeder Klasse kaufen, um sie für Tauschgeschäfte zur Verfügung zu haben, da die Pflicht zur Lieferung von Altmetallen bei Neumetallbestellungen nicht mehr besteht und somit auch das Interesse an einem großen Altmetallager schwindet.

Trotz allem reichen aber die Altmetalle zur Bedarfsdeckung der Raffinierhütten auch heute noch nicht aus und eine Steigerung des Einsatzes

73) Vgl. S. 82.

von Altmetallen anstelle fertig eingeführter Neumetalle konnte bisher noch nicht im wesentlichen Maße erreicht werden, da die Zunahme der Metallverarbeitung in Deutschland nur eine geringe Erhöhung des Altmetallentfalls zur Folge hatte.

Einer Einfuhr von Altmetallen standen auf einer Seite die Devisenschwierigkeiten und auf der anderen die handelspolitischen Maßnahmen der Bezugsländer entgegen. Trotzdem ist bei der deutschen Einfuhrbewirtschaftung die Bedeutung der Regenerierbetriebe als devisensparende und arbeitschaffende Industrie weitgehend berücksichtigt worden und die Neumetalleinfuhr zugunsten der Altmetall- und der Erzeinfuhr eingeschränkt worden.

Eine künstliche Steigerung des Entfalls ist nun jedoch weder möglich noch zu vertreten. Doch könnte man, wenn es der Devisenbestand irgendwie erlaubt, doch wieder mehr Nichteisenmetalle einführen und diese in der Industrie (Maschinen- und Elektro-Industrie), in Eisenbahnen, Kraftfahrzeugen investieren, denn je größer die Menge des investierten Metalls, um so größer wird auch die Menge des anfallenden Altmaterials sein, da Nichteisenmetalle nicht, wie Lebensmittel verbraucht werden, sondern in der Wirtschaft verbleiben und jederzeit ohne größere Schwierigkeiten regeneriert werden können[74]. Natürlich darf man diese Metalle dann nur für solche Zwecke verwenden, bei denen sie nicht verloren gehen (wie z. B. bei Farben).

Darüber hinaus müssen die Rückgewinnungsverfahren weiter ausgebildet werden, um auf diese Weise die Umarbeitungskosten weitgehend senken zu können. Wie in der Erzaufbereitung versucht wird, auch Erze mit geringem Metallinhalt zu verhütten, so muß auch die Altmetallverwertungsindustrie dahin streben, die Metalle entweder aus Schlacken, Zwischenproduktion, Abgasen und alten gebrauchten Metallgegenständen möglichst weitgehend zu gewinnen und alle Metallverluste zu vermeiden.

Außerdem sind bei der heutigen Versorgungslage die Freigrenzen bei den Bestandsmeldungen noch viel zu groß[75]. Es werden dadurch viele tausend kleinere Metallentfallstellen nicht mit in die Bestandsmeldung einbezogen, wodurch der Überwachungsstelle der Überblick verloren geht über diese Mengen, die planmäßig eingesetzt, die Rohstoffnot noch erheblich vermindern würden. Kleinere Freigrenzen oder die monatliche Abgabe dieser freien Altmetallmengen an den kontrollierbaren Metallhandel könnten hier vielleicht einen Wandel bringen.

Die Leitung aller dieser noch zu lösenden Aufgaben zur Sicherstellung der so dringend benötigten Metalle liegt bei der Überwachungsstelle, die im Metallhandel, in der Metall erzeugenden und verarbeitenden Industrie ihre ausführenden Organe hat, und die alle gemeinsam weiterhin tatkräftig daran arbeiten werden, damit alle Metallbestände restlos erfaßt und Alt-

74) Prof. Kohlmeyer in: Metallwirtschaft XIV, Nr. 25.
75) Vgl. S. 89.

metalle und Abfälle auch dann nutzbar gemacht werden können, wenn kein persönlicher Nutzen des Einzelnen in Frage kommt.

3. Die Umstellung in der deutschen Nichteisenmetallwirtschaft.

(Die Aluminiumwirtschaft im neuen Staat).

Die bestehenden handels- und währungspolitischen Schwierigkeiten sind zu einem der entscheidenden Faktoren der metallwirtschaftlichen Entwicklung geworden und es ist deshalb kein Zufall, daß die Aluminiumindustrie gerade in den Ländern seit einigen Jahren im Aufschwung begriffen ist, die über nicht allzu große Metallerzlagerstätten verfügen und deshalb versuchen müssen, einen Ersatz[76] für diese fehlenden Metalle, vor allem für Kupfer, zu schaffen.

Auch Deutschland zählt zu den größten Metallverbrauchern, hat aber selber nur, wie wir gesehen haben, verhältnismäßig geringe Vorkommen. Aus diesem Grunde konzentriert sich das Interesse auch in Deutschland auf die Möglichkeit, Nichteisenmetalle (Kupfer, Zinn) durch das Aluminium zu ersetzen.

Wenn ein Metall in unserer umgestellten Rohstoffwirtschaft soll auftreten können, so muß es drei Bedingungen erfüllen. Erstens es muß im Inlande in genügender Menge hergestellt werden können; zweitens es muß hervorragende Eigenschaften besitzen und es darf drittens nur einen geringen Devisenaufwand beanspruchen. Alle diese drei Bedingungen erfüllt zweifellos das Aluminium.

Noch im Jahre 1933, einem Jahr, das durch eine allgemeine Produktionssteigerung gekennzeichnet war, hatte sich jedoch die deutsche Aluminiumindustrie noch keineswegs von der Krise erholt, sondern ihre Produktion war noch seit 1932 geringer geworden und betrug rund 19 000 t[77]. Im Jahre 1934 stieg jedoch infolge der Wirtschaftsbelebung und hauptsächlich infolge der Umstellungsmaßnahmen der Überwachungsstelle die Erzeugung und der Verbrauch an Aluminium auf fast das Doppelte. Die Erzeugung steigerte sich von 18 000 t in 1933 auf 37 200 t in 1934, während der Verbrauch von 28 000 t auf 52 500 t im selben Zeitraum anwuchs, also noch bei weitem größer war, so daß außerdem noch Rohaluminium eingeführt und an den Abbau der Lagervorräte gegangen werden mußte.

---

76) Aluminium ist zwar technisch kein Ersatzstoff, sondern ein gleichwertiger Rohstoff mit eigenen Qualitäten.

77) Die Kapazität betrug hingegen 40 000 t, war also nur zu ca. 48% ausgenutzt, was kostenmäßig für die kapitalintensive Aluminiumindustrie eine starke Belastung darstellte.

Erst mit der Heraufsetzung der Produktionsquote Ende 1934[78] auf 55 000 t wurde es der Aluminiumindustrie möglich, die Kapazität und die Erzeugung erheblich zu steigern, so daß schon seit 1935 die Produktion mit dem Verbrauch Schritt halten kann und mit einem weiteren Ansteigen der deutschen Aluminiumherstellung im Jahre 1936 zu rechnen ist.

Zwar sind wir in der Aluminiumherstellung nicht völlig unabhängig vom Ausland, denn Deutschland besitzt nur geringe Bauxitläger am Vogelsberg und ist somit gezwungen, da sich diese Läger überdies nicht sonderlich gut zur Aluminiumherstellung eignen, das Bauxit aus dem Auslande zu beziehen. Die Einfuhr von Bauxit wird jedoch außerordentlich billiger als diejenige beispielsweise von Kupfer und Zinn, da die Kosten für Bauxit nur ca. 7% des Durchschnittserlöses ausmachen. Eine Tonne Kupfer kostet ca. 400 RM., während 4 Tonnen Bauxit zur Herstellung von einer Tonne Aluminium nur für rund RM. 90 Devisen beanspruchen, was eine Ersparnis von ca. 300 RM. bedeutet. Die Devisenersparnis, die durch die Einfuhr von Bauxit erreicht wird, hat jedoch auch ihre Grenzen und zwar dann, wenn das Ausland sich infolge unserer gedrosselten Neumetalleinfuhr sträubt, unsere Metallfertigwaren abzunehmen und so dadurch das Außenhandelsvolumen weiter vermindert wird, was dann allerdings wieder zu einer weiteren Beschränkung der Metalleinfuhr führen müßte. Die Aluminiumindustrie ist hinsichtlich des Rohstoffes die bestfundierte Industrie und die geringe Auslandsgebundenheit des Rohstoffwertes der Aluminiumindustrie ist nicht zu verkennen. Dagegen spielen bei den Selbstkosten des Aluminiums die Kosten für Kohle, Soda, Kalk und Strom eine weit größere Rolle, so daß der durchschnittliche Erlös trotzdem gar nicht allzu weit über der Rentabilitätsgrenze der deutschen Aluminiumindustrie liegt und es somit noch technischer Verbesserungen bedarf, um eine wesentliche Verbilligung zu erzielen.

Das entscheidende Moment für einen vermehrten Verbrauch von Aluminium war das Verbot der Verwendung von Kupfer für Freileitungen und später das Verwendungsverbot für Blei und Zinn für die verschiedensten Gegenstände[79]. Somit hat eine Zwangsmaßnahme den Streit der Kupfer- und Aluminiuminteressenten grundsätzlich geschlichtet und der wirtschaftspolitische Zwang zur Umstellung hat dem Aluminium für verschiedene Gegenstände den Vorrang gegeben.

Im Freileitungsbau und in der Herstellung von Drähten für die Elektrotechnik besaß die Kupferindustrie vor der Umstellung fast Monopolcharakter. Die Hälfte des in Deutschland zur Verarbeitung kommenden Kupfers ging in diesen Industriezweig. Im Jahre 1934 wurden allein für Freileitungen ca. 12 000 t Kupfer verbraucht, während im Gegensatz hierzu

78) Deutschland gehörte der internationalen Kartellorganisation, der Alliance Aluminium Cie A.G., Basel, an. Die Produktion und der Absatz sind international kartelliert.

79) Vgl. S. 87.

in England nur Aluminiumleitungen liegen und in den Vereinigten Staaten nur ein Bruchteil der Freileitungen auf Kupferleitungen entfällt.

Es wird also in Deutschland mit den Verbotsanordnungen kein Neuland beschritten, vielmehr hat sich das Aluminium auf diesem Gebiet bisher in anderen Ländern sehr gut bewährt, so daß keine Bedenken für die Verwendung des Aluminiums mehr bestehen. Auch ist die deutsche Industrie hierin keine Anfängerin, denn sie hat schon bereits jahrelange Vorarbeiten geleistet[80].

Das Aluminium hat die gute Eigenschaft, daß es sehr leicht ist — es wiegt nur halb so viel wie Kupfer —, trotzdem aber dieselbe Leitfähigkeit besitzt. Infolge des größeren Durchschnitts der Aluminiumleitungen besteht allerdings auch eine größere Bruchgefahr, vor allem in Gebieten mit häufiger Reifbildung, doch können hier die reinen Aluminiumleitungen durch Stahlaluminiumdrähte ersetzt werden[81]. Die Kosten bei Aluminiumleitungen liegen jedoch infolge der ziemlich hohen Kartellpreise etwas höher. Aus diesem Grunde haben bis jetzt nur die Reichselektrowerke und die Bayernwerke, da sie über eigene Aluminiumhütten verfügen, Aluminium für Freileitungen und für andere Drähte verwandt.

Jedoch auf anderen Gebieten kann der Kupferverbrauch weitgehend entlastet werden, so im Maschinen- und Apparatebau, Schiffbau, in der Autofabrikation und in der gesamten Bauwirtschaft.

Der Zinnverbrauch kann ebenfalls durch eine vermehrte Aluminiumverwendung nahezu ganz eingeschränkt werden, vor allem in der Nahrungsmittelindustrie (Konservendosen) und bei der Herstellung von Broncen und Folien. Die Mengen, die durch eine vermehrte Verwendung des Aluminiums anstelle von Kupfer, Nickel, Zink und Zinn frei werden, sind sehr schwer zu schätzen, belaufen sich jedoch auf etwa 10 bis 20 000 t jährlich.

Schließlich eröffnet sich durch den Aufbau der deutschen Luftflotte und überhaupt durch den Flugzeugbau dem Aluminium (Dur-Aluminium) ein ganz neues Verwendungsgebiet. Es entspricht also der natürlichen Entwicklung, daß Deutschland auf diesem Gebiet weiterarbeitet, auch wenn vorerst der Preis für das Aluminium infolge der Neuinvestitionen zum Ausbau der Kapazität etwas ansteigen sollte. Die Umstellung[82] geschieht jedoch nicht von heute auf morgen, sondern ganz allmählich, so daß der wirtschaftliche Ablauf nicht wesentlich dadurch gehemmt werden wird.

---

80) So besteht auf der Insel Sylt schon seit längerem eine Demonstrationsleitung aus Aluminium, um die Eigenschaften des Leichtmetalls auf diesem Gebiet prüfen zu können.

81) England besitzt nur Stahlaluminiumleitungen.

82) Die nötigen Umstellungen auf dem Gesamtgebiet der Nichteisenmetalle werden vom Aktionsausschuß für Nichteisenmetallindustrie vorgenommen.

4. Die Umlagerung der deutschen Metalleinfuhr und die Verlagerung der Außenhandelsbeziehungen.

Die eigene Herstellung des Rohstoffbedarfs in Deutschland, besonders wenn sie erheblich teurer wird, ist nicht immer nur aus Rücksicht auf die Devisenbilanz einer Rohstoffeinfuhr vorzuziehen. Trotz der augenblicklich bestehenden Devisenschwierigkeiten befindet sich Deutschland noch nicht in einer Notlage wie beispielsweise der des Weltkrieges, wo infolge der Abschnürung vom Weltmarkt die heimischen Bodenschätze die einzige Quelle und wo die Ersatzstoffherstellung der einzige Ausweg waren.

Die Rücksicht auf die deutsche Wirtschaftslage erfordert es vielmehr, die bislang bestehende Einfuhr unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, um einmal, da Deutschland in der Rohstoffveredelung an führender Stelle steht, auf dem Weltmarkt wettbewerbsfähig zu bleiben, was jedoch nur geschehen kann, wenn die deutsche metallverarbeitende Industrie mit den billigsten Rohstoffen versorgt wird und zum anderen, um Verluste an Kapital und Entlassungen von Arbeitskräften, die durch Umstellung vom ausländischen zum inländischen Rohstoff eintreten würden, zu vermeiden.

Die Richtung der heutigen Einfuhrpolitik ist jedoch eine andere geworden. Wurden bisher zum größten Teil fertige Metalle, die keiner Weiterverarbeitung oder nur noch einer geringen Verfeinerung bedurften, nach Deutschland eingeführt, so wird bei der heutigen Einfuhr darauf gesehen, daß nur solche Rohstoffe in überwiegendem Maße vom Ausland gekauft werden, in die noch deutsche Arbeit hineingesteckt werden kann, ehe sie als fertiges Metall zum Verbrauch gelangen. Es handelt sich also in der Hauptsache um die Aufrechterhaltung und Steigerung der Erzeinfuhr, die einmal einen weit geringeren Devisenaufwand als die Fertigmetalleinfuhr beansprucht und zum anderen für deutsche Hütten Arbeit schafft. In zweiter und dritter Linie kommen dann die Altmetalle, die auch sparsam im Devisenverbrauch sind und diejenigen Rohmetalle, die noch einem Raffinationsprozeß unterworfen werden müssen, um verarbeitungsfähig zu werden [83].

So einfach wie diese Rangordnung der Einfuhrüberwachung aussieht, um so größer sind die Schwierigkeiten, die sich bei der praktischen

---

83) Warlimont berechnet in der Deutschen Bergwerks-Ztg. vom 12. September 1933 auf der Basis der durchschnittlichen Londoner Metallnotizen vom ersten Halbjahr 1933 in Gold-£ den wertmäßigen Anteil deutscher Arbeit an der Herstellung von:

Kupfer je nach Art des Rohmaterials (Schwefelkies, Kupferkonzentrat, Cu-stein und Rohkupfer)	auf	25—75%
Hüttenrohzink aus Zinkkonzentraten	auf rund	52%
Hüttenweichblei aus Bleikonzentraten	auf rund	47%
Standardzinn aus ausländischen Zinnkonzentraten	auf	11%
Standardzinn aus importierten Altmetallen und Rückständen	auf	50%
Aluminium aus ausländischem Bauxit	auf	95%

Durchführung ergeben, da nicht allein Deutschland bestimmen kann, welche Rohmaterialien es zu kaufen beabsichtigt, sondern es außerdem abhängig ist von der Situation auf dem Weltmarkt. Die Erze sind knapp und die ausländischen Produzenten suchen ihre Erze selbst zu verhütten. Die Konkurrenz der Auslandshütten (die z. T. durch Währungsentwertungen begünstigt sind) um das für die Verhüttung nötige Rohmaterial (Erze und Altmetalle) ist für die deutschen Hütten eine sehr große [84]).

Einer schnellen und vollständigen Durchsetzung des Übergangs vom Fertigmetall oder Halbzeugbezug zum Vormetall und Rohstoffbezug steht weiter der Umstand entgegen, daß trotz der Einfuhrbewirtschaftung seit dem Jahre 1934 noch langfristige Verträge über die Einfuhr ausländischer Fertigmetalle laufen und daß noch Lücken in dieser Einfuhrüberwachung lagen, da über ausländische Sonderkonten, über Rohstoffkredit-, Warentausch- und Verrechnungsgeschäfte und auch ohne Devisenbescheinigung [85]) noch Metalle hereingekommen sind, ohne daß die Überwachungsstelle eine Möglichkeit hatte, diese Einfuhren zu bremsen. Bei dem heutigen internationalen Waren- und Zahlungsverkehr muß auch teilweise Halbzeug gekauft werden, um überhaupt nur einen Warentausch zu erzielen. Auch kann sich die Überwachungsstelle nicht einfach über handelsvertragliche und zwischenstaatliche Bindungen hinwegsetzen und es müssen teilweise Fertigmetalle eingeführt werden, da der Vertragspartner besonderen Wert darauf legt und bei Nichteinhaltung dieser Abmachung sonst die deutsche Ausfuhr in sein Land abbremsen würde. Überhaupt haben die ausländischen Hütten absolut kein Interesse daran, daß ihr Metallabsatz durch Erzlieferungen ausländischer Gruben an die deutschen Wettbewerbshütten in irgendeiner Weise geschmälert wird.

Aus allen diesen Gründen ist klar ersichtlich, daß Deutschland den Bezug von noch verarbeitungsbedürftigem Rohmaterial nicht ganz plötzlich stark erweitern kann, da einmal das Angebot fehlt und zum anderen die deutschen Hütten trotz Verhüttungsprämien nicht immer die Preise bieten können, wie sie ihre ausländischen Konkurrenten zahlen.

Trotz allem ist die Frage des Übergangs vom Halbwaren- zum Rohstoffimport in der metallverarbeitenden Industrie seit der Bewirtschaftung dem Ziel um einige wichtige Schritte nähergekommen.

Die Einfuhr von Erzen und Konzentraten ist seit Einsetzen der Metallbewirtschaftung erheblich gestiegen. Eine Ausnahme bildet hier lediglich die Bleierzeinfuhr, die seit 1933 durch die geringere Lieferung Groß-Britannies und Britisch-Amerikas zurückgegangen ist. Der Rückgang konnte selbst

---

84) Besonders bei der Altmetallverhüttung, in der Deutschland bisher führend war.

85) Wobei Importeure sich durch eine Bewilligung höherer Preise einen längeren Kredit gesichert haben.

durch eine Mehrlieferung Jugoslowiens [86], Boliviens und Perus bis jetzt nicht wieder wettgemacht werden.

	1933		1934		1935	
in t	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.	Einf.	Ausf.
Bauxit	239 062	4	326 465	——	505 485	65
Bleierze	105 168	8 336	82 032	4 545	83 982	8 727
Kupererze, Kupferstein, Kiesabbrände	240 902	10 956	324 921	5 026	400 538	5 798
Zinkerze	79 068	101 459	127 310	81 192	117 240	27 777
Zinnerze [87]	431	152	602	110	1 232	671

Gegenüber der Steigerung der Erzeinfuhr ist ihre Ausfuhr als Folge der Entwicklung, die auf eine weit stärkere Verarbeitung der inländischen Metallbestände abzielt, erheblich zurückgegangen, vor allem die Zinkerzausfuhr, in deren Verringerung sich die grundlegend geänderte Struktur der deutschen Zinkwirtschaft durch den Aufbau der Magdeburger Zinkelektrolyse wiederspiegelt [88]. Die in der Rangordnung der Metalleinfuhrbewirtschaftung hinter den Erzen stehenden Rohmetalle und Abfälle, die noch zur Verarbeitung deutsche Werke durchlaufen müssen und deswegen im Sinne der Rangordnung erwünscht sind, konnten ihre Einfuhr auf einem beachtlichen Hochstand erhalten und sogar teilweise noch steigern. Die größte Steigerung erfuhr hier die Aluminiumeinfuhr (infolge vermehrter Aluminiumverwendung durch die Verwendungsverbote für Cu), aber auch die Einfuhr von Rohblei ist seit 1934 im Ansteigen begriffen. Auf der anderen Seite steht dieser Einfuhrzunahme ein Rückgang bei Kupfer, Zink und Zinn gegenüber.

in t:	1933	1934	1935
Aluminum	456	2 737	15 247
Rohkupfer	154 643	180 247	153 365
Rohblei	48 685	48 554	54 465
Rohzink	54 748	66 271	61 384
Zinn	14 872	13 470	11 824

In der Kupfereinfuhr sind bemerkenswerte Verschiebungen dadurch eingetreten, daß der drohenden Überhandnahme der Fertigkupfereinfuhr (Elektrolytkupfer, best selected) ein Einhalt geboten ist. Der Anteil des Fertigkupfers an der Gesamtkupfereinfuhr, der 1934 noch zwei Drittel betrug, ist jetzt auf ein Drittel zurückgefallen. Ebenso ist die Einfuhr von Feinzink in den letzten 2 Jahren sehr stark gebremst worden. Noch 1933 wurden 45 607 t dieses Fertigmetalls eingeführt, während 1935 nur noch

86) Nach dem geplanten Neuaufbau jugoslavischer Bleihütten wird allerdings die Einfuhr geringer werden.

87) Darunter auch Uran-, Titan-, Molybdän-, Wolframerze.

88) Das Ende 1935 erlassene Ausfuhrverbot für Zinkerze hat noch erheblich zur Einfuhrverringerung im Jahre 1935 beigetragen.

14 564 t, also etwas weniger als ein Drittel, nach Deutschland hereinkamen. Entscheidend für die Drosselung der Roh- und Feinzinkeinfuhr durch die Überwachungsstelle war die Errichtung und Inbetriebnahme der neuen Elektrolyse in Magdeburg und der Feinzinkanlage in Duisburg.

Auch die Ausfuhr von Rohmetallen und Abfällen ist, genau wie die Erzausfuhr, in den letzten Jahren immer mehr zurückgegangen und betrug 1935 noch nicht ein Viertel der im Jahre 1934 eingeführten Mengen [89].

Eine gewisse Metallausfuhr mußte die Überwachungsstelle jedoch zulassen, da diese teilweise auf einem aktiven Veredelungsverkehr mit dem Ausland beruht und in Form von Veredelungslöhnen einen erheblichen Devisenbetrag nach Deutschland hereinbringt. Schließlich können auch die Hütten durch eine Rohmetallausfuhr die für ihre Rohstoffversorgung nötigen Devisen erhalten und so sich gewissermaßen selbst finanzieren.

Neben den Versuchen zur Einfuhrumlagerung von Fertigmetall und Halbzeug auf Rohstoffe, die immerhin in dem kurzen Zeitraum von 2 Jahren zu einem guten, wenn auch noch nicht vollständigen Erfolg, führten, war das Hauptziel aller weiteren einfuhrpolitischen Maßnahmen der Überwachungsstelle die stärkere Verlagerung der Außenhandelsbeziehungen, d. h. die Verlagerung der Rohstoffeinfuhr auf die Länder, mit denen wir im Handelsverkehr einen Ausfuhrüberschuß haben, zu ungunsten derjenigen Länder, die bisher große Rohstoffmengen nach Deutschland einführten, ohne deutsche Fertigwaren abzunehmen [90]. Diese Maßnahmen haben dazu geführt, daß der Metallbezug tatsächlich eine deutliche Verlagerung in den letzten Jahren zeigt und zwar auf diejenigen Länder, mit denen ein Verrechnungs- oder Zahlungsabkommen besteht, in der Hauptsache auf europäische Länder. Einige Zahlen mögen dies verdeutlichen.

Einfuhr in t: [91]	1934	1935
Bauxit:		
Frankreich	120 450	75 081
Jugoslavien	77 274	150 397
Ungarn	109 851	218 149
Zinkerze:		
Britisch-Amerika	38 099	27 716
Mexiko	34 399	25 811

89) Auch für Rohmetalle (für Kupfer und -Leg. schon ab Juni 1934) wurden Ende 1935 Ausfuhrverbote erlassen. Vor dem Inkrafttreten der Verbote schnellte jedoch die Ausfuhr an Rohmetallen (besonders Blei) noch einmal stark in die Höhe.

90) Zu den ersteren Ländern gehören in der Hauptsache die europäischen (außer Frankreich und Groß-Britannien), während dagegen die überseeischen Länder (Nord-Südamerika, Brit. Weltreich) zur zweiten Gruppe zählen und Zuschußgebiete sind.

91) Statistik zusammengestellt aus den monatlichen Nachweisen für den auswärtigen Handel Deutschlands, Jg. 1933/35.

Schweden	3 959	6 578
Jugoslavien	430	2 422
Rohblei:		
U.S.A.	4 336	1 643
Kanada	2 040	148
Jugoslavien	215	1 424
Schweden	963	1 565
Spanien	516	3 568
Rohzink:		
Belgien	21 375	13 619
Niederlande	3 676	11 201
Rohkupfer:		
U.S.A.	49 643	16 588
Kanada	9 663	2 067
Jugoslavien	8 930	11 671
Schweden	2 822	3 291

Die Verlagerung der Einfuhr gerade auf die Verrechnungsländer ist jedoch noch lange kein Beweis für den positiven Wert solcher Abkommen. Es kommt vielmehr deutlich die Zwangsläufigkeit darin zum Ausdruck. Fast der ganze europäische Kontinent (außer Belgien und England) ist auf Verrechnung eingestellt, so daß der kleinste Teil der durch die Ausfuhr anfallenden Devisen in freien Devisen eingeht. Deutschland wird infolgedessen gezwungen, seine Exporterlöse in den Ländern für Rohstoffe anzulegen, wo sie eingegangen sind. Dadurch entsteht selbstverständlich eine Eingleisigkeit des Warenverkehrs und eine allmähliche Nivellierung und Verkrampfung des Welthandels, die sich für Deutschland in weiteren Devisenschwierigkeiten auswirkt.

Somit ist der Verrechnungsweg keineswegs als vollwertiger Ersatz anzusehen, da es in den meisten Fällen doch noch an dem dazu erforderlichen Ausgleich zwischen Ein- und Ausfuhr fehlt. Trotzdem hat die Einfuhrumlagerung in den letzten beiden Jahren schon beachtliche Erfolge erzielt [92], und sie verspricht auch in Zukunft erfolgreich zu werden, denn bei Metallen sind wir nicht, wie bei Gütern der Ernährung und Bekleidung, bei denen eine Umlagerung weit schwieriger ist, so sehr auf Bezugsgebiete, die in wärmeren Zonen liegen, angewiesen.

Deutschland wird den einmal festgelegten Weg, nur in den Ländern Rohstoffe zu kaufen, die gleichzeitig von uns Fertigwaren [93] abnehmen,

---

92) S. die Tabelle auf S. 116/117.

93) Metallhalbzeug (Ausnahme Aluminium) ist zur Kompensation im privaten Verrechnungsverkehr außerhalb der staatlichen Abkommen ausgeschlossen. Dieser Ausschluß wird sich jedoch nicht allzu ungünstig für die deutsche Metallwirtschaft auswirken.

unbeirrt weitergehen. Diese Politik wird durch den Verrechnungsverkehr unterstützt, da erst durch ihn und das ist ein Vorteil eines solchen Verkehrs — der eigentliche Sinn des Außenhandels von den Beteiligten erkannt wird, nämlich, daß Verkauf und Kauf zusammengehören.

Schlußbetrachtungen.

Die Bedeutung der Metalle für das Leben und Wirtschaften eines Staates macht nun jedoch jede Metallwirtschaft von vornherein zu einem äußerst wichtigen wirtschaftlichen und politischen Faktor, so daß es die Aufgabe einer jeden Regierung sein muß, nationale Rohstoffwirtschaft zu treiben. Der Eingriff des neuen Staates in die deutsche Metallwirtschaft mit zahlreichen wirtschaftspolitischen Maßnahmen wurde darum aus nationalwirtschaftlichen Erwägungen heraus zu einer unumgänglichen Notwendigkeit, um die eigene Wirtschaft vor der heutigen Weltwirtschaft mit ihren ungünstigen Einflüssen zu schützen. Die Maßnahmen des Staates in den letzten Jahren bewegten sich, wie wir gesehen haben, in dreierlei Richtung, einmal in der Erweiterung unserer Erzbasis durch zahlreiche Neuaufschlüsse, zum anderen in einer der Rohstoffbeschaffung angepaßten Steuerung unserer handelspolitischen Beziehungen zu dem Ausland und ferner in einer möglichst sparsamen und zweckmäßigen Verwendung und Verwertung der vorhandenen in- und ausländischen Rohstoffe und Altmetalle.

Diese in einer Zeit des wirtschaftlichen Kampfes zum Schutze nationaler Erfordernisse getroffenen Maßnahmen haben nun tatsächlich bewirkt, daß sich die Dinge im allgemeinen weiter in der Richtung einer relativen Selbstversorgung entwickelt haben. Der Erfolg besteht darin, daß die deutschen Metallhütten zu einer besseren Ausnutzung und Vergrößerung ihrer Kapazität gehen konnten. Die Erzeugung aller Schwermetalle [94] ist seit 1933 erheblich gestiegen und die Zukunft läßt noch weitere Erzeugungssteigerung bei verschiedenen, wenn auch nicht bei allen Schwermetallen, zu.

in t	1933	1934	1935
Rohkupfer	49 800	52 600	55 700
Raffinade-Kupfer	160 300	170 600	190 400
Roh-Feinzink [95]	50 900	72 900	124 100
Hütten-Weichblei [95]	120 300	123 400	129 300

Die größte Produktionssteigerung erzielten die deutschen Zinkhütten. Die Entspannung der Zinkversorgungslage trat durch den Aufbau neuer Zinkhütten ein, besonders durch die Errichtung und Inbetriebnahme der Magdeburger Zinkelektrolyse im Jahre 1934 [96]. Vorher war schon eine kleine Erleichterung durch die im Juni 1934 erfolgte Inbetriebnahme der Zinkraffinerie bei Berzelius eingetreten [97]. Die bis jetzt im Betrieb be-

94) Vgl. auch S. 110 ff. über die Produktion des Leichtmetalls Aluminium.

95) Ohne Remelted Zn. und ohne Blockblei.

96) Kapazität 40 000 t.

97) Diese Anlage liefert aber nur 5—6 000 t Feinzink bei Tagesleistung von 16 t.

findlichen Zinkhütten haben eine Kapazität von ca. 147 000 t, die mit einer Produktion von 124 100 t zur Zeit noch nicht ganz ausgenutzt ist. Um den Selbstverbrauch Deutschlands in Höhe von 170 000 [98] vollständig decken zu können, ist noch der Ausbau verschiedene kleinerer Hüttenanlagen im Jahre 1936 geplant, wodurch die Kapazität auf 170 000 t steigen wird. Einen weiteren Auftrieb wird die Zinkerzeugung durch die Fertigstellung der neuen im Bau befindlichen Zinkhütte in Oker [99] erhalten. Die neue Hütte wird die jetzt in verstärktem Maße abgebauten Zinkerze des Bergwerks Rammelsberg verarbeiten, nachdem diese bis jetzt ohne Aufbereitung nur auf Zinkoxyd verarbeitet wurden (22 000 t jährlich).

Mit der Fertigstellung und Inbetriebnahme dieser Anlage wird dann die Produktion an Zink den Verbrauch vollständig decken können, so daß kein Bedürfnis für den Aufbau neuer oder den Ausbau schon bestehender Hütten [100] mehr besteht, vorausgesetzt, daß der Zinkverbrauch nicht zu sehr ansteigt, was jedoch leicht möglich sein kann, da in Zukunft das zur Verfügung stehende Zink nicht mehr allein für die bisherigen herkömmlichen Verwendungszwecke (Zinkblech, billige Gußartikel) verwandt werden wird, sondern auch für neue Verwendungsgebiete in Frage kommt.

Die Produktionszahlen für Hüttenweichblei und Rohkupfer zeigen jedoch deutlich, das ist nicht zu verkennen, begrenzte Entwicklungsmöglichkeiten und die geringe Beeinflußbarkeit von seiten des deutschen Metallbergbaus, besonders des Kupferbergbaus (Mansfeld), dessen Produktion an der Grenze der Leistungsfähigkeit angekommen zu sein scheint Aus diesem Grunde wird in Zukunft auch die Kupfererzeugung aus heimischen Rohstoffen nicht weit über 27 000 t gesteigert werden können. Die weitere Steigerung der Rohkupfergewinnung hängt also von der Möglichkeit der Einfuhr ausländischer Erze und Konzentrate ab und hier stehen die deutschen Kupferhütten seit der £- und $-Entwertung in einem ständigen Konkurrenzkampf mit dem Ausland, das vielfach billigere Hüttenlöhne bieten kann. Trotz allem wird die deutsche Rohkupfererzeugung auch in Zukunft nicht den Bedarf, der sich überdies seit 1932 verdoppelt hat und heute ca. 300 000 t beträgt, decken können und eine erhebliche Einfuhr (jährlich für 90 bis 100 Millionen RM.) bleibt nach wie vor notwendig. Ein Lichtblick in dieser nicht gerade rosigen Versorgungslage ist die Tatsache, daß Deutschland große Mengen an Kupferfertigwaren (wie Kabel und elektrotechnische Artikel) an das Ausland liefert und so Devisen für die Einfuhr von Kupfer anfallen.

Die Entwicklungsmöglichkeiten des deutschen Bleibergbaus sind — natürlich nur mit Hilfe von Staatszuschüssen — wesentlich größer, so daß

98) Ohne Zn-Inhalt der Ausfuhr.

99) Ein Teil soll 1936 schon in Betrieb genommen werden.

100) Giesche wollte die Kapazität der Magdeburger Anlage von 40 000 t auf 60 000 t erhöhen.

noch mit einem Ansteigen der Erzeugungsziffer aus heimischen Erzen zu rechnen ist. Zusammen mit einer starken Einschränkung des Bleiverbrauchs, der heute ca. 240 000 t beträgt, könnte dann die heimische Erzeugung den Verbrauch nahezu decken. In einigen Industriezweigen ist zwar eine Beschränkung des Bleiverbrauchs kaum möglich, so in der Akkumulatoren- und in der Bleifarbenindustrie, jedoch in der Elektroindustrie liegt die Ersetzung der Bleikabelmäntel, soweit sie nicht für die Ausfuhr bestimmt sind, durch Eisen oder Kunstharzmassen durchaus im Bereiche der Möglichkeit, ebenso in der Bauindustrie.

Die Zukunft wird für die Durchführung der deutschen Metallbewirtschaftung noch weiter Schwierigkeiten bringen, aber keine unüberwindlichen. Der neue Staat wird den einmal begangenen Weg unter keinen Umständen wieder verlassen, sondern versuchen, eine weitere Leistungssteigerung in der Erzgewinnung und Metallverhüttung, überhaupt auf allen Gebieten der deutschen Metallwirtschaft, zu erzielen, um dem Ziel einer relativen Selbstversorgung, d. h. einer Selbstversorgung, die keine Möglichkeit einer besseren Ausnutzung und Beschaffung der heimischen metallischen Rohstoffe außer Acht läßt, noch um einige Schritte näherzukommen, denn ohne eine starke in sich gefestigte und unabhängige Metallwirtschaft kein starkes und wehrhaftes Deutschland.

Lebenslauf.

Ich bin am 1. April 1913 in Stade i./Hannover geboren. Von Ostern 1919 bis Ostern 1931 besuchte ich das Johanneum (Realgymnasium) in Lübeck. Nach Ablegung der Reifeprüfung studierte ich an den Universitäten Leipzig und Hamburg Volkswirtschaft. Am 4. Mai 1934 bestand ich an der Hamburgischen Universität die Diplomprüfung für Volkswirte. Bis zum Sommer 1936 arbeitete ich an meiner Doktorarbeit. Nach ihrer Fertigstellung und Genehmigung bestand ich am 21. Dezember 1936 die mündliche Doktorprüfung.

Literaturverzeichnis.

Bücher:

Bethke, Alfred: Die Versorgung Deutschlands mit Blei und Bleierzen. (1895—1913). Diss. Greifswald 1914.

Brandt-Huppertz: Vorschriften zur Metallbewirtschaftung. NEM-Verlag 1934, Berlin.

Buschlinger, Heinrich: Entwicklung und Aufbau der Aluminiumwirtschaft. Diss. Hamburg 1926.

Debar, Rudolf: Die Aluminiumindustrie. Braunschweig 1925.

Dion: Die Entstehung der deutschen Aluminiumindustrie. 1921.

Enquete-Ausschuß: (Ausschuß zur Untersuchung der Erzeugungs- und Absatzbedingungen der deutschen Wirtschaft): Die Versorgung Deutschlands mit Nichteisenmetallen, 1925/30.

Fried, F.: Autarkie. Berlin 1933.

Gautschi, Alfred: Die Aluminiumindustrie. Zürich 1925.

Goebel, Otto: Dt. Rohstoffwirtschaft im Weltkrieg einschließlich des Hindenburgprogramms. Stuttgart, Berlin, Leipzig 1930.

Heintz, Otto: Die deutsche Aluminiumindustrie. Diss. Heidelberg 1924.

Hertel, Lothar: Preisentwicklung der unedlen Metalle und Steinkohlen seit 1850. Diss. Halle 1907.

Hornig, Otto: Die Kupferversorgung Deutschlands im Kriege unter besonderer Berücksichtigung der Kriegsmetallwirtschaft. Diss. Heidelberg 1921.

Hug, A.: Die wirtschaftliche Bedeutung des Aluminiums. NEM-Verlag, Berlin 1934.

Irrgang, Paul: Deutschlands Kupferversorgung seit 1914. Diss. Marburg 1931.

Kopmann, Wilfried: Über die wirtschaftliche Entwicklung der Aluminiumindustrie. Diss. Heidelberg 1911.

Krusch, Paul: Die Versorgung Deutschlands mit metallischen Rohstoffen. Leipzig 1913.

Marcus, Alfred: Grundlagen der modernen Metallwirtschaft. Berlin 1928.

Neumann, E.: Die Metalle. Halle 1904.

Pergandé, H.: Probleme der deutschen Bleiwirtschaft. Diss. Hamburg 1931.

Pohly, Hans: Der deutsche Altmetallhandel.

Rathenau, Walter: Deutschlands Rohstoffversorgung. Berlin 1917.

Reichwein, Otto: Die Rohstoffwirtschaft der Erde. Jena 1928.

Reinhardt, Ewald: Die Kupferversorgung Deutschlands und die Entwicklung der deutschen Kupferbörsen. Bonn 1913 (Kölner Studien).
Scheid, Karl: Die Metalle. 1907.
Schmidt, Erich: Die Hamburger Metallhütteninduſtrie. Diſſ. Hamburg 1926.
Schmidt, Konrad Harro: Die deutsche Aluminiuminduſtrie, Entſtehung und Organiſation. Diſſ. Teildruck, Jena.
Schrader, H.: Unterſuchungen über die Geſtaltung der Preiſe der Metalle Kupfer, Blei, Zink, Zinn in den letzten zwanzig Jahren in: Preisbildung bei induſtriellen Rohſtoffen und Fabrikaten, in: Schriften des Vereines für Sozialpolitik, Bd. 142, Leipzig 1914, Teil 3.
Tröger: Die deutſchen Aluminiumwerke und die ſtaatliche Elekrizitätsverſorgung. Berlin 1919.
V.d.J.-Verlag: Grundlagen der nationalen Rohſtoffwirtſchaft. Teil I, Eiſen- und Nichteiſenmetalle. Berlin 1933.
Wenker, Hans: Die wirtſchaftliche Bedeutung der Kupfererzlagerſtätten der Welt in den Jahren 1906 bis 1912. Berlin 1912.
Winteler, F.: Die Aluminiuminduſtrie. Braunſchweig 1903.

Zeitſchriften:

Das Aluminium.
Der Betriebswart.
Der Deutſche Volkswirt.
Der Deutſche Oekonomiſt.
Die Deutſche Volkswirtſchaft.
Das Deutſche Kupferinſtitut.
Frankfurter Zeitung.
Metall und Erz.
Metall und Chemie.
Metallwirtſchaft, -wiſſenſchaft und -technik.
Der Metallmarkt.
Die Metallbörſe.
Mitteilungen der Metallgeſellſchaft, Frankfurt a. M.
Mitteilungen der Induſtrie- und Handelskammer Dresden für Sachſen.
Oberſchleſiſche Wirtſchaft, (Mitteilungen der Induſtrie- und Handelskammer für Oberſchleſien).
Rhein-Mainiſche Wirtſchaftszeitung.
Technik und Wirtſchaft.
Wirtſchaftsblatt der Induſtrie- und Handelskammer, Berlin.
Zeitſchrift für Berg-, Hütten- und Salinenweſen.
Zeitungsausſchnitte des Weltwirtſchaftsarchiv, Hamburg.

Statiſtiken:

Monatliche Nachweiſe für den auswärtigen Handel Deutſchlands.
Statiſtiſches Jahrbuch für das deutſche Reich.
Statiſtiſche Zuſammenſtellungen der Metallgeſellſchaft, Frankfurt a. M.
Vierteljahrshefte zur Statiſtik des deutſchen Reiches.
Vierteljahrshefte des Inſtituts für Konjunkturforſchung.
Wirtſchaft und Statiſtik.
Wochenbericht des Inſtituts für Konjunkturforſchung.